





# Genosse Iwan und die Moral von der Partei

Strip-tease fällt etwas aus dem Rahmen sozialistischer Moral-Vorstellungen. Wie Strip-tease dennoch zur sozialistischen Erregung werden könnte, darüber kursieren im Sowjet-Reich Witze, die den Schriftsteller Ota Filip zu folgender Betrachtung angeregt haben.

Von OTA FILIP

Von einer seiner zahlreichen Reisen ins kapitalistische Ausland kam Genosse Gorbatschow wieder einmal mit neuen Ideen, wie man die Wirtschaft der UdSSR beleben und den sowjetischen Alltag freundlicher und angenehmer gestalten könnte.

Im Rahmen von Verbesserung der Lebensqualität bekam Iwan Fjodorowitsch, im Moskauer Stadtsowjet für Kultur zuständig, vom ZK der KP den Befehl in der Hauptstadt der UdSSR ein Strip-tease-Lokal einzurichten.

Mit der Entschlossenheit eines im Klassenkampf und in Erfüllung von Parteiprogrammen erprobten Genossen ging Genosse Iwan Fjodorowitsch sofort an die Arbeit. Die Möbel für das neue Lokal bestellte er in der Bundesrepublik Deutschland, die Beleuchtung samt Lichteffekten in Paris, die Sound-Anlage in Japan, die Rock-Band engagierte er in San Francisco.

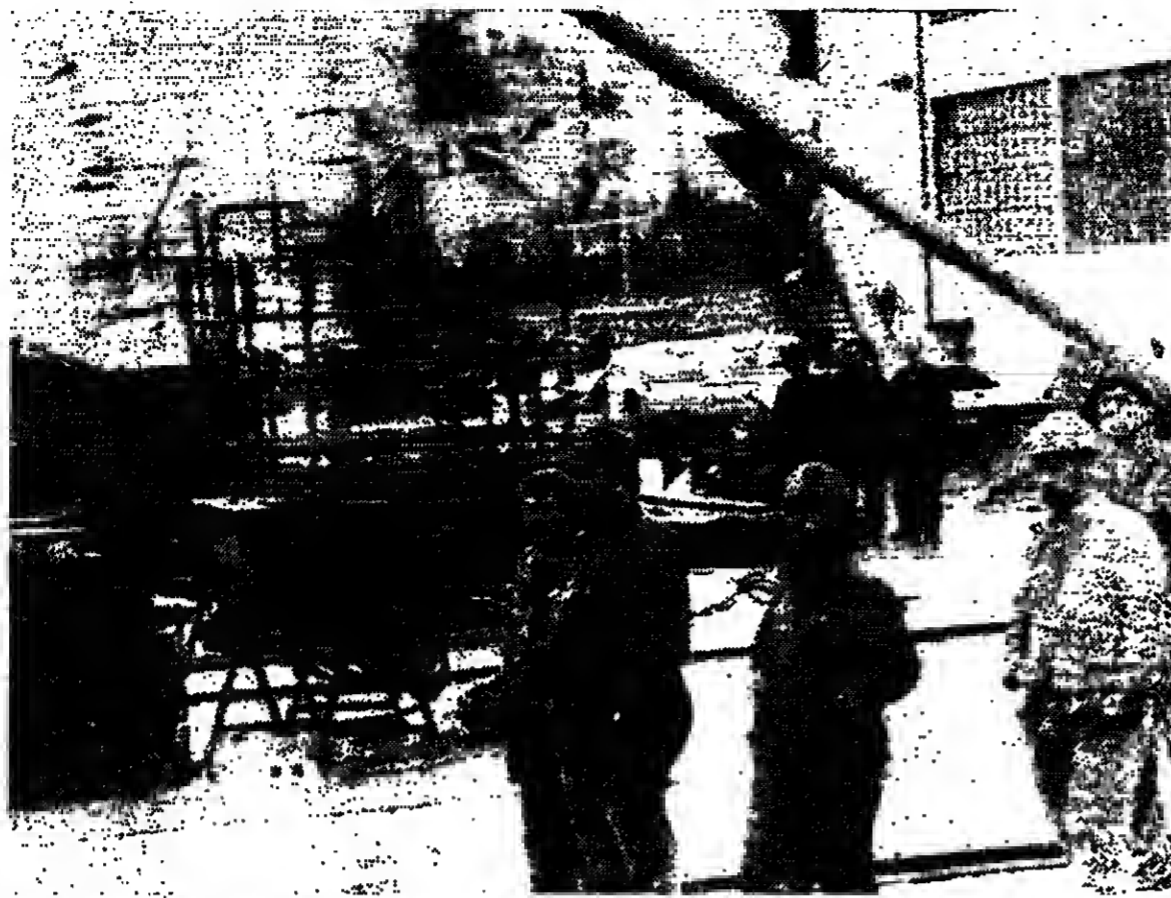
Am ersten Abend war das erste Strip-tease-Lokal östlich von Warschau bombenvoll. Am zweiten Abend kamen nur einige Kolchosniki aus Georgien, die in Moskau den Blumenmarkt beherrschen. Am dritten Abend war das westlich aufgeputzte Lokal leer.

Genosse Iwan Fjodorowitsch wurde am vierten Tag zum Parteisekretär des Moskauer Stadtsowjets beordert. „Genosse Iwan Fjodorowitsch, Sie haben kläglich versagt, ihre Parteid Pflicht nicht erfüllt. Wie wollen Sie mir die Tüte erklären, daß unser sozialistisches Strip-tease-Lokal leer ist? Das ist, Genosse, Sabotage!“ schrie ihn der Parteisekretär an.

„Genosse, ich bin unschuldig, ich kann es mir nicht erklären“, bebte Iwan Fjodorowitsch, „ich habe meine Parteid Pflicht erfüllt. Die Möbel, das Beste, was es gab, habe ich in der Bundesrepublik Deutschland gekauft, die Beleuchtung in Paris, die Sound-Anlage in Japan und die Musikanten sind aus San Francisco, in Amerika die einsame Spitze...“

Der Parteisekretär musterte seinen unglücklichen und verängstigten Untergebenen: er tat ihm leid. „Und die Mädchen?“ fragte er mit einem verständnisvollen, jedoch immer noch ein wenig mißtrauischen Ton.

Iwan Fjodorowitsch richtete sich auf, sein Klassenbewusstsein, seine Ergebenheit stützten ihn, seine Stimme wurde fester, wie es sich für einen echten Bolschewiken gehört. „Ich habe sie, Genosse, auch persönlich aus- gesucht. Alles noch zu Lenins Lebzeiten politisch überprüft, der Partei ergebene Genossinnen!“



Sorgen um die Zukunft: Werftarbeiter der vom Konkurs bedrohten Flensburger Schiffbau-Gesellschaft. FOTO: DIRK HENTSCHEL

# „Wir hoffen, weil wir hoffen müssen. Was bleibt uns sonst?“

Der Vergleich ist angemeldet, der Konkurs droht und Hilfe aus Bonn oder Kiel ist kaum in Sicht: Wenn die Harnstoff-Werftengruppe nicht gerettet werden kann, steigt in Flensburg die Arbeitslosen-Rate auf über zwanzig Prozent.

Von GEORG BAUER

Auf dem Schreibtisch des Betriebsratsmitglieds Gregor Rölke liegt ein Buch über das Konkursrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Ab und an blättert er hastig darin, um im Dickicht der Paragraphen die gesuchte Passage zu finden. Kollegen der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft hocken bei ihm. Ratlosigkeit spricht aus ihren Blicken.

Ihrer Werft, der stolzen FSG, wie sie in der Branche heißt und die als Flaggschiff der drei Harnstoff-Werften in Büsum, Flensburg und Lübeck gesehen wird, droht das Aus. Der Vergleich ist angemeldet. Doch noch weiß niemand, ob es dabei bleiben wird. Vom Konkurs des 1100 Mitarbeiter starken Betriebes ist auch die Rede.

Olaf Christensen, der Vorsitzende des Betriebsrates, versucht den Leuten Zuversicht einzupumpen. „Die Stimmung“, so meint der 57-jährige, dessen Großvater und Vater bereits auf der traditionsreichen Werft arbeiteten, „ist von Verzweiflung in Hoffnung umgeschlagen“. Alle hätten mit einem Antrag auf Konkurs gerechnet und nicht mit einem Vergleichsantrag. Doch diese Hoffnung hängt an einem seidenen Faden. Die Mitarbeiter wissen es.

So mancher von ihnen hat seinen Urlaub unterbrochen oder ihn ganz beendet, aufgeschreckt durch Zeitungsmeldungen in den Urlaubsländern. Hans-Jürgen Berg kam aus Dänemark, ein Kollege aus Frankreich. Nun sitzen sie im Büro und bestürmen den Betriebsrat mit Fragen über die Zukunft der FSG.

Ihre Hoffnungen auf ein Überleben der Werft knüpfen sie auch an den Bau zweier Flottendienstboote der

Bundesmarine. Doch im Herbst wird die Arbeit getan sein, und neue Aufträge sind nicht in Sicht. Der internationale Schiffbaumarkt ist leergefegt, und die Reeder sind mit Schiffen übersättigt.

Aus Bonn ist keine Hilfe zu erwarten. Aus ordnungspolitischen Gründen hat die Bundesregierung die Wertindustrie aufgefordert zu sagen, wie sie sich einen Schrumpfungprozess vorstellt. Bei einem Konzept mit Aussicht auf Erfolg könne Bonn eventuell mit flankierenden Maßnahmen eingreifen, machte Wirtschaftsminister Martin Bangemann klar.

Auch Kiel hat die Schotten dicht gemacht. Ohne ein Konzept will die Landesregierung keinen Pfennig mehr geben. Bereits im Februar hatte sie eine Bürgerschaft in Höhe von 31 Millionen Mark für die Harnstoff-Gruppe beschlossen. Die Zeit geschickt nutzend, hatte die Unternehmensgruppe Ministerpräsident Uwe Barschel vor der Kommunalwahl vor die Alternative gestellt: Entweder bekommen wir Geld, oder wir machen zu.

Der Christdemokrat gab nach, mehr der Not gehorchend denn innerer Einsicht. Mit seiner Unterstützung hoffte Barschel wohl auch, Bonn zur Hilfe bewegen zu können. Doch heute fragt sich jeder: Wo sind die bereits ausgezahlten 25 Millionen Mark geblieben?

Parteien und Verbände überschlagen sich jetzt mit Konzepten. Im Zusammenschluß der Werften, möglicherweise unter dem großen Dach der Howaldtwerke Deutsche Werft, sehen viele das Heil. Erbstoß über solche Vorschläge sind vor allem die Gewerkschafter. Wolfgang Thomsen von der FSG: „Wir haben das schon vor Jahren gesagt. Wir haben gewarnt und nochmals gewarnt.“ Jetzt auf einmal, wo der Karren im Dreck sei, laufe es auf Zusammenschlüsse und Diversifikationen hinaus.

Die meiste Kritik richtet sich an die Adresse der Landesregierung. Deftige, unschöne Worte fallen hier, geboren aus einer tiefstehenden Verbitterung. Der Oberbürgermeister der Stadt Flensburg, Olaf Cord Dielewicz,

stellt sich hingegen schützend vor die Landesregierung. Den Schlüssel, so der Sozialdemokrat, habe Bonn in der Hand. Die Argumentation, die Branche müsse ordnungspolitisch betrachtet werden, hält er für wenig sinnvoll. Und als Beweis nennt Dielewicz die Subventionen, die Länder wie Frankreich, England oder, viel massiver, Japan und Korea gewähren. Dielewicz: „Wenn wir uns auf die Marktwirtschaft berufen, dann gehen wir zu Grunde, und die anderen freuen sich.“

Sollte die Schiffbau-Gesellschaft ihre Pforten schließen, so wäre das für die nördlichste Stadt der Republik ein Schlag, der sie im Mark trübe. Schon jetzt weiß der Oberbürgermeister nicht, wo er das Geld für den Haushalt hernehmen soll. Die Arbeitslosen-Rate liegt bei rund 18 Prozent. Und die Schulden stehen der Stadt bis zum Hals. Im Rathaus der Stadt, die mit rund 16 Prozent an der FSG beteiligt ist, ist von einer „Katastrophe“ die Rede, wenn die FSG schließen sollte. Die Arbeitslosen-Rate würde dann mit einem Sprung die 20-Prozent-Hürde nehmen.

Helfen kann Flensburg nicht. Schon einmal, bei der Rettungsaktion im Februar, griff die Stadt in die Tasche, als sie 4,5 Millionen Mark zuschusste. Jetzt ist aber auch sie am Ende. Wie hoch nimmt sich ein Plakat aus, das für Flensburg wirbt. Dort heißt es: „Handel, Handwerk, Industrie, Schiffbau und Schifffahrt sowie Dienstleistungsbetriebe bilden heute eine solide Grundlage für weiteres Gedeihen des Oberzentrums Flensburg.“ Das Plakat steht in einer Ecke der Pressestelle im Rathaus.

Das Problem ist vor allem, für Flensburg ebenso wie für die Westküste: Wo sind die Alternativen? Hans Brings, seit 23 Jahren bei der FSG, meint: „Wo soll ich anfangen?“ Der Vater von vier Kindern macht sich wenig Hoffnungen, schon wegen seines Alters von 47 Jahren. Er klammert sich an den Glauben, daß die FSG überlebt, wenn auch mit weniger Personal. „Was bleibt uns denn sonst? Wir hoffen, weil wir hoffen müssen.“

# Amtsantritt in Wien – zwischen Hochrufen und KZ-Uniformen

Auch am Tage seiner Verteidigung stand Österreichs neuer Bundespräsident Kurt Waldheim zwischen heftigem Pro und Contra. Demonstranten, die Waldheim einer Nazi-Vergangenheit beschuldigten, stießen dabei auf eine Bevölkerung, die ihr neues Staatsoberhaupt feiern, nicht aber kritisieren will.

Von CARL G. STRÖHM

Die Militärkapelle des österreichischen Gardebataillons spielte das Lied: „Ich hatt' einen Kameraden“, als Kurt Waldheim gestern mittag als neuer österreichischer Bundespräsident einen Kranz am Ehrenmal der Wiener Hofburg niederlegte. An jener Gedenkstätte, in der ein in Stein gehauener liegender Soldat mit typisch deutschem Stahlhelm die Toten beider Weltkriege symbolisiert. Draußen, vor den Reiterstatuen des Prinzen Eugen und Erzherzog Karl – der österreichischen Heerführer, die über die Türken und über Napoleon siegreich waren – hatten Formationen der Garde, der Landwehr, des Bundesheeres und der Polizei zu einer Flaggen-Parade Aufstellung genommen.

Als Bundespräsident Waldheim vor der Truppe erschien, applaudierten hinter der Absperrung die Zuschauer, aber die Mitglieder der sozialistischen Bundesregierung rührten hier ebenso wie bei Waldheims Amtseinführung im Parlament die Hand nicht einmal zu einem Höflichkeit-Applaus. Die Wunden der Niederlage – das merkte man den SPÖ-Politikern an – sind noch nicht vernarbt. Alle Versuche, Waldheim zu verhindern, hatten nicht nur nichts genutzt. Sie hatten die Sozialistische Partei vielmehr in eine schwere Krise geführt, von der sie sich auch nach geschlagener Schlacht noch nicht erholt hat.

Wenige Meter entfernt, auf dem Ballhausplatz, wo einander – jetzt fast schon symbolisch – Bundeskanzleramt und Präsidentskanzlei im leopoldinischen Trakt der Hofburg gegenüberliegen, hatten sich einige amerikanisch-jüdische Demonstranten gesammelt. Sie trugen ein großes Foto als Transparent bei sich, das Wald-

heim als deutschen Oberleutnant in voller Uniform zwischen dem SS-Generalfeldmarschall dem Kommandeur der Waffen-SS-Division „Prinz Eugen“, und einem italienischen General zeigt. Ort der Handlung: Podgorica in Montenegro, das heutige Titograd, im Jahre 1943. Waldheim war damals als italienisch-Dolmetscher zu den Verhandlungen beider Generäle abkommandiert.

Außerdem schwenkten die ausländischen Demonstranten auch noch eine Vergrößerung der Umschlagseite einer Kriegsverbrecherakte der UNO, in der Waldheim von den Jugoslawen beschuldigt wurde. Der jugoslawische Militärrat hatte allerdings in voller Uniform – ebenso wie die militärischen Vertreter der Sowjetunion und der anderen Ostblock-Staaten – stramm salutiert, als Waldheim die Parade des Heeres abnahm.

Bei kaum einem der österreichischen Zuschauer fanden die Anti-Waldheim-Demonstranten Verständnis. Junge Leute, an ihren Anstecknadeln als Anhänger des neuen Präsidenten erkennbar, stellten sich vor den in frei nachempfundenen NS-Konzentrationslager-Kluft gekleideten Demonstranten auf, schwenkten die österreichische Fahne und riefen im Sprechchor: „Hoch Waldheim, hoch unser Präsident!“ Einfache Leute, manche im breiten Dialekt der Wiener Arbeiterbezirke, empörten sich: „Die haben doch keine Ahnung. Die haben nie einen Krieg mitemacht. Die wissen nicht, was das ist.“ Es sei ein Unsinn, Waldheim als Nationalsozialisten zu verdächtigen.

„Wieso soll der Oberleutnant Waldheim ein Nazi sein, wenn sein Vorgänger ein deutscher Hauptmann war?“ – „Die sollen heimgen, woher sie gekommen sind“, erließ sich eine Frau in mittleren Jahren.

Das Häuflein der Anti-Waldheim-Demonstranten fühlt sich sichtlich unwohl. Anders als bei anderen Veranstaltungen solcher Art kommen ihre Argumente hier in der Menge nicht an. „Nach 50 Jahren dieser Blödsinn, was soll das?“, fragt jemand. Die Älteren unter den Zuschauern sprechen von Kriegserlebnissen, von den Schrecken des Russen-Einmarsches in Wien, von den Greueln, die andere begangen haben – und nicht nur die

Deutschen oder Österreicher. jemand sagt: „Die graben das bloß aus, weil sie ihre eigenen Verbrechen vergessen machen möchten.“

Dann hört man den Einwurf, in der Schweiz würde eine solche Demonstration gegen ein Staatsoberhaupt nicht geduldet, vor allem nicht von Ausländern. „Er ist unser Bundespräsident. Müssen wir uns gefallen lassen, daß die ihn beleidigen?“ Die Antwort eines Besonnenen: „Laßt sie in Ruhe, laßt sie demonstrieren. Manche warten ja nur darauf, daß wir das verbieten, um wieder über uns herfallen zu können.“

Die Wirkung der Anti-Waldheim-Demonstrationen wird auch nicht dadurch gesteigert, daß wohlbekannte Protestierer aus Österreich und dem Ausland versuchen, sich nun in Szene zu setzen: Beate Klarsfeld etwa, die seinerzeit den deutschen Bundeskanzler Kiesinger geohrfeigt hatte. Die Linksintellektuellen, die ein wenig am Rande des konventionellen Geschmacks angesiedelten Bildhauer und Bühnenautoren, die sich bisher gegen Waldheim exponierten, haben offenbar kaum die Chance, breite Zustimmung beim Volk zu finden.

Bei der Verteidigung im Wiener Parlament, vor den Mitgliedern der Bundesversammlung, hatte Waldheim eindrucksvoll vor jeder Form des Antisemitismus gewarnt und den Opfern der nationalsozialistischen Juden-Vernichtung seinen Respekt gezollt. Er hatte zugleich zur Zusammenarbeit aufgerufen und von der Notwendigkeit gesprochen, sich zu versöhnen und die aufgerissenen Gräben zuzuschütten. Im übrigen bekannte er sich zu Leistung, Toleranz, Weltoffenheit und Christentum.

Österreich, so sagte er, gehöre zu den pluralistischen Staaten der westlichen Demokratie – und erinnerte an die vielen Hunderttausende von Flüchtlingen, die seit 1945 hier Zuflucht und Asyl fanden. Nach der Rede saßen die führenden sozialistischen Politiker regungslos – allen voran der ehemalige Bundeskanzler und jetzige Parteivorsitzende Fred Sinowatz. Es ist nicht nur die Niederlage, die offenbar so schmerzt. Es ist die Furcht vor einem Stück Machtwechsel, der sich hier vollziehen könnte.



Am Rande der Amtseinführung: Anti-Waldheim-Demonstranten vor der Wiener Präsidentskanzlei. FOTO: AP



# Mittelstands-Bank

Kleinen und mittleren Unternehmen gilt der besondere Einsatz der IKB. Das steht schon in unserer Satzung. Und in unserer täglichen Arbeit zeigt sich: der weitaus größte Teil unserer Langfristkredite geht in mittelständische Betriebe. Damit werden wir zum Kapitalbeschaffer für Unternehmen, die ihren Finanzbedarf nicht durch Emissionen decken können. Dem Mittelstand verpflichtet: die Unternehmerbank.

Industriekreditbank AG  
Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart Luxemburg



# In Rom zeichnet sich ein Ende der Krise ab

**FRIEDRICH MEICHNER, Rom**

Der bisherige Verlauf der italienischen Regierungskrise wird von einigen Beobachtern in Rom als „Spiel mit dem brennenden Streichholz“ zwischen Christdemokraten und Sozialisten dargestellt. Da sich keiner die Finger verbrennen, aber auch niemand die Flamme ausblasen wolle, sei jeder bemüht, das Hölzchen möglichst schnell an den anderen weiterzugeben. Nach der Veröffentlichung einer vagen Stellungnahme des sozialistischen Parteivorstandes, die jede Antwort auf vorher erhobene Forderungen der Democrazia Cristiana umging, im Ton aber durchaus entgegenkommend wirkte, haben jetzt wieder die Christdemokraten dieses Streichholzes in der Hand.

## Gegen Neuwahlen

In der ersten Runde der Krisenkonversationen hatten die Christdemokraten drei alternative Optionen auf gezeigt: Erstens die Beauftragung eines christdemokratischen Politikers mit der Regierungsbildung; zweitens die Bildung eines neuen, bis Ende dieses Jahres befristeten Kabinetts unter Führung des sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi unter der Voraussetzung, daß sich die Sozialisten vorher verpflichten, von Anfang nächsten Jahres an einen christdemokratischen Regierungschef hinzunehmen; drittens die feste Zusage der Sozialisten, die jetzige Fünf-Parteien-Koalition bis 1993 fortzusetzen – bis 1988 unter Craxi und die nächsten fünf Jahre dann unter einem christdemokratischen Ministerpräsidenten.

Auf keine dieser Forderungen ist der sozialistische Parteivorstand eingegangen. Er bekundete jedoch die feste Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung der Fünf-Parteien-Koalition, sprach sich eindeutig gegen jede – auch von der Democrazia Cristiana abgelehnte – Vorziehung von Neuwahlen aus und stellte in vager Form „Erweiterungen“ der vor. Ausdrücklich wird die Krise geöffneten Koalitionsverhandlungen in Aussicht. Heute will der von Staatspräsident Cossiga mit der Vertiefung der Konsultationen beauftragte Senatspräsident Fanfani das Ergebnis seiner Sondierungen vorlegen.

## Neues Vertrauensvotum?

Inzwischen scheint im Lager der Fünf-Parteien-Koalition die Ansicht immer mehr an Boden zu gewinnen, daß die Rückverweisung des alten Kabinetts ans Parlament für ein neues Vertrauensvotum die beste Methode wäre, um die Flamme des brennenden Streichholzes von Erfasschen zu hängen. Nach den Sozialdemokraten und den Republikanern haben jetzt auch die Sozialisten und einige Christdemokraten ihre Bereitschaft zu dieser Lösung zu erkennen gegeben.

Umstritten scheint dabei freilich noch ein Punkt zu sein: soll die eventuelle Erneuerung des Mandats für Craxi, wie das die Christdemokraten wollen, ausdrücklich bis Ende des Jahres begrenzt werden? Angesichts der italienischen Meisterschaft im Sich-Arrangieren dürfte es in dieser Frage schließlich zu einem Kompromiß kommen – vorausgesetzt, alle Beteiligten wollen wirklich, wie sie versichern, vorzeitige Neuwahlen vermeiden.

# Tschernobyl: In kleinen Dosen klärt der Kreml auf

**R.-M. BORNHÄUSER, Moskau**

Fast drei Monate nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl erfährt die sowjetische Bevölkerung immer neue Einzelheiten über das Ausmaß dieser Katastrophe. So bestätigte jetzt Tass erneut, daß 100 000 Menschen evakuiert waren. Für die Evakuierten sollen 7000 Häuser gebaut werden. Auch wolle man „alles Mögliche unternehmen“, um die Arbeiten auf dem Gelände des Kernkraftwerkes zu beschleunigen. Man habe einen „Generalsplan für den Bau einer Siedlung für die im Kraftwerk Tätigen“ erstellt.

Daß weite Gebiete im benachbarten Weißrußland auch längst zur Gefahrenzone erklärt wurden, geht aus einem Bericht des sowjetischen Gewerkschaftsorgans „Trud“ vom Wochenende hervor. Erstmals wird darin nun bestätigt, daß die Einwohner von Gomel evakuiert worden sind, was bisher nirgends klar ausgesprochen worden war. Bisher hieß es in den Berichten immer nur lapidar, daß viele Einwohner wegen der anhaltend starken Radioaktivität „zur Beobachtung und Vorbeugung“ in Krankenhäuser eingewiesen worden seien. Jetzt liest es sich anders. So berichtet „Trud“, daß unter die „Kategorie der Evakuierten vor allem Mütter mit Säuglingen und Kleinkindern, Schwangere, Schüler, Alte und Invaliden fielen. Man hätte sie in Pionierlagern und Erholungsheimen untergebracht. „Pro Tag sind bis zu 10 000 Kinder abgereist.“

## Alarmierende Maßnahmen

Allerdings wird zu dieser Darstellung wieder der beruhigende Satz eingeräumt, daß „die Strahlungsgefahr“ in Gomel nach dem Nuklearunfall vom 26. April „keine objektive Gefahr“ hervorgerufen habe. Zwar wäre das Niveau der Strahlenbelastung „natürlich erhöht gewesen, aber nur minimal“. Sehr alarmierend jedoch sei gewesen, das Baden in offenen Wasserreservoirs, das Sonnenbaden, aber auch das Sammeln von Pilzen, wildwachsenden Kräutern, Blumen und Beeren zu verbieten. Ein Großteil der evakuierten Kinder sei in der Gegend um Moskau untergebracht worden.

# Verstärkt Moskau Hilfe für Syrien?

**rrt, Damaskus**

Der stellvertretende Chef der sowjetischen Luftverteidigung, Generaloberst Jewgeni Jurasow, hält sich zu einem zweitägigen Besuch in Damaskus auf, wo er mit dem syrischen Verteidigungsminister Mustafa Tlas und dessen Generalstabschef Generalmajor Hikmat Shehawi zusammentrifft. Offensichtlich ging es um die Erweiterung der Verteidigungshilfe Moskaus an Damaskus, die der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow im Mai dieses Jahres in Aussicht gestellt hatte. Die UdSSR ist nicht nur Syriens wichtigster strategischer Verbündeter und Waffenlieferant, sondern auch Nuklear-Schutzmacht des Landes im Rahmen eines 1980 geschlossenen Abkommens.

# Duarte: Eine Machtübernahme durch die Marxisten ist nicht mehr möglich

**WELT-Interview mit dem Präsidenten von El Salvador / Ernüchterung über Sandinisten**

Der renovierte Präsidentenpalast verbreitet eine friedliche Atmosphäre. Der Hofgarten blüht. Ein Springbrunnen plätschert, Vögel zwitschern, Schmetterlinge schwirren durch die milde Morgenluft. „Es ist schön geworden“, bekennt die junge Empfangsdame im Foyer. „Hier kann man es ausatmen.“ Nach einer kurzen Pause: „Leider muß sich Duarte noch mit den alten Problemen plagen.“

José Napoleón Duarte begrüßt uns in seinem Arbeitszimmer im zweiten Stock. Volksnah wie immer verteilt er seinen Besuchern „Abrazos“ (Umarmungen). Sein markantes Mestizengesicht zeigt jedoch die Spuren des strapaziösen Amtes. Der Präsident trägt einen grauen, altmodischen Anzug.

Der Dialog mit der marxistischen Guerilla-Bewegung „Furor Marti“ (FMLN) steht zur Zeit im Mittelpunkt der politischen Diskussionen in El Salvador.

**WELT:** Herr Präsident, wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten des Dialogs ein?

**Duarte:** Ich bin nicht allzu optimistisch. Wir wollen zunächst herausfinden, ob sie (die Rebellen) an ernsthaften Gesprächen interessiert sind oder nur an einem Propaganda-Manöver. Wie Sie wissen, war der zweite Dialog (Ende 1984) ein Fehlschlag, weil die FMLN Maximalforderungen stellte, zum Beispiel die Machtbeteiligung. Ehrlich gesagt, ich erwarte höchstens eine Humanisierung des Krieges. Das ist in diesem Augenblick meine einzige Hoffnung.

**WELT:** Wo und wann wird verhandelt? Werden Sie persönlich teilnehmen?

**Duarte:** Zeitpunkt und Ort sind noch unbekannt. Kann sein, daß wir noch in diesem Monat zusammenkommen, wenn nicht, im August. Meine Beteiligung hängt von der Ebene des Dialogs ab. Wenn wir auf höchster Ebene verhandeln wie (beim ersten Dialog) in La Palma, bin ich dabei.

**WELT:** Warum setzen Sie den Dialog fort, wenn Sie sich so wenig davon versprechen?

**Duarte:** Die Demokratie ist ein permanenter Dialog. Man muß auch mit seinen Feinden sprechen. Wir haben nichts zu verlieren.

Duarte erläutert, daß er die dritte Verhandlungsrunde bereits im letzten Jahr anberaumen wollte, die Guerilleros hätten die Pläne jedoch durchkreuzt: „Das Massaker in der Zona Rosa, die Entführung von Ines.“ Im Juni 1985 hatte ein Terroristenkommando in dem Vergnügungsviertel Zona Rosa der Hauptstadt 13 Nachtclub-Gäste ermordet, unter ihnen vier amerikanische Marineinfanteristen. Im September wurde die älteste Tochter des Präsidenten, Ines, von den Rebellen verschleppt, ein 44tägiges Trauma für den Präsidenten. Duarte: „Erst im April konnte ich

# Israels Parlament debattiert über Naphtali-Stiftung

**hav, Tel Aviv**

Der Vorwurf gegen die israelische Fritz-Naphtali-Stiftung, sie habe der Friedrich-Ebert-Stiftung als „Geldwaschanlage“ gedient, beschäftigt gestern das Parlament in Jerusalem. Der Vorsitzende der Regierungskoalition, der Abgeordnete Chaim Kaufmann, forderte die Einsetzung einer öffentlichen Untersuchungskommission. Sie soll klären, wohin das Geld geflossen ist, das die Stiftung angeblich auf dem Umweg über die Friedrich-Ebert-Stiftung bekommen haben soll.

Kaufmann reichte gestern einen Dringlichkeitsantrag zur Tagesordnung der Knesset ein. Sein Ziel: Eine Debatte über „illegale Geschäfte“ zwischen israelischen Anstalten und der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kaufmann, der dem Likud-Block angehört, meinte, die Beträge, um die es sich handle, seien so groß, daß sie möglicherweise den Ausgang der letzten Wahlen beeinflusst und die Demokratie in Israel entstellt hätten.

Der geschäftsführende Leiter der Fritz-Naphtali-Stiftung in Tel Aviv,

## Jeden Samstag

viele Seiten Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte

# DIE WELT

CHAIM KRUPSKI, hat für seine Amtszeit (seit 1982) ausgeschlossen, daß die Stiftung als „Geldwaschanlage“ gedient habe. Auf die Frage, wieviel Geld die Naphtali-Stiftung seit ihrer Gründung im Jahre 1967 aus allen Quellen und insbesondere von der Friedrich-Ebert-Stiftung bekommen habe, gab Krupski allerdings keine Antwort. Auch der ständige Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel, Hans-H. Duncke, machte dazu keine Angaben.

Die Naphtali-Stiftung wurde vor 19 Jahren auf Anregung von Walter Hesselbach, damals Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, gegründet. Seit dieser Zeit, heißt es in einem offiziellen Bericht an das internationale Kuratorium, habe die Stiftung in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung mehr als 85 Millionen Mark für größere erzieherische und gesellschaftliche Projekte in Israel verausgabt.

Diese Projekte füllen eine lange Liste. Sie umfaßt die Gründung von Lehrstühlen an drei Universitäten, die Förderung von mehrjährigen Lernprojekten an Schulen (auch an arabischen), ein größeres Forschungsprojekt am Forschungsinstitut für den Kibbuz und vieles andere mehr.

Peretz (vormals Fritz) Naphtali, in Deutschland geboren, war bis zu seinem Tode 1961 ein führendes Mitglied der Arbeiterpartei und Minister ohne Geschäftsbereich. Hesselbach gilt als sein Schüler. Die beiden Stiftungen und die Arbeiterbank (das israelische Gegenstück zur Bank für Gemeinwirtschaft) sind eng miteinander verflochten.



José Napoleón Duarte (57). Mit ihm sprach Werner Thomas FOTO: W. SCHÜRING

**WELT:** Wie beurteilen Sie unter diesen Umständen die Lösung des Nicaragua-Konfliktes?

**Duarte:** Ich glaube, daß die Sandinisten das Volk unterschätzen. Das Volk wird entscheiden. Nicht die Sandinisten haben den Krieg gegen Somoza gewonnen, sondern das Volk. Das Volk hat sich Ende der siebziger Jahre gegen die Somoza-Diktatur erhoben.

Der Präsident spannt einen Bogen von Esquipulas zu Contadora. Duarte: Dieser Gipfel demonstrierte die Probleme Contadoras. Die Contadora-Staaten versichern, daß die Einführung demokratischer Verhältnisse zu ihren Schlüsselbedingungen zählt. Nun haben wir es aber mit zwei Arten von Demokratie zu tun. Wir müssen uns jetzt erst einmal klar werden, wie wir die Demokratie definieren.

**WELT:** Werden Sie sich in diesem Punkt je mit Ortega einig können?

**Duarte:** Ich fürchte nein.

Für die restlichen zwei Jahre seiner Amtszeit wünscht sich Duarte, „daß wir die wirtschaftlichen Probleme lindern, den Frieden sichern und die Demokratie stabilisieren können. Es gibt keine Gerechtigkeit ohne Demokratie. Es gibt keinen Frieden ohne Demokratie. Es gibt keinen Fortschritt ohne Demokratie.“

# Die Auszeichnung für beispielhaftes Direktmarketing:

## Deutscher Direkt-Marketing-Preis 1986.

Messen Sie sich an den Besten. Und lassen Sie sich Ihre beispielhafte Arbeit als Gestalter, Berater, Agentur oder Auftraggeber bestätigen. Auch in diesem Jahr wird der Deutsche Direkt-Marketing-Preis wieder vom DDV (Deutscher Direktmarketing Verband e.V.) gemeinsam mit der Deutschen Bundespost ausgeschrieben. Bewertet werden Direkt-Marketing-Kampagnen, die in der Zeit vom 1.10.1985-31.7.1986 entwickelt und per Post gesteuert worden sind. Eine Jury namhafter Fachleute aus Werbung und Wirtschaft wählt in den Kategorien „Konsumgüter“, „Industrie“, „Dienstleistungen“, „Business-to-Business“ und

„Spendensammlungen“ jeweils die besten Kampagnen aus. Die Preisverleihung erfolgt anlässlich des DDV-Kongresses, der vom 19.10.-21.10.1986 in Stuttgart stattfindet. Weitere Informationen und alle Unterlagen für die Teilnahme erhalten Sie vom DDV, Schiersteiner Str. 29, 6200 Wiesbaden. Einsendeschluß ist der 15.8.1986 (beim DDV eingehend). Wir freuen uns auf Ihre Einsendungen!

## DDV/Deutsche Bundespost





### Kreml wirbt um Satelliten-Kunden

Die Sowjetunion hat sich entschlossen, ausländische Satelliten ins All zu schießen. Außerdem richtete Moskau eine besondere Handelsgesellschaft ein, die sich um Aufträge kümmern soll. Die amtliche Nachrichtenagentur Nowosti meldete gestern, die Gesellschaft mit dem Namen Cosmos werde Aufträge für den Start, die Flugüberwachung und Steuerung entgegennehmen. Auch könnten ausländische Forschungseinrichtungen an Bord sowjetischer Satelliten untergebracht werden. Unter Berufung auf die Außenhandelsorganisation Lizensintorg hieß es, Ausländer könnten auch ganze Systeme sowjetischer Satelliten mieten.

Die Sowjetunion hat in jüngster Zeit wachsendes Vertrauen in ihre Weltraumindustrie gezeigt. Dazu gehört auch ein Angebot an Großbritannien, einen britischen Astronauten mit auf eine sowjetische Weltraummission zu nehmen.

### Beispiel Niger - Im Sahel geht es wieder aufwärts

**ACHIM REMDE, Niamey**  
Die Fleischverkäufer, die am Straßenrand in Niamey auf Eisenrosten grillen, gehen um 6 Uhr nachmittags nach Hause. Dann stürzen Horden von Kindern herbei und machen sich über die Roste her. Hier und da ist noch ein Stückchen Fleisch hängengeblieben, genug, um den Hunger fürs erste zu lindern.

#### Gutes Erntejahr

Nach Jahren der Dürre hat es im westafrikanischen Wüstenstaat Niger, der fünfmal so groß wie die Bundesrepublik ist, aber nur sieben Millionen Einwohner hat, eine gute Ernte gegeben. Und auch die Kampagne zur Propagierung des Anbaus von Nahrungsmitteln in der Trockenzeit mit Hilfe künstlicher Bewässerung war ein Erfolg. Trotzdem muß die Bevölkerung den Gürtel noch eng schnallen. Das Bündel Feuerholz kostet immer noch umgerechnet 6 Mark, ist dem Umfang nach aber auf fast die Hälfte zusammengeschmol-

zen. Das gleiche gilt für die Flasche Bier. Das nun übliche Kleinformat hat im Volksmund den Namen „Konjunkturbiere“ erhalten.

Ein paar elegante Großbauten, das Hotel Gaweye mit seiner Kongresshalle und das Gebäude der Urangesellschaft, zeugen davon, daß Niger Anfang der siebziger Jahre bessere Zeiten gesehen hat. Noch immer ist es einer der größten Uranproduzenten der Welt. Doch die Uranpreise sind im Keller; immerhin, sie stabilisieren sich wieder. Ein Großteil der Produktion kauft Frankreich zu einem Preis über dem Weltmarktniveau. Die Lieferungen an Libyen scheinen dagegen eingestellt worden zu sein, nachdem Mitte vergangenen Jahres ein Einfall von Tuareg-Kämpfern, hinter dem der libysche Revolutionsführer Khadhafi vermutet wurde, beträchtliche Unruhe gestiftet hat.

„Freunde kann man wählen, nicht aber Nachbarn“, meint Präsident Kountché diplomatisch, wenn er nach seinen Beziehungen zum expan-

sionalisternen nördlichen Nachbarn gefragt wird. Die Grenze ist über Tausende von Kilometern unwegsamen Wüstengeländes unkontrollierbar; im Osten grenzt Niger an Tschad, dessen Nordhälfte Libyen besetzt hält - kein Wunder, daß Kountché sein Land durch Khadhafis Vision von einem Nomadenstaat in Sahara und Sahel bedroht sieht.

#### Furcht vor Libyen

Kountché, selbst durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen, ist innenpolitisch nicht ungefährdet. Ständig auf der Hut, hat er einen perfekten Polizeistaat aufgebaut, den er geschickt mit der vagen Ideologie von einer „Entwicklungsgesellschaft“ tarnt. Die traditionell nomadisierenden Tuareg will er seßhaft machen, um sie besser unter Kontrolle zu haben. Sie hängen an ihrer angestammten Lebensform und wenden sich deshalb dem Sohn des von Kountché gestürzten Hamani

Diorti zu, der von Libyen aus Umsturzpläne schmiedet.

In der Lebensführung betont anspruchslos, auf Disziplin und harte Arbeit bedacht, ließ Kountché es gerne geschehen, wenn deutsche Botschafter ihn zum „Preußen von Niger“ hochstilisierten. In der Tat geht er gegen Korruption im Beamtenapparat hart vor. Nur einmal, als 1983 sein Intimus Bonkano einen Staatsstreich versuchte, trat klar hervor, daß auch einige hochgestellte Leute sich maßlos bereichern.

Auch in den anderen Ländern der Sahelzone ist die große Dürre inzwischen überwunden. Die Ernten waren gut. Es gibt wieder ausreichend Nahrung in Mali, in Tschad oder auch in Mauretanien. Um so klarer treten die politischen Probleme hervor, die - neben der ökologischen Instabilität - die Region so überaus anfällig machen. Dies gilt in besonderem Maße für den vom jahrelangen Bürgerkrieg zerrissenen Tschad. Immerhin, es gibt wieder Lichtblicke.

### Polen warnen Moskau

„Ein Aufstand ist möglich“ / 28seitiger Brief an Gorbatschow

**AFP/AP, Warschau**  
Einen offenen Brief an den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow hat der ehemalige Vorsitzende des polnischen Journalistenverbandes, Stefan Bratkowski, geschrieben. In dem 28seitigen Dokument fordert Bratkowski Gorbatschow auf, Polen die „Freiheit und Souveränität“ zu gewähren. Gleichzeitig warnt er den Kreml-Chef vor einem möglichen „Aufstand der Polen“.

Die Polen, heißt es in dem Appell, seien zur weiteren Mitgliedschaft im Warschauer Pakt bereit. Auch könnten sowjetische Truppen in Polen stationiert bleiben, sie müßten jedoch ihre Rolle des „politischen Überwachers“ aufgeben.

Das Dokument wurde nach Darstellung Bratkovskis in den vergangenen drei Jahren von polnischen Intellektuellen erarbeitet, darunter auch Vertretern aus Warschauer Regierungskreisen, die jedoch anonym bleiben wollten. Bratkowski, der im

November 1981 aus der polnischen KP ausgeschlossen worden war, hatte das Dokument im Juni der sowjetischen Botschaft in Warschau übergeben.

Arbeiterführer Lech Walesa und 13 polnische Intellektuelle protestierten gestern in einem offenen Brief gegen die Behandlung des polnischen Journalisten Marian Terlecki. Dem 33jährigen ehemaligen Filmregisseur wird vorgeworfen, er habe nach dem Verbot der Gewerkschaft „Solidarität“ eine Videoausrüstung unterschlagen. Terlecki befindet sich seit Mai 1985 ohne Anklageerhebung in Haft. In dem Schreiben Walesa heißt es, die Inhaftierung Terleckis habe „keine moralische Legitimation“ und widerspreche den Gefühlen der Gerechtigkeit und Moral. Die polnische Regierung vertritt die Ansicht, Terlecki hätte die Videoausrüstung den neugebildeten regimetreuen Gewerkschaften aushändigen müssen.



# 6 Zylinder im Maßanzug.

Persönlichkeit und Stilempfinden stehen in direktem Einklang. Ansprüche stellen und Ansprüche erfüllen.

Auf hohem Niveau. In diesem Bewußtsein fällt auch die Entscheidung auf einen 6-Zylinder, der Besonderes nicht nur verspricht: BMW 520i.

Das Triebwerk ist typisch BMW.

Laufruhig und kraftvoll. Es entwickelt seine 129 Pferdestärken aus 2 Litern Hubraum.

Dynamik, die Sie stets im Griff haben. Dank seines auf Höchstleistung ausgelegten Fahrwerks, das in nahezu identischer Form auch die 286 PS des BMW M5 sicher auf die Straße bringt.

Eine Harmonie aus Sicherheit und

Handling. Leistungsfähige Technik in einer zeitlosen Form. Der Charakter des BMW 520i wird auf Wunsch durch die 'Shadow'-Optik dezent unterstrichen.

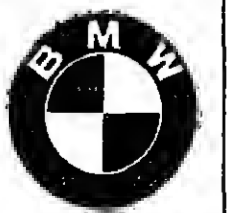
'Shadow' heißt: mattes Schwarz anstelle von glänzendem Chrom.

Eine feine Komposition aus unaufdringlicher Sportlichkeit und seriöser Eleganz. 6 Zylinder im Maßanzug.

Eine faszinierende Kombination, die dem engagierten Individualisten „paßt“.

BMW 520i.

Kauf, Finanzierung oder Leasing - Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.



**Freude am Fahren**

# Karpows massive Kritik an Bonn kam für die Diplomaten überraschend

Genscher: Bundesrepublik ist als Stationierungsland an Raketenverhandlungen interessiert

**BERNT CONRAD, Bonn**  
Bei dem Bonner Besuch des sowjetischen Abrüstungsunterhändlers Viktor Karpow hat sich eine auffällige Diskrepanz zwischen der freundlichen Atmosphäre seiner Gespräche im Auswärtigen Amt und dem Ton seiner später geübten Kritik ergeben. Parallel zu früheren sowjetischen Auftritten, meldete Karpow wenige Stunden, nachdem er gegenüber Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den Wunsch nach engeren deutsch-sowjetischen Konsultationen auf den verschiedenen Abrüstungsforen geäußert hatte, vor Journalisten in der Bonner Sowjetbotschaft ernste Zweifel an der Abrüstungsbereitschaft der Bundesregierung an.

### Kontaktbereitschaft

Vor allem die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Mittelstreckenraketen würden durch zusätzliche Forderungen Bonn weiter kompliziert. Dies lasse Fragen aufkommen, ob die Bundesrepublik ein reelles Interesse daran habe, „daß es in Europa weder die amerikanischen

noch die sowjetischen Mittelstreckenraketen gibt“.

Der Moskauer Chefunterhändler in Genf meinte ferner, die Positionen der Bundesregierung bei der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) und bei den Wiener Truppenreduzierungs-Verhandlungen (MBFR) seien nicht hilfreich. Deshalb sei er auch mit den Ergebnissen seiner Unterredungen „nicht ganz zufrieden“.

Bonner Diplomaten zeigten sich überrascht, denn Karpows Gespräch mit Genscher hatte deutlich im Zeichen zunehmender Kontaktbereitschaft Moskaus gestanden. So erklärte der Sowjet-Diplomat, sein Außenminister Schewardnadse habe ihm in einer vierstündigen Unterredung ausdrücklich versichert, welche große Bedeutung die Sowjetregierung dem bevorstehenden Besuch Genschers in Moskau beimesse.

Auch eine Unterredung Karpows mit dem Bonner Abrüstungsbeauftragten Friedrich Ruth war sachlich und kooperativ verlaufen. Daß der Sowjetexperte später öffentlich Kri-

tik übte, ist offensichtlich auf den noch nicht überwundenen Ärger Moskaus über die Einwirkung Bonn auf die Amerikaner in der Frage der Mittelstreckenraketen zurückzuführen. Die Bundesregierung hatte nämlich darauf gedrängt, daß Washington in Beantwortung eines sowjetischen Vorschlags auf einem globalen Abbau der Mittelstreckenraketen beharrte und keiner Sonderbehandlung der sowjetischen SS-20-Raketen in Asien zustimmte.

### Zwischenabkommen?

Genscher bemerkte dazu gestern im Deutschlandfunk: „Früher wie heute hat das westliche Bündnis immer auch eine Einbeziehung der sowjetischen Mittelstreckenraketen im asiatischen Teil der Sowjetunion gefordert.“ Doch die augenblickliche Bewegung könnte es ermöglichen, in diesem Jahr zu einem Zwischenabkommen zu gelangen. Als Stationierungsland sei die Bundesrepublik Deutschland an Fortschritten bei den Mittelstreckenraketen besonders interessiert.

# Frankreich sagt Sonnenenergie jetzt adieu

dpa, Paris

Frankreich verzichtet vorerst auf die Stromgewinnung aus Sonnenenergie im großen Stil. Der Direktor der Agentur für die Beherrschung der Energie (AFME), Michel Rolant, bestätigte jetzt das endgültige „Aus“ für das erste französische Pilot-Sonnenkraftwerk „Themis“ in den Pyrenäen, das vor drei Jahren an das öffentliche Stromnetz gekoppelt worden war. Zur Begründung führte er vor allem zu hohe Kosten von etwa 250 Francs (rund 80 Pfennig) für die Kilowattstunde Sonnenstrom an.

Vor dem Hintergrund billigen Atomstroms und sinkender Ölpreise habe sich bestätigt, daß diese Form der Elektrizitätserzeugung unrentabel sei, sagte Rolant. Selbst an einem idealen Ort wie in Kalifornien oder Saudi-Arabien würde die Stromerzeugung kaum billiger. Mit 250 Millionen Francs (rund 80 Millionen Mark) habe das Kraftwerk um das Vierfache über dem ursprünglichen Kostensatz gelegen. Allerdings, so Rolant, habe das Forschungs-Sonnenkraftwerk mit einer Leistung von 20 Megawatt die erhofften technischen Erkenntnisse geliefert.

# Experten haben Zweifel an rascher Einigung über Verbot von C-Waffen

Sowjetischer Botschafter Israelian in Bonn / Fragen der Kontrolle umstritten

**RÜDIGER MONIAC, Bonn**  
Viktor Israelian, sowjetischer Botschafter bei der Genfer Abrüstungskonferenz der vierzig Staaten, kommt morgen nach Bonn. In Gesprächen mit Bundesaußenminister Genscher und Regierungsexperten sollen die Aussichten einer weltweiten Ächtung chemischer Waffen ausgelotet werden. Sein Besuch wird mit großem Interesse erwartet, da zwei Tage zuvor der sowjetische Chefunterhändler bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, Viktor Karpow, in Bonn eine Vereinbarung über das Verbot von C-Waffen noch für dieses Jahr für realisierbar erklärte.

### Vorschneller Optimismus

Ähnlich positiv äußerte sich Minister Genscher gestern im Deutschlandfunk. Er sagte: „Sowohl die sowjetische Regierung wie wir sind der Auffassung, daß ein Abkommen jetzt abgeschlossen werden kann, noch in diesem Jahr.“

Dieser Optimismus findet nach Informationen der WELT unter Experten jedoch keine Unterstützung. Nach ihrer Auffassung sind die Diffe-

renzen bei der Genfer Konferenz der vierzig Länder, die vorrangig über die Kontrolle der C-Waffen berät, über ein C-Waffen-Abkommen derzeit gravierend, daß sie nicht mit einem Abschluß in absehbarer Zeit rechnen. Zum einen führen sie dies auf unverändert große Meinungsunterschiede zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR zurück, zum anderen aber auch auf Differenzen unter den westlichen Ländern selbst. Namentlich wurde von ihnen die japanische Weigerung erwähnt, die Definitionenliste für giftige Stoffe zu akzeptieren. Da Japan offensichtlich Nachteile für seine chemische Industrie befürchte, wenn in den Fabriken ausländische Inspektoren erscheinen und die Produktionsverfahren und Produkte erkennen, sei das Land mit einer umfassenden Auflistung giftiger Stoffe vorerst jedenfalls nicht einverstanden.

Auch Karpow erwähnte in Bonn als Hindernisse für ein Abkommen das Problem der Überprüfbarkeit von Vereinbarungen und die Frage, wie westliche Fabriken kontrolliert werden sollen. Die USA vertreten bisher

den Standpunkt, daß bei Verdacht einer Vertragsverletzung unter allen Umständen Inspektionen vor Ort, also in den chemischen Fabriken oder in Militäreinrichtungen, wo chemische Munition zusammengesetzt werden könnte, stattfinden müssen. Die Sowjetunion dagegen will sich dazu nur auf der Basis von Freiwilligkeit bereitfinden.

### Unhaltbarer Verdacht

Ein Kompromißvorschlag, der unter anderem auch von Großbritannien ausgearbeitet wurde, sieht vor, daß eine Inspektion nur dann abgelehnt werden kann, wenn eine „offensichtliche Böswilligkeit“ erkennbar ist, oder das Land, gegen das ein Verdacht geäußert wird, unbezweifelbar dessen Unhaltbarkeit schriftlich belegen kann.

Als weiteren Grund dafür, daß noch in diesem Jahr ein Verbotabkommen nicht möglich sei, wurden die unterschiedlichen sowjetischen und amerikanischen Auffassungen über die Überprüfbarkeit der künftigen Nichtproduktion von C-Waffen angeführt.

# Überstundenzahl auf dem niedrigsten Stand

Blüm spricht von Erfolg durch befristete Arbeitsverträge

**HEINZ HECK, Bonn**  
Arbeitsminister Norbert Blüm wird dem Bundeskabinett heute bei der Verabschiedung des „Überstunden-Berichts 1986“ keine gesetzlichen Schritte zum weiteren Abbau vorschlagen. Denn die Zahl der Überstunden bewegt sich auf dem niedrigsten je erreichten Stand“, heißt es in dem Bericht. Auch der seit 1983 anhaltende kräftige Wirtschaftsaufschwung habe entsprechend „den üblichen Reaktionsmustern“ zum raschen Abbau der Kurzarbeit und zum kräftigen Anstieg der Beschäftigung, aber nicht zu einer Zunahme der Überstunden in nennenswertem Umfang geführt. Blüm sieht darin auch die positiven Wirkungen des seit Mai 1985 möglichen Abschlusses befristeter Arbeitsverträge.

Die Zahl der Überstunden ist vom Höchststand 1970 mit 3,5 Milliarden oder 8,4 Prozent der geleisteten Arbeitsstunden auf 1,5 Milliarden oder vier Prozent 1985 zurückgegangen. In der Bauwirtschaft, im Verarbeitenden Gewerbe sowie in Handel und Verkehr werden überdurchschnittlich viele, in privaten Dienstleistungs-

betrieben und beim Staat dagegen weniger Überstunden geleistet.

Ungeachtet der aus Blüms Sicht günstigen Entwicklung bleibt Überstundenabbau für ihn „weiterhin die klare Zielrichtung“. Er will das allgemeine Problembewußtsein fördern und konkretisieren: Überstunden sind möglicherweise Arbeitsanfall sind möglichst in zusätzliche Beschäftigung umzusetzen. Fallen dennoch Überstunden an, ist grundsätzlich Freizeitausgleich vorzuziehen. Definitive Überstunden sind auf ein Minimum zu beschränken.

Viele Betriebe hätten sich bereits dieses Ziel gesetzt. Fast 75 Prozent der befragten Unternehmen planten verschiedene Maßnahmen zur Vermeidung von Überstunden, etwa Produktivitätssteigerung, Einstellung von Voll- und Teilzeitkräften, Verstärkung des Betriebsablaufs und Qualifizierung des Personals. 60 Prozent der Arbeitnehmer, die zur Zeit Überstunden leisten, seien aus unterschiedlichen Gründen zum Abbau bereit. Blüms Fazit: „Über den weiteren Abbau von Überstunden besteht also ein breiter Zielkonsens.“

# Nicaragua: SPD verurteilt Zensur

**dpa, Bonn**  
Die SPD hat das Verbot der nicaraguanischen Oppositionszeitung „La Prensa“ und die Ausweisung eines katholischen Bischofs durch die sandinistische Regierung in Managua verurteilt. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, erinnerte gestern daran, daß er die Mißachtung des vom Internationalen Gerichtshof ausgesprochenen Nicaragua-Urteils durch die Vereinigten Staaten als bedrückend bezeichnet habe. Die jüngsten Maßnahmen der Sandinisten seien aber ebenso bedrückend, erklärte Vogel. Er betonte, „La Prensa“ habe die frühere Diktatur in Managua schon vor ihrem Sturz durch die Sandinisten bekämpft.

# Kollektive Führung in Afghanistan?

**AP, Islamabad**  
Der afghanische Ministerpräsident Sultan Ali Keschtrmand hat die Notwendigkeit einer kollektiven Führung unterstrichen. Keschtrmand ist nach Nadschibullah und dessen Vorgänger Bahrak Karmal, der weiterhin als Präsident des Revolutionsrates und damit als Staatsoberhaupt fungiert, die Nummer drei in der Führung des von sowjetischen Truppen besetzten Landes. Er kündigte an, daß auf einer bevorstehenden Sitzung des Zentralkomitees der Partei „wichtige Fragen im Zusammenhang mit der Organisationsstruktur von Partei und Staat gelöst werden“. Die Demokratische Volkspartei Afghanistans ist seit langem gespalten.

# Union will das Thema „neue Armut“ besetzen

Geißler: Wir sind die Anwälte der kleinen Leute

**GÜNTHER BADING, Bonn**  
Die CDU will auch in der nächsten Legislaturperiode „Freund, Helfer und Anwalt der kleinen Leute sein“. Mit dieser Kurzformel umriß CDU-Generalsekretär Heiner Geißler am Dienstag vor der Presse in Bonn die sozialpolitischen Vorhaben seiner Partei in der nächsten Legislaturperiode.

Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung 1982 habe die Union mit dem Koalitionspartner zunächst einmal „die sozialen Sicherungssysteme in Ordnung bringen“ müssen, sagte Geißler. Mit der wirtschaftlichen Konsolidierung habe die CDU begonnen, ihr Programm unter dem Stichwort „Neue Soziale Frage“ umzusetzen. Erste Schritte seien die Einführung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Rentenberechnung ebenso gewesen wie familienpolitische Maßnahmen, etwa die Lösung des Mutterschaftsgeldes von der Erwerbstätigkeit.

Die Bindung dieser Zuwendung an die Arbeitstätigkeit des Bezieherkindes entsprache der „alten sozialen Frage“, in der es um die primäre Einkommensverteilung zwischen den von den Tarifvertragsparteien vertretenen Gruppen der Gesellschaft gehe. Mit der Neuen Sozialen Frage aber sollten nach dem Willen der CDU alle Gruppen erfaßt werden, deren Kon-

flikte sich nicht im Spannungsfeld zwischen Kapital und Arbeit abspielten, die aber dennoch in der Gesellschaft benachteiligt seien: die nicht im Berufsleben stehenden Personen, kinderreiche Familien, alleinstehende Mütter, ältere Menschen, voran Witwen, Behinderte und Pflegebedürftige und Dauerarbeitslose.

In seinen Vergleichen mit der SPD, die nach seinen Worten „bei der Lösung der Alten Sozialen Frage gescheitert ist und die Neue Soziale Frage nicht erkannt hat“, machte der CDU-Generalsekretär deutlich, daß er das von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern unter dem Stichwort „neue Armut“ anvisierte Wahlkampfthema positiv für die Union besetzen möchte.

An konkreten Vorhaben der Union für die nächste Legislaturperiode des Bundestages nannte Geißler:

- Verbesserung der sozialen Sicherheit derjenigen, die Schwerstbehinderte pflegen.
- Schaffung weiterer Erleichterungen im Steuerrecht; das Programm der Steuerentlastung müsse zu einer umfassenden Steuerreform ausgebaut werden.
- Verbesserung der Bedingungen für private Vorsorgeleistungen, und
- Förderung der ambulanten Pflege Bedürftiger durch ihre Angehörigen oder durch Sozialstationen.



**Superior norwegischer Lachs**

**NORWEGISCHER LACHS**



**Kaufen Sie noch heute**  
— und laden Sie gute Freunde zu einer ausgesuchten Mahlzeit ein. Frischer Lachs, geräucherter Lachs, gravet Lachs.  
Norwegischer Lachs wird in anerkannten Fischgeschäften und Restaurants geführt.

Marketing Council Norwegian Salmon, Olav Tryggvasonsgt. 39/41, P.O.Box 851, N-7001 Trondheim, Norway.





Ernst Heinkel ging als Pionier des Schnellflugzeugs und Erbauer des ersten Düsenflugzeugs der Welt in die Geschichte der Luftfahrt ein.

FÜR DEN ANLEGER

Bundesbank: Aus der Ausschreibung neuer Wertpapieremissionsgeschäfte wurden 14,5 Mrd. DM von den insgesamt eingegangenen Geboten von 26,4 Mrd. DM zugeleitet.

Table with market data including Konsumgüter, Kmsgewinner, Kmsverlierer, and various stock indices.

Währung: Rund 200 Mrd. DM hat die französische Zentralbank gestern beim Fixing gegen Franc verkauft.

Euro-Anleihe: Die Toronto-Dominion-Bank begibt eine Euro-Anleihe über 20 Mrd. Yen, die an der Luxemburger Börse notiert wird.



WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 255,50 (253,78); Chemie: 148,07 (148,23); Elektro: 290,72 (289,44); Auto: 706,29 (705,57); Maschinenbau: 142,29 (141,67); Versorgung: 150,74 (147,22); Banken: 376,94 (373,00); Warenhäuser: 142,65 (139,91); Bauwirtschaft: 409,30

WELTWIRTSCHAFT

British Steel: Der Staatskonzern hat zum ersten Mal seit elf Jahren im Geschäftsjahr 1985/86 wieder mit Gewinn abgeschlossen.

US-Isierhandel: Die ursprünglich für heute vorgesehene Urteilsverkündung für Dennis B. Levine ist bis Herbst verschoben worden.

WAREN & MÄRKTE

Pkw-Markt: Die Zulassungszahlen sind im Mai weiter deutlich gewachsen. Von den inländischen Autoherstellern mussten VW, BMW, Daimler-Benz, Opel und Audi Marktanteile abgeben.

Mittelstandspolitik: Die SPD will die Marktposition der Selbständigen sowie kleiner und mittlerer Firmen stärken.

Benzin: Die Preise bleiben unter Druck. Unverbleitetes Normalbenzin kostet im Bundesdurchschnitt bereits wieder weniger als eine DM.

Autoindustrie: Die Vertriebsleiter der deutschen Autohersteller in den USA haben eine positive Bilanz für das erste Halbjahr vorgelegt.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Robert Bosch GmbH: Im 100. Jubiläumsjahr wird die Gruppe rund 2 Mrd. DM Umsatz erzielen. Die Investitionen sollen auf 1,7 Mrd. DM steigen.

CGE will die deutsche Elektrogruppe den zweitgrößten Telekommunikationskonzern in Frankreich erwerben.

Blaupunkt: Die gesunkenen Preise für Unterhaltungselektronik ließen die Bosch-Tochter in die roten Zahlen rutschen.

Dr. Mann: Der Berliner Pharmahersteller ist vom US-Unternehmen Bausch & Lomb für rund 97 Mill. Dollar übernommen worden.

Siemens: Als Antwort auf das Arrangement zwischen IIT und

NAMEN



Philipp Holzmann: Senator E. h. Prof. Dipl.-Ing. Hermann Becker, Vorstandschef der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, wird heute 60 Jahre alt.

ter der Auslandsabteilung in der Frankfurter Konzernzentrale und 1975 ordentliches Vorstandsmitglied. Seit 1980 ist Becker Vorstandspräsident.

Monopolkommission: Am 30. Juni endet die Amtszeit von Erhard Kantzenbach und Josef Murawski. Als Nachfolger wurden Winfried Haastert, Vorstandsmitglied der Thyssen Industrie AG sowie Carl Christian von Weizsäcker berufen.

Der Unterschied zwischen Manager und Flieger? - Es gibt keinen. Beide kann man mit einer Zeitung erledigen.

Monopolkommission will künftig Elefantenhochzeiten untersagen

Bundeswirtschaftsministerium: Die marktwirtschaftliche Ordnung funktioniert

Die marktwirtschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert. Zu diesem Schluss kommt die Monopolkommission in ihrem sechsten Hauptgutachten, das sie gestern dem Bundeswirtschaftsminister überreicht hat.

Die deutsche Wirtschaft sei durch einen sehr langsamen, aber stetigen Konzentrationsprozess gekennzeichnet. Dies gebe zur Zeit keinen Anlass zur Sorge.

Hängt am Zusammenschluß Daimler/AEG: Die Nichtuntersagung dieses Zusammenschlusses wirft die Frage auf, ob das geltende Recht eine ausreichende Kontrolle konglomerater Fusionen erlaubt.

dafür, Großzusammenschlüsse dann zu untersagen, wenn durch die Fusion keine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen zu erwarten ist.

Überlegungen dazu werden auf-

Die Kommissare plädieren deshalb

FDP plant 1989 große Steuerreform

Gattermann: Subventionen sollten möglichst zeitgleich gestrichen werden

Die FDP will bei einer erneuten Koalition mit der Union in der nächsten Legislaturperiode eine Steuerreform von 20 Milliarden Mark netto durchsetzen.

Gattermann gibt Subventionen gegenüber Finanzhilfen bei der Streichung „Priorität“, weil dann die „Gegenrechnung klar“ sei.

Das Gesetzgebungsverfahren könne dann bis zum Frühjahr 1988 abgeschlossen werden.

Allerdings müsse die Streichung von Subventionen „zeitgleich“ mit der Korrektur des Steuerzins in Kraft treten.

Gattermann fordert daher, den Ausgabenzuwachs des Bundeshaushalts in der nächsten Legislatur unter die in der mittelfristigen Finanzplanung anvisierten 2,9 Prozent jährlich zu senken.

Kritik übte Gattermann an „gewissen finanzpolitischen Sünden“ der Vergangenheit.

Zur Differenzierung äußerte er sich kritisch: Wenn sie zueinander, weil sozialpolitische Wohltaten verteilt werden, sei es eine Katastrophe.

Finanzminister einigen sich über EG-Haushalt

Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft haben sich in der Nacht zum Dienstag in Brüssel auf einen neuen Haushaltsentwurf für 1986 geeinigt.

AUF EIN WORT



Die Bauern müssen mehr unternehmerisch denken und sich am Markt orientieren.

Wolfgang von Geldern, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesernährungsministerium.

Überschuß der Leistungsbilanz verringert

Mit einem Aktivsaldo von 6 Mrd. DM zeigte die Leistungsbilanz der Bundesrepublik im Mai einen gegenüber dem Vormonat (8,2 Mrd. DM) - auch saisonbereinigt - deutlich geringeren Überschuß.

Im langfristigen Kapitalverkehr ergab sich im Mai nicht zuletzt aufgrund der verminderten Anlagenneigung des Auslands in deutsche Wertpapiere ein Passivsaldo von 2,1 Mrd. DM.

Finanzplatz Deutschland

Von HARALD POSNY

Die Neugestaltung der Arbeitsgemeinschaft der Wertpapierbörsen in der Bundesrepublik war eine „schwere Geburt“.

Die Börsen jenseits der deutschen Grenzen, vor allem in London, Amsterdam und Toronto, haben erhebliche Anstrengungen unternommen, um deutsches Geld auf ihre Mühlen zu leiten.

Die Neuorganisation des Börsenwesens in der Bundesrepublik soll den Finanzplatz Deutschland stärker und attraktiver machen.

Hier müßte die Arbeitsgemeinschaft dafür sorgen, daß sie als Service-Zentrum zumindest dieselben, wenn nicht die besseren Dienste anbietet.

Jetzt kommt es darauf an, wie einige Börsen ihre Empfindlichkeiten zurückstecken, andere ihre Bedeutung nicht allzusehr hervorkehren.

Rein stimmungsmäßig machte sich bei der Vorstellung der reform-

Die Bundesrepublik ist ein bedeutender Finanzmarkt. Er liegt nach dem Börsenumsatz an dritter Stelle hinter den USA und Japan.

In der Mitgliederversammlung bestimmt der Börsenumsatz die Stimmverteilung, wobei sich Frankfurt (50) und Düsseldorf (50) auf 80 addieren, was bei 100 möglichen Stimmen für die 75-Prozent-Mehrheit reicht.

Jetzt können die Börsen „mit einer Stimme“ leichter in Bonn argumentieren. Auch die Frage der Doppelbesteuerung der Aktien, der Gesellschaftssteuer und der Unsicherheiten im Optionshandel müssen mit Vorrang gelöst werden.

Gesunder Prozeß

In London - In den nächsten fünf Jahren wird in der produzierenden Wirtschaft Großbritanniens ein Verlust von mehr als 600 000 Arbeitsplätzen eintreten.

rend die großen Unternehmen weiterhin abspecken, werden kleine Firmen bis Ende 1990 rund 700 000 Beschäftigte mehr zählen.

Diese Voraussage aufgrund einer Befragung von 3000 Unternehmen zeigt sehr deutlich den Strukturwandel auf, der in den letzten zehn Jahren eingesetzt hat.

Dies ist ein eher gesunder Prozeß. Denn die großen Unternehmen werden immer stärker dazu übergehen, Arbeiten in der Verarbeitung und im Dienstleistungsbereich als Unteraufträge an kleine Firmen zu vergeben.

Mit der Verringerung der Beschäftigtenzahlen in den traditionellen Bereichen der verarbeitenden Industrie geht ein beachtlicher Anstieg der Selbständigenzahl in Großbritannien einher.

Bis zum Ende dieses Jahrzehnts, so die Studie, wird in Großbritannien der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung von 45 auf 50 Prozent steigen.

Deutscher Käse für Englands Genießer

HEINZ HILDEBRANDT, London Deutsche Lebensmittel- und Getränke sind in Großbritannien immer stärker gefragt.

ren der Käse-Bereich. Hier verdoppelte sich das Exportvolumen von 13 570 Tonnen im Jahr 1982 auf 28 100 Tonnen im 1985.

Die CMA, die diese Entwicklung als sehr ermutigend bezeichnet, verstärkt derzeit ihre Verkaufsförderungsaktivitäten im Lande.

Großbritannien ist zwar in der EG nach Italien, den Niederlanden und Frankreich nur der viertgrößte Exportmarkt für deutsche Lebensmittel.

Bei den Backwaren, deren Exportvolumen mit 14 060 Tonnen in nur einem Jahr um 25 Prozent zunahm, erfreut sich vor allem deutsches Brot zunehmender Nachfrage.

Die CMA, die diese Entwicklung als sehr ermutigend bezeichnet, verstärkt derzeit ihre Verkaufsförderungsaktivitäten im Lande, nicht nur bei der Fernsehwerbung, und mit Anzeigen in Frauenzeitschriften.

Im Jahr 1985 wurde der Londoner Nobelpreisfeierlichkeiten in Kürze veranstaltet. Darüber hinaus verstärkt die CMA besonders ihre Bemühungen in Richtung Gastronomie, da hier erzielte Erfolge leicht einen Vielfach-Effekt haben.

Internationale Auktionen von Maschinen und Industrie-Anlagen

Freitag/Samstag 11./12. Juli 1986 Kunsthaus Brücke Antiquitäten 5300 BONN

Dienstag, 26. August 1986 Gebr. Heick GmbH & Co. - Bodenbeläge 2400 LÖBECK

Mittwoch, 17. September 1986 Holzwerke Haulzenberg GmbH & Co. Betriebs KG 8395 HAULZENBERG bei PASSAU

Donnerstag, 25. September 1986 Nordrohr Kunststoffrohrwerke GmbH & Co KG 2200 ELMSHORN bei HAMBURG

Ausschreibung per 15. Oktober 1986 Nordferro Norddeutsche Ferrerwerke GmbH 2970 EMDEN

Im Zusatzantrag nehmen wir ständig auch einzelne Maschinen, Anlagen und Nutzfahrzeuge in unsere Versteigerungen auf.

Detaillierte Informationen und Kataloge auf Anfrage. ANGERMANN AUKTION KG HAMBURG

Deutsche Pkw mit Erfolgen in USA

dpa/VWD, New York Die Vertriebsrichter der deutschen Autohersteller in den USA können trotz des abgeschwächten Dollars für das erste Halbjahr eine positive Bilanz vorlegen. Bei den japanischen Anbietern dagegen wurde das seit Jahren fast ununterbrochene Verkaufswachstum im Juni zum ersten Mal gebremst. Branchenexperten begründen diese Entwicklung mit den vier seit Herbst vorgenommenen Preiserhöhungen als Folge des scharfen Anstiegs des Yen.

Siemens will französisches Unternehmen erwerben

Antwort auf Arrangement zwischen ITT und CGE - Kraftwerksgeschäft löste Rückgang beim Umsatz aus

DANKWARD SEITZ, Rom Wir wollen für unsere Kunden im Bereich der Telekommunikation nicht der größte werden, sondern weiterhin der beste Anbieter bleiben. Auf den ersten Blick äußerst gelassen reagiert damit Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, Berlin/München, auf die Absicht des US-Mischkonzerns ITT, seine gesamten Fernmeldeaktivitäten einschließlich der Stuttgarter SEL AG an die staatliche französische Compagnie Générale d'Electricité (CGE) zu verkaufen.

DM und einen acht Prozent auf 33,8 Mrd. DM geringeren Auftragseingang verzeichnen. Umgesetzt wurden davon im Inland 14,0 Mrd. DM (minus 33 Prozent); der Auftragsseingang nahm hier um acht Prozent auf 16,2 Mrd. DM ab. Erheblich beeinflusst wird diese Entwicklung allerdings vom Kraftwerksgeschäft der KWU.

Alles in allem könne man, so Kaske, schon für 1986/87 damit rechnen, daß Siemens wieder „in den Wachstumstrend der Jahre 1980 bis 1985 mit durchschnittlich elf Prozent einschneiden“ werde. Und als eine Art „Vorbereitung auf die 90er Jahre“ wertete er die sprunghafte Steigerung der Investitionen auf fast sechs (4,2 nach 2,4) Mrd. DM vor allem in den forcierten Ausbau der vier „strategischen Wachstumsgebiete“: Mikroelektronik, Nachrichtentechnik sowie Büro- und Fabrikautomatisierung. Mit Zuwachsraten von 20 Prozent in den nächsten Jahren sollen diese Bereiche bereits Ende 1989/90 zum Konzernumsatz von 63 bis 65 Mrd. DM (ohne KWU) etwa 31 bis 33 Mrd. DM beisteuern, nachdem es 1984/85 erst 17,5 Mrd. DM waren.

Keine dramatischen Dinge erwartet Kaske trotz des Reaktorunglücks von Tschernobyl vorerst für die KWU. Zumindest bis 1990 werde sie jedes Jahr ein Kernkraftwerk fertigen und abrechnen, so daß sie trotz möglicherweise zunehmender Beschäftigungsschwierigkeiten Siemens „nicht auf der Tasche liegen“ werde. Auf dem Weltmarkt allerdings könnte sich die bereits starke Position der KWU angesichts der neuen Sicherheitsanforderungen sogar noch verbessern.

Urteil löst einen Kurssturz aus

Kongreß darf Ausgabenstreichungen nicht Beamten überlassen

H.-A. SIEBERT, Washington Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Washington, das Haushaltsausgleichsgesetz in einem wichtigen Punkt für verfassungswidrig zu erklären, ist von den US-Aktienmärkten als folgenschweres Fiasko gewertet worden. An der New York Stock Exchange kam es zu den bisher steilsten Kursstürzen. Entmutigt auch durch die schwache Konjunktur, sackte der Dow-Jones-Industrie-Index um fast 62 Punkte.

Das Weiße Haus reagierte mit dem Hinweis, der Kongreß müsse in einem Wahljahr unbedingt die Lösung des Defizitproblems in Angriff nehmen. Die amerikanische Bevölkerung habe das Gesetz als ein Versprechen aufgefaßt. Der republikanische Senator Phil Gramm plädierte für eine Änderung des von ihm mitformulierten Gesetzes, indem der Chef des General Accounting Office durch das Budgetbüro des Weißen Hauses ersetzt würde. So kurz vor den Wahlen ist solch ein Beschluß des Kongresses jedoch unwahrscheinlich.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

D-Mark verkauft

Paris (VWD) - Rund 200 Mill. DM hat die französische Zentralbank gestern beim Fixing gegen Franc verkauft. Nach Darstellung des Devisenhandels diente die Intervention dazu, den Kurs bei 3,2075 F zu halten nach 3,1986 F am Montag. Die Francschwäche wird von Händlern auf eine größere Abgabe von Franc gegen DM durch ein französisches Institut zurückgeführt, das damit DM-Verbindlichkeiten tilgt.

Aufschwung auch 1987

Basel (dpa/VWD) - Die Konjunktur in den westlichen Industrieländern wird nach Einschätzung des Europäischen Zentrums für angewandte Wirtschaftsforschung Prognos in Basel auch 1987 weiter angekurbelt werden. Im laufenden Jahr 1986 rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem

Zuwachs des realen Sozialprodukts um durchschnittlich gut einen halben Prozentpunkt auf 2,8 Prozent. Dieser Aufschwung wird sich 1987 - wenn auch leicht abgeschwächt - mit einer Wachstumsrate von durchschnittlich 2,6 Prozent fortsetzen.

Yen-Emission

London (VWD) - J.P. Morgan & Co. emittiert am Euromarkt eine 20-Mrd.-Yen-Anleihe mit einer Laufzeit von 7 1/2 Jahren und sechs Prozent Kupon über ein Konsortium unter Führung von Monrua International Ltd. Der Ausgabekurs beträgt 101 1/2 Prozent, die Rendite 5,76 Prozent. Die nachgeordnete Anleihe wird am 7. Februar 1994 fällig und ist nicht vorzeitig tilgbar. Die Einführung der Anleihe an der Luxemburger Börse ist vorgesehen, wobei die Stückelung 1 bzw. 10 Mill. Yen beträgt. Valutierungstermin ist der 7. August.

Berliner Börse mit Rekord

Berlin (dpa/VWD) - Die Berliner Wertpapierbörse registrierte in der ersten Jahreshälfte 1986 das beste Halbjahresergebnis seit dem Krieg. Die Umsätze wurden mit plus 106 Prozent auf fast 10,5 Milliarden DM mehr als verdoppelt. Wie die Börse gestern mitteilte, betrug das Umsatzplus bei festverzinslichen Wertpapieren 88 Prozent und bei Aktien 115 Prozent.

Phoenix-Aktien plaziert

Frankfurt (VWD) - Die Bayer AG und die Deutsche Bank AG haben aus ihrem Besitz insgesamt 13,5 Mill. DM oder 270 000 Aktien der Phoenix AG, Hamburg, zum Preis von 175 DM je 50-DM-Aktie zur öffentlichen Zeichnung angeboten und plaziert. Die Deutsche Bank wird nach eigenen Angaben auch künftig eine Beteiligung von zehn Prozent des Grund-

kapitals von Phoenix halten. Die Phoenix-Aktien werden außer an den Börsenplätzen Hamburg und Berlin vom 11. Juli an zusätzlich an den Wertpapierbörsen von Düsseldorf, Frankfurt und München gehandelt und amtlich notiert. Ein entsprechender Börsenzulassungsprospekt ist am 5. Juli im „Bundesanzeiger“ veröffentlicht worden.

British Steel mit Profit

London (dpa/VWD) - Zum ersten Mal seit elf Jahren hat der Staatskonzern British Steel im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 (29. März) wieder mit Gewinn abgeschlossen. Der Nettogewinn betrug 38 Mill. Pfund (143 Mill. DM). Im Jahr zuvor hatte der Stahlkonzern noch einen Verlust von 383 Mill. Pfund (1,45 Mrd. DM) ausgewiesen.

Abgeordnete sind gefordert

Durch die höchststrichliche Entscheidung werden dem Gesetz mit dem Automatismus sozusagen die Zähne gezogen. Aufrechterhalten wurde aber die Verpflichtung zum Budgetausgleich, so daß nun die Senatoren und Abgeordneten, die sich mit Gramm-Rudman in die politische Isolierung begeben und sich nicht an die kürzenden Programmen die Finger verbrennen wollten, das letzte Wort zu sprechen haben.

Genau das schreibt die US-Verfassung vor und hat der demokratische Abgeordnete Mike Synar im vergangenen Jahr bei Einreichung der Klage

IMMOBILIENKAPITALIEN
VENEZIA - Mirano (Italien), zu verkaufen
Seltene Gelegenheit
Gute und sichere KAPITALANLAGE
Anlageobjekt
Luxus-Villa
Komplett restauriertes Bauernhaus auf Mallorca
Kleine Kapitalanlage
URUGUAY
FORDERUNGSANKAUF
Villa bei Düsseldorf

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen
Ein Abonnement der Zeitschrift WELTKUNST
Aktuelle Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten
An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Prämien-Gutschein
Das WELTKUNST-Abonnement
Bestellschein

In die roten Zahlen geraten

Blaupunkt: Gesunkene Preise bei Unterhaltungselektronik

Stuttgart Die Blaupunkt-Werke GmbH, Hildesheim, ist in den Bereich roter Zahlen abgerutscht. Trotz Rationalisierung und Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit...

Mitte dieses Jahres beginnt stufenweise ein Fertigungsverbund zwischen Blaupunkt und Grundig zu laufen, in dem Blaupunkt seine Farbfernseher bei Grundig...

Investitionspedal wird durchgedrückt

Bosch-Gruppe plant noch größeres Engagement bei der „mobilen Kommunikation“

WERNER NEITZEL, Stuttgart Die Stuttgarter Bosch-Firmengruppe, die über ihre traditionelle Stärke in der Kraftfahrzeug-Ausrüstung...

Starkes Gewicht kommt bei der Investitionsfähigkeit dem Ausbau der Kapazitäten in der Kraftfahrzeugausrüstung zu, vor allem in der Einspritztechnik...

Der Anteil der Kfz-Ausrüstung am Gesamtumsatz erhöhte sich demnach auf 54,6 (52,5) Prozent. Bosch produzierte im Zeichen des Vormarsches der Einspritztechnik...

Politische Betriebsamkeit

Rettingsversuche für gesunden Kern der Harmstorf-Gruppe

JAN BRECH, Hamburg Bei der Wertten- und Schiffbau-Gruppe Harmstorf AG, Hamburg, die am Wochenende für sich und zahlreiche Tochtergesellschaften ein Vergleichsverfahren beantragt...

ebenfalls nicht zu halten. Nach Aberbeitung der vorhandenen Aufträge dürften der Schiffsbau und auch die Reparatur eingestellt werden...

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Dr. Mann verkauft

Berlin (th.) - Der Berliner Pharma-Hersteller Dr. Gerhard Mann, Chempharm, Fabrik GmbH, ist an die amerikanische Firma Bausch & Lomb Inc., Rochester/New York...

umsatz von 1 Mrd. DM und einen Gewinn von 50 Mill. DM nach Steuern an.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr verbuchte die Unternehmensgruppe mit ihrem rund 8000 Mitarbeitern einen Umsatz von 900 Mill. DM. Allein der 1984 übernommene Biotralkhersteller Pelikan AG...

Überhaupt drückt man bei Bosch immer stärker auf das Investitionspedal. Für das laufende Geschäftsjahr 1986...

Im Berichtsjahr 1985, das Bierich als „insgesamt günstig“ bewertet, stieg der konsolidierte Bosch-Weltumsatz um 15,6 Prozent auf 21,2 Mrd. DM. Dabei übertraf das Wachstum im Ausland...

Der Umsatz der Bosch-Gruppe wird in 1986 nach Bierichs Prognose bei knapp 22 Mrd. DM liegen.

Der Berichtsjahr 1985, das Bierich als „insgesamt günstig“ bewertet, stieg der konsolidierte Bosch-Weltumsatz um 15,6 Prozent auf 21,2 Mrd. DM. Dabei übertraf das Wachstum im Ausland...

Der Fall Harmstorf, der offenbar nur die Spitze des Eisbergs darstellt, hat in Schleswig-Holstein politische Betriebsamkeit ausgelöst.

Wirtschaftsminister Wolfgang Biermann hat seinen Urlaub abgebrochen, um mitzuhelfen, den Schaden zu begrenzen. Die Kieler Landesbank ist aufgefordert worden, ein Konzept zur Rettung der Wertten in den nächsten 14 Tagen zu erarbeiten...

Hohner ohne Dividende

Trossingen (VWD) - Erneut keinen Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 1985 enthält die Einladung zur HV des Musikinstrumentenherstellers Matth. Hohner AG, Trossingen.

Bierabsatz stagniert

Homburg (dpa/VWD) - Die zu den größten Privatbrauereien in der Bundesrepublik zählende Karlsberg-Brauerei KG Weber, Homburg/Saar, hat im vergangenen Geschäftsjahr 1985/86 (31. März) trotz stagnierenden Bierabsatzes den Umsatz um 2,1 Prozent auf 388 Mill. DM gesteigert.

Nachfragebelebung im Kreditgeschäft

dpa/VWD, Frankfurt Die Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt, die unter Aufsicht der Bundesregierung agrarbezogene Vorhaben aller Art finanziert, meldet für 1985 eine deutliche Nachfragebelebung im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft.

Ausdruck des Fortschritts

Innerhalb der Sonderkreditprogramme bildete das Programm „Landwirtschaft“ Investitionen, die der nachhaltigen Existenzsicherung dienen mit einem Zusagevolumen von 601 (Vorjahr: 344) Mill. DM den größten Posten.

Pelikan wieder flügge

Zug/Düsseldorfer (dpa/VWD) - Die dem Metro-Gründer Otto Beisheim gehörende schweizerische Holding Condorpart AG, Zug, steuert nach eigenen Angaben 1986 einen Konzern-

Der Gesamtgetränk-Ausstoß von rund 2,57 Mill. Hektoliter vom vorigen Geschäftsjahr gehalten werden.

Die Zahl der Beschäftigten bei der Karlsberg-Brauerei hat sich im vergangenen Geschäftsjahr um rund 100 auf 1350 Mitarbeiter erhöht.

PERSONALIEN

Carl Starke, Senator e.h. der Technischen Universität Hannover und Ehrenmitglied der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland, vollendet heute sein 90. Lebensjahr.

Senator e.h. Prof. Hermann Becker, Sprecher des Vorstands der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, vollendet heute sein 60. Lebensjahr.

Abkehr von langen Vertragslaufzeiten

Die Iduna Vereinigte Lebensversicherung erhöht erneut die Überschubeteiligung

HARALD POSNY, Hamburg Den Eindruck, die Iduna Vereinigte Lebensversicherung VVaG, Hamburg, tue sich im Neugeschäft bereits im zweiten Jahr hintereinander deutlich schwerer als der Wettbewerb, wollte der Vorstand nun doch nicht auf sich sitzen lassen.

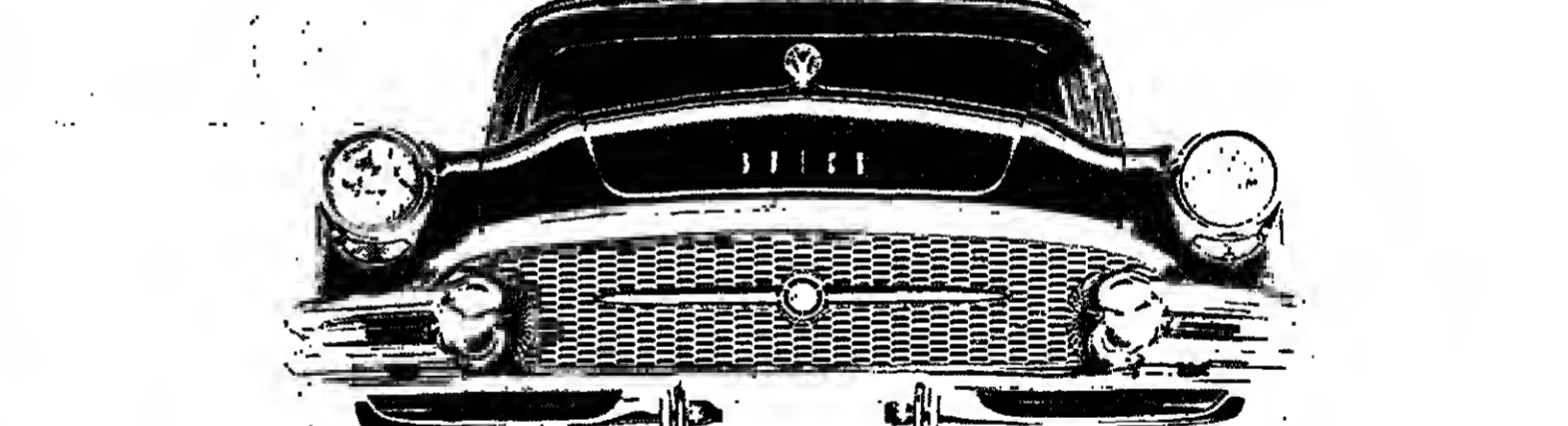
Bruttoüberschub. Die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zufließenden 476 (407) Mill. DM machen 34,1 (30,5) Prozent der Beiträge aus.

miert. Daraus gehen 9 Mill. DM in die freien Rücklagen. Außer der Dividende von 12 (12) Prozent werden 3 (3) Prozent Bonus ausgeschüttet.

Beweis für den Erfolg der Strategie ist, daß die Beiträge stärker gestiegen sind als die Bestandentwicklung, und das bei überdurchschnittlich hoher Abschlußsumme.

Die Iduna Allgemeine Versicherung AG war 1985 nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Horst Becker bei leichtem Beitragsplus von 2,6 (2,4) Prozent auf 477 Mill. DM (brutto) und etwas entspannter Schaden-situation sowie erneut verbesserter Kapitalerträgen „rundum zufrieden“.

Table with 2 columns: Item and 1985 ± %



In den fünfziger Jahren blitzblankes, ausgepolstertes Statussymbol. Und ungehalten benzinschluckendes Glamourstück. Aber toll! Heute sind unsere Autos nach wie vor hübsch, flott oder elegant.

schrieben werden muß, fragen Sie uns oder den Autohändler Ihrer Wahl. Eine kompetente Beratung ist Ihnen sicher. Die Leasingraten für Ihren nächsten Wagen werden Ihnen sicher noch Geld übrig lassen, um vielleicht ein ähnliches Prunkstück zu besitzen.

- Deutsche Leasing AG, Hamburger Straße 6-12, Frankfurt am Main, Tel. 069/15291

Table with columns for 'Inlandszertifikate' and 'Auslandszertifikate'. It lists various financial instruments, their issuers, and prices.

Table titled 'Optionshandel' listing various options contracts, their terms, and prices.

Table titled 'Rentenoptionen' listing interest rate options and their market prices.

Table titled 'Devisenmärkte' and 'Devisen und Sorten' showing exchange rates for various currencies and gold prices.

Wichtig für produzierende Unternehmen bis 50 Mio Jt: Der Staat zahlt für weitere 3 Jahre jährlich 40% der FuE-Personalkosten.

Haben Sie den FuE-Personalkostenzuschuß schon beantragt? Wenn nicht, sollten Sie jetzt handeln!

Schwimmbad-Chemikalien wir führen folgende Programme: Bayrol - Delphin - HTH

Büro-Service in Saarbrücken Fördern Sie unser Dienstleistungsangebot.

Schulungsseminar Standort Lufthafen 3414 Hardegen. Mieten Sie Ihre neue Adresse auf Burg Hardegen am Kurpark nach Bedarf.

Large advertisement for 'Vertriebs-Karriere' (Sales Career) featuring a large arrow graphic and text about job opportunities in electronics.

Large advertisement for 'thüga' (Thüringer Gas Aktiengesellschaft München) featuring a large 'thüga' logo and financial data.

THÜRINGER GAS AKTIENGESELLSCHAFT MÜNCHEN

Financial statements for THÜRINGER GAS AKTIENGESELLSCHAFT MÜNCHEN, including balance sheet and profit/loss statement for 1985.

Der Jahresabschluss der HEW sowie der Konzernabschluss haben den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der TREUARBEIT Aktiengesellschaft...

Hamburgische Landesbank - Girozentrale - Commerzbank AG; Berliner Commerzbank AG; Bank für Gemeinwirtschaft AG; Bank für Handel und Industrie AG; Bayerische Vereinsbank AG; Deutsche Bank AG; Deutsche Bank Berlin AG; Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank -; Conrad Hinrich Donner; Dresdner Bank AG; Verelins- und Westbank AG; M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Hamburg, den 9. Juli 1986 DER VORSTAND

Advertisement for Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft, including company information and a list of shareholders.

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

Large advertisement for 'DIE WELT' newspaper, including subscription information and contact details.

Advertisement for 'DIE WELT' newspaper, featuring the newspaper's logo and contact information.

# Aktienabstieg vorerst gebremst

## Immer noch Angstverkäufe privater Kunden

DW. - Der deutsche Aktienmarkt hat den vorangegangenen sensationellen Kursrückgang am Donnerstag nicht als Einmalereignis betrachtet, sondern als Zeichen für den Beginn einer neuen Phase. Nach wie vor herrscht bei den privaten Kunden ein Misstrauen, das sich in den letzten Tagen in Form von Angstverkäufen niederschlug. Die Börse ist weiterhin durch den Abgang von Geldern aus dem Markt belastet, was zu einem weiteren Kursrückgang führt.

Gegen Börsenspekulation gab es wieder einige Klänge, doch diese sind mitunter 200 bis 300 Punkte weniger als die Standardwerte der vergangenen Tage. Obwohl sich die Dollarstärkung nicht mehr weiter fortgesetzt hat, kann es bei den Papieren exportorientierter Unternehmen zu neuen Unsicherheiten. Die Titel der Grobchemie blieben deshalb noch hinter ihren Vorkursen zurück. Bemerkenswert stabil dagegen ist der Markt für den Bau- und Holzsektor. Die Aktien der Bau- und Holzindustrie waren im vergangenen Jahr um 15 bis 20 Prozent gestiegen. Dies ist ein Zeichen für die Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen.

Die Verfalltermine der Aktien sind mitunter 200 bis 300 Punkte weniger als die Standardwerte der vergangenen Tage. Obwohl sich die Dollarstärkung nicht mehr weiter fortgesetzt hat, kann es bei den Papieren exportorientierter Unternehmen zu neuen Unsicherheiten. Die Titel der Grobchemie blieben deshalb noch hinter ihren Vorkursen zurück. Bemerkenswert stabil dagegen ist der Markt für den Bau- und Holzsektor. Die Aktien der Bau- und Holzindustrie waren im vergangenen Jahr um 15 bis 20 Prozent gestiegen. Dies ist ein Zeichen für die Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen.

Düsseldorf		Frankfurt		Hamburg		München		Aktien-Umsätze	
AGF	212,5	212,5	212,5	212,5	212,5	212,5	212,5	AGF	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5	212,5	212,5	212,5	212,5	AGF	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5	212,5	212,5	212,5	212,5	AGF	212,5

Inland		Frankfurt	
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5

Frankfurt		Hamburg	
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5

Frankfurt		Hamburg	
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5

Amsterdam		London	
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5

London		New York	
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5

New York		Paris	
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5

# Die Konjunktur fährt nicht in Urlaub wie alle Ihre Mitarbeiter.

Das deutsche Unternehmen ist jetzt anhaltend und geschäftstreibend. Für alle Personalverantwortlichen kann es deshalb kurzfristig eine ausgedehnte heiße Phase geben. Deshalb heißt die Strategie der umsichtigen Personal- und Urlaubsplanung: **Urlaubs-Personalenpässe** nur mit einem wirklich kompetenten Partner für Personal-Dienstleistungen meistern. **Mit time-power.**

Das deutsche Unternehmen mit qualifizierten, anpassungsfähigen und leistungsbereiten Mitarbeitern, dem bereits zahlreiche namhafte Firmen in der ganzen Bundesrepublik Deutschland vertrauen.

Denn: time-power hat mit fast 17 Jahren Erfahrung und 17 Geschäftsstellen im Bundesgebiet ausschließ-



Coupon:  
Ich erbitte  
Info-Material  
Info-Gespräch  
zu  
Zeitarbeiter  
Montage- und Projektbau  
DI Dienstleistungen  
Personalberatung

Name: \_\_\_\_\_  
Position: \_\_\_\_\_  
Firma: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

time-power  
Personal-Dienstleistungen GmbH & Co. KG  
Hauptverwaltung  
Gustav-Heinemann-Ufer 68  
5000 Köln 51

Paris		Tokio	
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5
AGF	212,5	212,5	212,5

Renten weiter lustlos

Das Geschäft auf dem Rentenmarkt verlief erneut schleppend. Seitdem feststeht, daß die Bundesbank von sich aus nichts unternehmen wird, um die Zinsen zu drücken, und die derzeitige Währungsituation keine spektakulären Aufwertungsvermutungen zuläßt, fehlen dem Markt jegliche Anreize. Öffentliche Anleihen lagen in Einzelziffern bei 0,10 Prozentpunkten fest, in der Masse jedoch bei 0,20 schwächer. DM-Auslandsanleihen wenig verändert. Der Handel in Pfandbriefen wurde auf dem bisherigen Renditelevel abgewickelt.

Bundesanleihen table with columns for bond type, maturity, and price/yield.

Bundespost table with columns for postal bonds, maturity, and price/yield.

Industrieanleihen table with columns for industrial bonds, company names, and prices.

Optionscheine table with columns for options, maturity, and price/yield.

Länder - Städte table with columns for foreign bonds, country/city, and prices.

Sonderinstute table with columns for special institutions, maturity, and prices.

Währungsanleihen table with columns for currency bonds, maturity, and prices.

Wandelanleihen table with columns for convertible bonds, maturity, and prices.

Optionsanleihen table with columns for convertible options, maturity, and prices.

Warenpreise - Termine table with columns for commodity prices and delivery terms.

Wolle, Fasern, Kautschuk table with columns for wool, fibers, and rubber prices.

NE-Metalle table with columns for non-ferrous metals, grades, and prices.

Deutsche Alu-Gießlegierungen table with columns for aluminum casting alloys and prices.

Edelmetalle table with columns for precious metals, grades, and prices.

Internationaler Edelmetalle table with columns for international precious metals and prices.

Erweiterung - Rohstoffpreise table with columns for expansion raw material prices.

Westl. Metallnotierungen table with columns for western metal quotations.

New Yorker Metallbörsen table with columns for New York metal exchange prices.

Zinn-Preis Pesang table with columns for tin prices.

Wests. Metallnotierungen table with columns for western metal quotations.

New Yorker Metallbörsen table with columns for New York metal exchange prices.

Erweiterung - Rohstoffpreise table with columns for expansion raw material prices.

Wests. Metallnotierungen table with columns for western metal quotations.

New Yorker Metallbörsen table with columns for New York metal exchange prices.

Erweiterung - Rohstoffpreise table with columns for expansion raw material prices.

Wests. Metallnotierungen table with columns for western metal quotations.

New Yorker Metallbörsen table with columns for New York metal exchange prices.

Gut behauptet schlossen am Montag die Goldnotierungen aus der New Yorker Comex. Schwächer ging Silber aus dem Markt; zu Verlusten kam es bei Kupfer. Uneinheitlich notierte Kaffee, während Kakao Gewinne verzeichnete.

Getreide/Getreideprodukte table with columns for grain prices.

Öle, Fette, Tierprodukte table with columns for oil and animal product prices.

Gesamtmittel table with columns for general commodity prices.

Wolle, Fasern, Kautschuk table with columns for wool, fibers, and rubber prices.

NE-Metalle table with columns for non-ferrous metals, grades, and prices.

Deutsche Alu-Gießlegierungen table with columns for aluminum casting alloys and prices.

Edelmetalle table with columns for precious metals, grades, and prices.

KUPFER (c/o) table with columns for copper prices.

Londoner Metallbörsen table with columns for London metal exchange prices.

ENERGIE-TERMINKONTRÄKTE table with columns for energy futures contracts.

WOLFRAM-ERZ (Sf-Eink.) table with columns for tungsten prices.

Devisennotenmarkt table with columns for exchange rates.

Goldmarktzette table with columns for gold market prices.

Euro-Geldmarktzette table with columns for Euro money market prices.

Goldmärkten table with columns for gold market prices.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO table with columns for bond yields and prices.

Nullkupon-Anleihen (DM) table with columns for zero-coupon bonds.

Neu Yorker Finanzmärkte table with columns for New York financial markets.

ECU-Tageswerte table with columns for ECU daily values.

Large vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or identifier.



Die dritte Quelle von ARD und ZDF nach Gebühren und Reklame

Man achte auf Schleichwerbung!

Ob „Lindenstraße“ oder „Schwarzwalddenkmal“, „Up to Date“ oder „P. I. T.“ - ARD und ZDF scheuen sich nicht mehr, Reklame einzubauen. Das ZDF hat eine siebentägige Redaktion gebildet, die sich ausschließlich mit „Kooperations-Geschäften“ befasst. Die Produktionen werden innerhalb des Hauses aus, welche Sendungen sich für die heimliche Werbung eignen. Chef dieser Redaktion ist Burkhard Mrosek (47). Er sagt: „Wir erarbeiten die Konzepte für die Nutzung der Nebenrechte meist schon, wenn die Sendungen noch in der Planung sind. Die Barerlöse, die wir erzielen, fließen ins Programm. Wenn wir Sachleistungen erhalten - Freiplätze auf Schiffen, Flugzeugen oder wenn uns bei aufwendigen Show-Produktionen Orchester kostenlos beigestellt werden -, sparen wir das Geld ein. Die Beträge bei Barleistungen und Sachaufwendungen pendeln zwischen 30 000 Mark und einer Million.“

Geschäft. ARD und ZDF erhalten zwischen einer und 2,50 Mark pro verkaufter Platte oder Kassetten. Die Industrie ist nicht kleinlich, denn es lohnt sich für beide Seiten. Bei der „Superhitparade“ mit Dieter Thomas Heck wurden 1,2 Millionen Stück umgesetzt, bei James Last 400 000. Die Produktionskosten für die Fernsehsendungen können auf diese Weise heringeholt werden.

Als die „Aster“ als „Traumschiff“ durch die Meere schipperte, spendierte die Hadag-Neederei dem ZDF-Team und den Schauspielern für eine Million Mark Freipassagen. Bei „Schöne Ferien“ zahlte TUI eine halbe Million. Die „Luftbansa“ gab Freiplätze für 300 000 Mark, damit das ZDF in „Grenzenloses Himmelblau“ starten konnte. Alle diese Partner sind nur an einem interessiert: daß ihre Produkte und Embleme möglichst hübsch und einprägsam gezeigt werden. Für diese „öffentlich-rechtliche“ Werbefläche blättert „Medico“, von der die Aerobic-Truppe „Enorm in Form“ ausgestattet wurde, fast eine Million Mark auf den Tisch.

Während es früher üblich war, daß Film und Fernsehen zählten, um eine Drehlaubnis zu bekommen, ist es heute umgekehrt. Diskotheken-Besitzer winkten mit bis zu 100 000 Mark, wenn Peter Illmann mit seiner „P. I. T.“-Show zu ihnen kommt.

„Natürlich wird der Name der Diskothek oft von der Kamera erfaßt. Dieser Werbeeffekt ist die Vertragsgrundlage mit dem ZDF“, sagt „P. I. T.“-Produzent Holm Dressler. Auch die Moderatoren führen dabei nicht schlecht. Kann es sein, daß sie so gern Turnschuhe tragen, weil sie dafür bezahlt bekommen? Die Sportartikel-Industrie hat mit einigen von ihnen Absprachen oder Verträge und kleidet sie ein. Dafür werden ihnen 80 000 bis 100 000 Mark in die Hand gedrückt. Die Industrie spart dabei immer noch eine Menge, denn eine einzige Werbeminute kostet bis zu 100 000 Mark. Peter Illmann: „In ‚Formel Eins‘ bekam ich die Schuhe. Über das Honorar spreche ich nicht.“ Und Dieter Thomas Heck erzählt: „Auch ich wurde gebeten, Turnschuhe zu tragen. Aber aus dem Alter hin ich ja wohl heraus.“ Dazu Burkhard Mrosek: „Was Fernsehschleimlinge tragen, hat besonders für junge Leute Signalwirkung.“

Bei ARD und ZDF weiß man von diesen Verträgen. Doch in den meisten Fällen wird ein Auge zugeknippt. Mrosek: „Der Sender bestimmt die Garderobe. Es könnte durchaus verlangt werden, daß die Firmensymbole unkenntlich gemacht werden.“ Das allerdings hat man den Publikumsleibenden noch nicht angetan. H. LIETZBERG

Störsender: So schießt der Osten Eigentore

In der internationalen Schlacht im Äther auf allen Wellen, die zur Zeit bis bisher nie gekannter Heftigkeit tobt, ist Unberührt zu beobachten: Die weltweite Hörbarkeit des Giganten Radio Moskau hat ganz erheblich gelitten. Noch schlimmer für den größten Auslandsradiodienst der Welt (rund 300 Kurzwellensender, Programme in fast 80 Sprachen) ist: Sogar in Westeuropa ist der Empfang zum Problem geworden. Das war im vergangenen Jahr noch unvorstellbar. Für diese enorme Verschlechterung der Hörbarkeit von Moskaus Auslandsdienst gibt es drei Haupt-Gründe:

Der für den Laien unvorstellbar starke Einsatz von Störstrahlen im Osten gegen die Radiostimmen der freien Welt wird mehr und mehr zum Bumerang für eben diese Ostsender. Und im jetzt herrschenden Sommerhoch der Frequenzen sind die KW-Bänder höher Frequenzen (z. B. 11, 13, 16 und z. T. sogar 19 m) kaum zu gebrauchen. Folglich drängt sich alles in den verbleibenden Bändern der niedrigen Frequenzen (25, 31, 41 und 49 m) stark zusammen: gibt es Band-Überfüllungen. Grund Nr. drei: Gegen die Störstrahlung der Ostsender (2500 Störsender mindestens sind in Betrieb und kosten allein die UdSSR jährlich umgerechnet fast zwei Milliarden Mark) haben die geschädigten Sender der freien Welt - von der „Voice of America“ im Westen bis „Kol Israel“ im Nahen Osten - Abwehrmaßnahmen getroffen. Dazu gehören zeitliche und Frequenz-Abstimmungen zwischen den Sendern im Westen; dazu gehören ferner (zur Erschwerung der Störstrahlung) gezielte Frequenzbegrenzungen, bei denen man sich hart neben einen europäischen Radio-Kanal legt. Ein Störsender im Osten „trifft“ dann unweigerlich auch Signale aus Moskau, Sofia, Ost-Berlin usw.

Ein Empfangstest vor ein paar Tagen zur Abendsendung in Deutsch aus Moskau (22 bis 23.30 Uhr MESZ) hatte dieses Ergebnis: Von fünf KW-Frequenzen aus Moskau zwischen 6130 kHz im 49-m-Band und 11 960 kHz im 25-m-Band war nur eine einzige sauber zu empfangen (7420 kHz, oberhalb des 41-m-Bandes). Noch vergangenes Jahr war es normal, daß, wenn Moskau auf fünf KW-Kanälen für Deutschland sendete, auch alle fünf Wellen besten Empfang boten. HERMANN JÄGER



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- 9.10 Sessamstraße
9.45 Entzerrbar Hongkong-Küche
10.00 Tageschau, Tageshören
10.25 Was bin ich?
14.50 Kommtelkiste
15.05 Unsere kleine Farm
15.50 Tageschau
16.00 Entzerrbar gegen Rhein-Ver-schmutzer
16.45 Desaster! Im Kopf brennt noch Licht!
17.45 Tageschau
20.00 Tageschau
20.15 Lesben, lesbies, länger leben
20.18 Die Schiffe und Frechheit bricht Helmut in der Lopa zusammen.

- 15.00 Capella Futuro
15.30 Leslie
15.35 Anstchl. Secret Squirrel
16.00 Mischel
16.05 Der Mogler
Anstchl.: Rund um die Welt
16.08 Es darf gelacht werden
Festival mit Charlie Chaplin
Anstchl.: Dick Tracy
16.30 APF blick
16.45 Speer
17.00 Die heimliche Gräfin
Filmspiel, Österreich 1942
17.15 APF blick
22.15 M - Ein Männermagazin
22.45 P88
Die Entführung
Anstchl.: APF blick

- 19.00 Katerweitschke: Eitel
19.05 Follow me (14)
20.00 Tageschau
20.15 Das Gold der Wüste
20.30 MS Franziska
Pflanzchen und Genover
22.05 Vor uns die Hölle
Amerikanischer Spielfilm (1959)
22.35 Nachrichten

- 18.00 Mial-ZB
18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 In der Sache in Ostnabrück
19.20 3SAT-Studio
19.30 Wenn der weiße Fleder wieder bittet
Deutscher Spielfilm (1953)
Mit: Alexia Schneider, Romy Schneider, Herta Feller, W. Fritsch
Regie: Hans Deppe
21.05 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.30 3SAT-Journal
21.45 Taz
Die gefiederte Schlange
Den Indierern Mexikos verkörpert sie einen Gott.
22.30 Begegnungen
Die schweizerische Theologie
Willem A. Visser't Hooft
22.35 Nachrichten

- 18.15 Do-De-Domels
oder Regionalprogramme
18.35 Kalgt Rieder Spezial
18.53 7 vor 7
19.22 In der Sache
19.30 Kalgt Rieder
20.15 RTL-Schau
20.20 Filmvorschau
20.30 Kelson Coast Sir Ringes Kopf
Amerikanischer Spielfilm (1964)
22.05 RTL-Schau
22.10 Popaya auf Hawaii
22.15 Wer bin ich?
22.40 Dreimal um die ganze Welt
W. Edmund Segel-Abenteuer
23.10 Gehörlosenfing für John Drake
23.30 Wetter / Horoskop / Bettvorhers.

KRITIK

Jugendbild der Tochter aus strengem Hause

Kühle Distanz, der Wille zur sozialen Dokumentation charakterisieren die Filme des französischen Regisseurs Maurice Pialat; vor allem in Frankreich ist sein Thema. Für die Rolle der halbtönen Suzanne in Auf das, was wir lieben (1983) fand er als Delinquantin die damals 15jährige Sandrine Bonnaire, die für diese Rolle mit dem Prix du jeune espoire, dem französischen Filmpreis für die beste Erstlingsrolle des Jahres ausgezeichnet wurde. Das „Außergewöhnliche“, das Pialat damals in den jungen Mädchen entdeckte, wurde im vergangenen Jahr bestätigt. Für ihre Rolle in Agnes Vardas Film „Vogelfrei“, der auf den Filmfestspielen von Venedig den Goldenen Löwen erhielt, wurde sie in Paris als beste Schauspielerin des Jahres 1985 aus-

gezeichnet. Pialat ist in seinem Film Suzanne Vater. Der Film ist die Geschichte eines heutigen Mädchens, das sich in immer neue Liaisons mit jungen Männern stürzt, aber nicht, um die wahre Liebe zu suchen, sondern um die Fähigkeit zu finden, glücklich zu sein und zu lieben. „Es ist wirklich nicht komisch, nicht zu lieben“, sagt sie einmal, „ich liebe meinen Vater.“ Suzanne hricht aus der strengen Zucht ihrer autoritären Eltern, die eine kleine Schneiderwerkstatt für Pelzmäntel betreiben, in dem Moment aus, wo der Vater ihre Mutter, die sie nicht liebt, verläßt. Ihre Suche nach dem Vater in jeder Liaison, dieses Liebens als Kompensation für die Enttäuschung über den Vater, erfährt eine Parallele in der Mutterbeziehung ihres Bruders, der seine Lebensunfähigkeit und Weltschmerz hinter ihr versteckt. Wieder wird hier im Film das Bild der inneren Nöte der Jugend in einer Welt verlorenere Werte und ohne Zukunft gezeigt. Die Gefühlsbindungen werden durch die Ungläubwürdigkeit anderer Beziehungen als denen des Körpers zerstört. Jede Bindung wird sogleich zur Erpressung, zur Einschränkung. Hat der Film zu Beginn Längen, gewinnt er zunehmend an Konzentration und Glaubwürdigkeit. Zum Schluß jedoch wird dieses Stillebild durch Geschwätzigkeit zerstört. Ein Film bedarf nicht der eigenen Erklärung. Hier wird jedoch, zumal in der Hochzeitfeier am Ende, bei der der Vater wieder auftaucht, die Deutung mitgeliefert.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

- Erstklassige Existenz: Wir suchen für Teile der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz selbständige Vertriebspartner.
AUSLANDSLIZENZEN!: Wir suchen seriöse Geschäftspartner, die in der Lage sind, in ihrem Land ein geeignetes Vertriebsnetz aufzubauen.
Die Problemlösung ohne direkten Wettbewerb: Welche kapitalstarke Firma ist an Vertrieb in der Bundesrepublik interessiert?
Nur Erfolg zählt: Ehem. Gebeländere Mann übernimmt diskrete Aufträge aller Art.
Übernahme: einer kleinen Buchhandlung (eventuell mit Antiquariat) gesucht!
Weltweite Personenauffindung durch Nuhn-Bode & Partner Riemannstr. 25 - Bonn 1

STELLENGESUCHE

- FV AKTUELL: Fachvermittlung für besondere qualifizierte Fach- und Führungskräfte.
PC-Spezialist: 35, Studium an der TU Berlin, 2. Staatsexamen in Englisch und Geschichte; Ausbildung zum PC-Spezialisten.
Juristin - Wirtschaftsprüferin (Englisch): 32jähr. Französisch (Diplom), gewandtes Auftreten.
Unternehmerische Führungskraft/Prokurist: 41 J., verh., mit 13jähriger Praxis in der Kfm. Leitung/Geschäftsführung.
Erfolgreicher Verkäufer: 44 J., verh., verbandungsgewandter, Englisch, Französisch, Spanisch.
Dipl.-Ing.: 33 J., Elektro-Technik, Med., Steuerungs- u. Regelungs-technik.
Spezialist für Baufinanzierung: Anfang 50, langjährig in Führungsposition.
Farm-Manager: im Ausland, bevorzugt Kanada. Ich bin 37 J., verh. und liebe meine hier für ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft, Erfahrung und praktischem Können.
Unternehmensberater: Dipl.-Kfm., 52 J., langjährig, Unternehmensberater, sehr gute Kenntnisse im Apparatbau, Thermodynamik, Strömungsmechanik.
Dr.-Ing. Maschinenbau: 34 J., led., ortsnah, 6 J. Ind.-Erfahrung in Entwicklung und Beratung.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag. Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung, Postfach 1008 64, 4300 Essen I
Bestellschein
Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige
mm hoch; spaltig zum Preis von DM zuzüglich DM 10,26
Chiffre-Gebühr
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.
Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Vorwahl/Telefon:
Unterschrift:
Der Anzeigentext:



An die ewig Morgigen

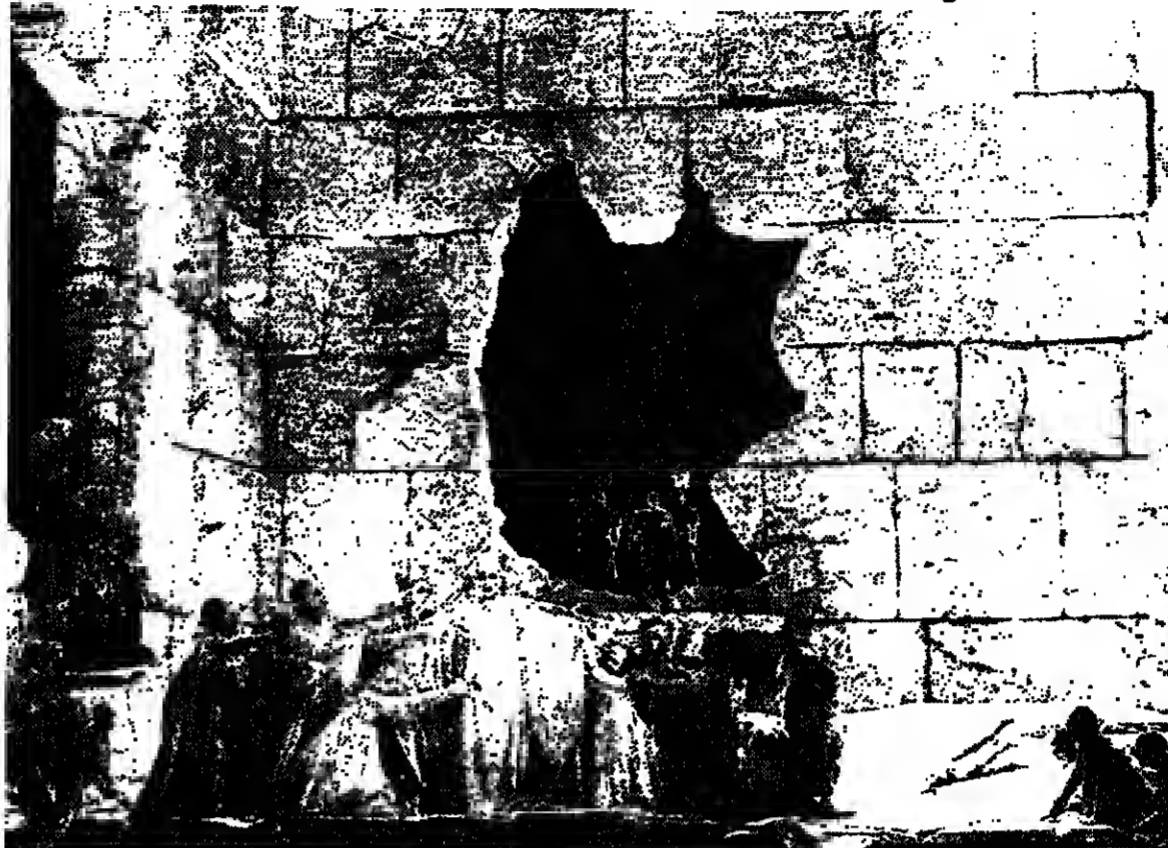
mar - Nein, das darf nicht sein! Da haben mehr als hundert Künstler einen Brief an den Ministerpräsidenten Franz Joseph Strauß unterschrieben...

geben hatte. Axel von Ambesser, Sonja Ziemann, Hermann Prey, Ellen und Alice Kessler gehören ihrer Meinung nach dazu. Der „Süddeutschen“ fielen dieselben Namen auf...

Eröffnung der Münchener Opernfestspiele: Triumph mit der Uraufführung von Reimanns „Troades“

Flammen der Herztöne über Troja

Zehn Jahre nach dem Beginn der Niederschrift seines „Lear“ hat Aribert Reimann, abermals im Auftrag der Münchener Staatsoper arbeitend...



Trümmer und Tod im Palast von Troja: Szene aus der Münchener Aufführung von „Troades“, der neuen Oper von Aribert Reimann, im Bühnenbild von Jean-Pierre Ponnelle und Pat Halman

Reimann, der gerade Fünfzigjährige, steht mit der Schlag- und Wirkkraft seines Œuvres, von wenigen nur begleitet, nun an der Spitze der Weltmusik. „Troades“ ist zu bewundern, zu bestaunen, zu diskutieren.

Die „Troerinnen“ des Euripides in der Fassung von Franz Werfel liegen „Troades“ zugrunde...

berin, die Agamemnon zu seiner Lust aufs Schiff folgen soll.

Andromache, Hektors Witwe, den kleinen Astyanax an der Hand, den man ihr entreißen und von den Klippen in den Tod schleudern wird...

Er tut das durchaus nicht mit musikalischen Schreckensmitteln. Gewiß - er entzieht den bis zur 26-Stimmigkeit gefächerten Streichern den hellen Violinklang der Violinen...

Nach diesem melodramatischen Beginn, von Nicole Heesters und Thomas Holtzmann in Smoking und Abendkleid aus den Logen des Proszeniums zu beiden Seiten der Bühne gesprochen, hebt die musikalische Klage mit vollem Mund an. Hekabe trägt sie vor, dann Cassandra, die Se-

bestehend spielenden Orchester in vollem Reichtum vor. Ihn ist jeder Akkord, jeder Stimmeinsatz, jede melodische Floskel mit höchster Prägnanz untertan...

Die Helena-Szene ist so stark, und Cyndia Sieden singt sie so niederträchtig kaprizios, daß man sich widerstrebend erinnert, wie Marilyn Monroe einst die große Jeanne Moreau an die Wand gespießt hat...

Helga Demesch ist die Hekabe. Sie singt die Riesenpartie mit Wucht ohne Dummheit. Ihre Klage hat Majestät. Doris Soffel darf den heilsicheren Wahnsinn Kassandras düster und ekstatisch hervorbringen lassen...

Nächste Aufführungen: 13. und 16. Juli; Kartenvorbestellungen: 089 / 221316

Gerhard Albrecht führt sie mit dem

Was daran witzig ist, weiß man nicht so genau. Zwar spielt vor allem Klara Höfels ihre Mann-Frau mit wunderbarer Direktheit und Ehrlichkeit...

Nächste Vorstellungen am 9., 10., 11., 7., Kartenvorbestellung: 0711 / 20321

Nürnberg: Holographie - Illusion oder Kunst?

Der Sprung im Weinglas

Die Holographie gehört zu jenen neuen Kunstsparten, die wegen ihres ungewöhnlich umfangreichen technischen Apparates häufig in der Spielkiste der Ingenieure angestiedelt werden...

derlicher Stilleben mit kleinen Spielautos, Steinen, Muscheln, Baukastenmodellen und Guckkastenbühnen.

Eine neue Dimension der Holographie aber erlebt man dann im Hün- und Hergehen zwischen einem kinetischen Objekt von Gerhard von Graevenitz von 1970, bei dem sieben weiße ovale Elemente auf einer schwarzen Scheibe in jeder Sekunde ein neues Bild produzieren...

Überhaupt gehört der 1941 geborene Jung, zusammen mit der hier leider nicht vertretenen Brigitte Burghard, zu den wichtigsten Holographiekünstlern.

BRUNO F. SCHNEIDER

Musik und Lyrik: Festival auf Schloß Kirchheim

Londoner Zinkenlust

Nun ruben alle Wälder, rezitierte der Schauspieler und Regisseur Gert Westphal, nebst anderen Texten aus dem zeitlichen Umfeld des Dreißigjährigen Krieges...

dere Musik auf Können und Kenntnis ihrer Interpreten angewiesen ist. Bei der funkelnden Virtuosität, dem balsbrecherischen Tempel, der äußersten Durchsichtigkeit und Delikatesse...

Anßergewöhnliche Interpretationen, die in Kirchheim eigentlich schon an der Tagesordnung sind und die nicht zuletzt den Reiz und den Wert dieses Festivals ausmachen...

Das Festival hat sich wie die Flottenfirma Harmonia mundi, die es veranstaltet, der alten Musik verschrieben - der Musik also, die man kennt oder doch zu kennen meint...

In diesem Jahr etwa durch das Ensemble „London baroque“, das diese Komponisten auf dem Programm hatte...

Ach ja, die Liebe! - Stuttgart bringt Mayo Simons „Diese Männer“ erstmals in deutscher Sprache

Wie man sich bettet, so schwimmt man auch

Oh da die Wasserbetten-Industrie als Sponsor aufgetreten ist? In der Pause zur deutschsprachigen Erstaufführung des Schwanks (?) „Diese Männer“ von Mayo Simons...

Die beiden auftretenden Frauen Shelly (Klara Höfels) und Cloris (Betina Kupfer) träumen und reden von Sex in bester Männer-Manier.

Natürlich hätte das Stück eigentlich auch „Diese Frauen“ heißen können, aber dann hätte der ironisch-aufklärerische Bruch gefehlt.

Soichermaßen frustriert, versuchen es die Damen mit der Liebe à la Lesbos und frequentieren das Wasserbett unter neuen Vorzeichen.

Nächste Vorstellungen am 9., 10., 11., 7., Kartenvorbestellung: 0711 / 20321

Ernten, Backen. Not: Wanderschau des Deutschen Brotmuseums

Um einen Kanten zu erhaschen

Eigentlich gehört nicht viel dazu: Nimm Weizen, Gerste, Bohnen, Linsen, Hirse und Spekt, erfährt schon Ezechiel, „mische alles zusammen und backe daraus Brot“...

Bauern, die weit vornübergebeugt ihren Pflug ziehen. „Die Bettelnden“, eine Originalzeichnung, hängt neben dem Plakat auf „Wehr dem Hunger“...

In einem zweiten Komplex gibt die Ausstellung eine Übersicht über den Weg vom Korn zum Brot. Säen, Ernten, Mahlen, Backen - realistische Härte wechselt mit der Lieblichkeit eines Siegfried Leopold Kratochwil...

vater zur Backdylle zusammenschleppen.

Nicht alles bei „Brot und Not“ will Kunst sein. Großformatige Schweizer Plakate, gelegentlich koloriert nach Art der Ansichtskarten aus den fünfziger Jahren...



Hoffungsloses Menschenkneuel: Hegenbarths „Der Laib Brot“, aus der Bonner Ausstellung

Am stärksten sind Werke von der Jahrhundertwende bis in die zwanziger Jahre vertreten. Viele Künstler wollten damals mit ihren Werken die soziale Situation zu verbessern helfen.

JOURNAL

„Bibliotheca Palatina“ wieder in Heidelberg

AP, Heidelberg. Erstmals seit 363 Jahren können jetzt wieder die Bücher der „Bibliotheca Palatina“ an ihrem ursprünglichen Standort, der Heiliggeist-Kirche in Heidelberg, besichtigt werden...

Flötensonaten Friedrichs in Berlin aufgeführt

dpa, Berlin. In der Berliner St.-Matthäus-Kirche sind zwei der sechs bisher unveröffentlichten Flötensonaten Friedrichs des Großen aufgeführt worden.

„Sinfonische Nacht“ am Bodensee

DW, Kreuzlingen. Mit einem gewaltigen Schlussakkord beendet das Bodensee-Symphonie-Orchester die Sommerreise dieses Jahr unter einem ungewöhnlichen Dach.

Skandinavische Fotografie von heute

DW, Düsseldorf. Zeitgenössische skandinavische Fotografie stellen Referenten aus Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland vom 27. bis 29. November in Düsseldorf vor.

Groß Sonntag feiert 750jähriges Bestehen

N. M. Velika Nedelja. In diesem Jahr feiert Groß Sonntag, das heutige Velika Nedelja, im slowenischen Teil der Steiermark sein 750jähriges Bestehen.

Fantasy, Computer und Science-fiction

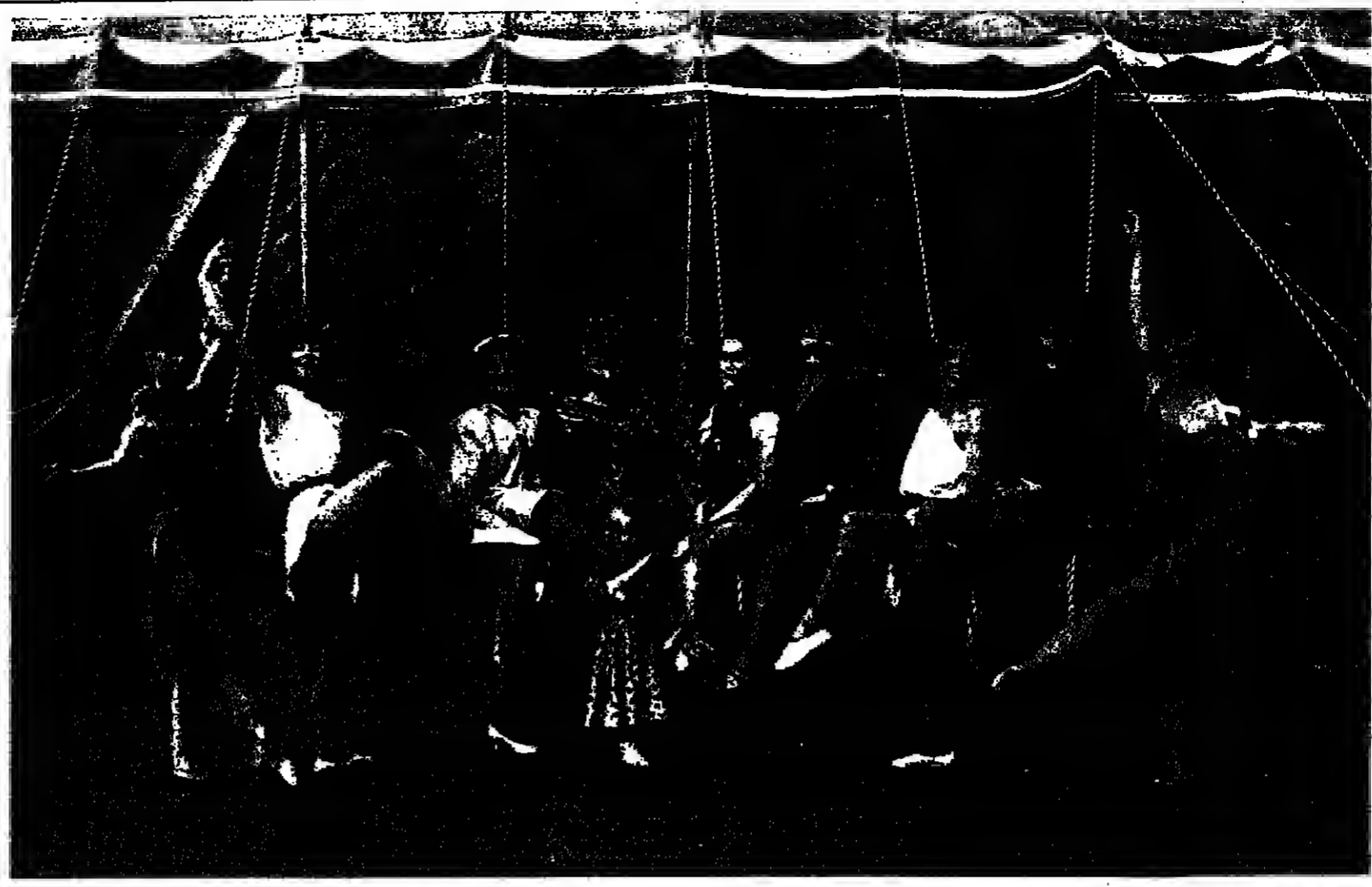
DW, Wetzlar. Wenn sich vom 4. bis 7. 9. zum sechsten Mal Produzenten und Vermittler von Science-fiction und Fantasy-Werken in Wetzlar treffen...

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Das Wienerische muß man schon verstehen, den Klang dieses eigenwilligen Idioms im Ohr haben, wenn man die Geschichten „Im Schatten der Burenwurst“ von H. C. Artmann richtig auskosten will.



Sie sind eine fröhliche Compagnie, die zehn Damen des „Cirque de Barbarie“, die sich vor der Manege in ihren Kostümen präsentieren. Mitten drin Barbara Vieille (33) mit ihrer kleinen Tochter. 1962 hat sie, die von ihrer Truppe nur „La Chef“ genannt wird, den einzigen Frauenzirkus der Welt gegründet. Doch ganz ohne Männer kommt auch sie nicht aus: Sie dürfen die „große Arbeit“ erledigen. Zur Zeit gastiert der Zirkus in Bonn.



Barbara hat ihre dreieinhalbjährige Tochter Sarah mit auf Deutschlandtournee genommen. Die Frau Direktor macht es ihnen vor. Sie stellt nicht nur das Programm vor, sie schwingt sich auch aufs Trapez und spielt in der hervorragenden Zirkusband das Saxophon.

# Loses Spiel mit leichtem Hauch von Poesie

Ganz schön frech, die Frau Direktor, wenn sie kühnen Schritts und peitschenknallend die Manege betritt. Dann haben die kleinen Wilden nichts zu lachen. Werden kurzhändig in den Käfig gesteckt - der sich als Waschmaschine entpuppt. Einfach zauberhaft, wie Sophie, die Repräsentantinnen, mit Kapottbüchlein und Petticoatkleidchen, in ihrer Fantasiesprache kichernd und giggernd die Männer in der ersten Zuschauerreihe anmacht.

Ein ganz anderer Zirkus ist's, der zur Zeit sein deutsches Publikum mit Poesie und frecher Parodie zwei Stunden lang in seinen Bann schlägt. Es ist der französische „Cirque de Barbarie“, der einzige Frauenzirkus der Welt, bei dem die Männer nur „fürs Grobe“ da sind und sich gefälligst im Hintergrund zu halten haben. Mit den Männern, ihren Macken und Machenschaften, treiben die zehn jungen Frauen ihr loses Spiel, das keinen feministischen Zeigefinger erhebt, nie böse abrutscht, immer charmant und liebenswert bleibt.



Zwischen Tüll auf blauen Bohlen eine letzte Probe in der Garderobe: Vor dem Auftritt äbt Sarah Beauchêne noch einmal den Spagat. Der „Cirque de Barbarie“ gastiert zur Zeit in Bonn. Weitere Stationen seiner Deutschlandtournee sind München, Homburg und Berlin.

# Bemühen um mehr „Originalität“ bei Gastgeschenken

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) will den Abgeordneten des Parlamentes mehr „Originalität“ bei Gastgeschenken auf Reisen ermöglichen. Dies geht aus einem Brief Jenningers an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Rudi Walthor (SPD), hervor. Zu den neuen Geschenken sollen die Parlamentarier auf Staatskosten bei offiziellen Anlässen verschicken dürfen, gehört unter anderem eine Schallplatte mit dem „Rhöndorfer Konzert“ zu Ehren des früheren Kanzlers Adenauer und eine Porzellanpose mit dem Relief des preußischen Königs Friedrich II.

# „Anhaltspunkte für eine Sabotage nicht gefunden“

Arianespace weist Vermutungen über Anschläge zurück

DIETER THIERRBACH, Kourou. Das einzige, was uns passieren könnte, ist, daß irgendein Verrückter sich da im Busch versteckt und mit einem Gewehr ein Loch in den Tank des Trägers schießt.“ Klaus Iserland, stellvertretender Generaldirektor der Raketenvorrichtungsfirma Ariane, weist eine Vermutung der „Los Angeles Times“ weit von sich, wonach beim Ariane-Fehlstart am 30. Mai Sabotage im Spiel gewesen sein soll. Man hat sich natürlich überlegt, ob es irgendein Szenario gibt, das so einen Ablauf der Dinge hervorruft kann? Wir haben keinen Anhaltspunkt für Sabotage gefunden.

Das Thema „Sabotage“ ist bei den Männern von Kourou immer wieder im Gespräch. Klaus Iserland konstatiert: „Die Leute haben oft an eine Einwirkung von außen geglaubt.“ Gendarmenbeamte sperren zwar das Gebiet ab, aber nur kurz vor der heißen Startphase. Ob es ihnen gelingt, im schmalen Küstenstreifen zwischen Dschungel und Atlantischen Ozean Kommandos zurückzuhalten, bezweifeln die Techniker.

Eine der hier viel diskutierten Fragen lautet: Wie soll man sich vor einer von Terroristen aus dem vom Startgelände knapp 200 Kilometer entfernten Surinam (Niederländisch-Guayana) abgefeuerten Boden-Luft-Rakete schützen? Geschosse mit Infrarot-Suchkopf finden die im Steigflug befindliche Ariane „todssicher“.

# Menetekel von Seveso nicht vergessen

MONIKA v. ZITZEWITZ, Seveso. Am Stadtrand, wo vor zehn Jahren neben der Fabrik „Icmesa“ kleine, von Gärten umgebene Häuser standen, erheben sich heute zwei lange Zehner Hügel. Zwischen ihnen liegt ein etwa 120 Hektar großer Park, bepflanzt mit jungen Kiefern und Steineichen. Unter den Hügeln liegen in Kies, Kalk- und Plastikfolien verpackt die Reste der gesprengten Fabrik, der Häuser und allem, was sie enthielten - und 300 000 Tonnen verseuchter Erde, die aus der „Zone A“ abgetragen wurden.

auf Acht Tage nach der Explosion wurden viele Kinder von Chlorknabe befallen, starben Hunderte von Kleintieren, fielen Vögel tot vom Himmel. Am neunten Tag kam eine offizielle Erklärung des Direktors des chemischen Labors La Roche: „Wir kennen nicht alle Folgen des Giftstoffes. Aber wir wissen, daß er dem Fallout einer Atomexplosion zu vergleichen ist.“ Erst jetzt wurden die direkt neben der „Icmesa“ lebenden Familien evakuiert. Und erst am 26. Juli schrieben die Zeitungen: „Vietnam in Italien“ und erklärten, was geschehen war. Zwei Kilogramm des Giftstoffes Dioxin (TCDD), das bei zu starker Erhitzung durch Kettenreaktion als ungewolltes Nebenprodukt entstand, war bei der Explosion entwichen. 200 Gramm dieses stärksten aller bekannten Gifte würde ausreichen, das Grundwasser von ganz New York zu verunreinigen.

und Umgebung aus? Nach Monaten der Panik, nach der Erlaubnis an werdende Mütter, ihre Kinder abzutreiben, weil Dioxin Mißbildungen verursachen kann, nach der Not der inzwischen über 600 Zwangs-evakuierten, die von ihren Mitmenschen wie Pestkranke gemieden wurden, erwartete man schlimme Folgen. Dioxin, so weiß die Wissenschaft, fördert Krebs. Aber darüber wird man erst in 15 bis 20 Jahren Auskunft geben können.

Vögel fielen vom Himmel  
Erst am Tag nach der Explosion eines Sicherheitsventils in der Fabrik, die das Unkrautvernichtungsmittel Trichlorphenol produzierte, wurde der Bürgermeister benachrichtigt und rief zu Vorsichtsmaßnahmen.

Wie sahen die Folgen für Seveso

# WETTER: Kühl und Schauer

Wetterbericht mit Text und Wetterkarte. Text beschreibt Hoch über dem Ostatlantik und dem umliegenden Tiefdruckgebiet über Skandinavien. Karte zeigt Wetterlagen über Europa mit Isobaren und Wetterarten (Regen, Nebel etc.).

Table with weather forecasts for various cities. Columns include location, temperature (Grad Celsius) and weather conditions (Wetter).

# Originelle Lösung für die Kunsthalle

KARL BRAUCKMANN, Bonn. Der vom Bundesbauminister Oscar Schneider veranstaltete Ideenwettbewerb für eine Kunst- und Ausstellungshalle in Bonn ist entschieden. Mit großer Mehrheit sprach sich die Jury für den Entwurf des Wiener Professors Gustav Peichl aus. Er erhielt für seinen originellen, fast „morgendlich“ anmutenden Entwurf den mit 50 000 Mark dotierten ersten Preis.

35 Architekten aus dem In- und Ausland hatten Entwürfe eingereicht. Gefordert war ein Kommunikationszentrum für Musik und Filmveranstaltungen, das Ausstellungen aller Größenordnung Platz bieten und mit dem bereits entworfenen städtischen Kunstmuseum eine Einheit bilden sollte. Dieser Vorgabe wurde keiner der Entwürfe völlig gerecht, meinte Schneider. Der stellvertretende Vorsitzende des Preisgerichts, Ulrich von Altenstadt, erklärte, daß man sich nun mit den drei ersten Preisträgern zusammensetzen wolle, um die endgültige Form zu diskutieren.

Professor Peichl erhielt den ersten Preis, weil seine Arbeit trotz nicht genau formulierter Aufgabenstellung eine Lösung anbot, die einerseits eigenwillige Formen aufweist (Säulen, Eingänge, Nutzung des Flachdachs) zugleich aber ein Bild der Geschlossenheit der gesamten Anlage vermittelt. Auffällig sind hierbei besonders kegelförmige „Lichttürme“, die auf dem Dach platziert werden sollen - ein Vorschlag freilich, der nicht die ungeteilte Zustimmung der Jury fand.



# Obergreifiter von Polizist erschossen

AP, Wilhelmshaven. Ein 22-jähriger Obergreifiter der Bundesmarine ist am Montagabend in Wilhelmshaven von einem Polizisten erschossen worden. Wie die Polizei mitteilte, war er zuvor mit einem etwa 60 Zentimeter langen Säbel auf einen Beamten losgegangen und hatte sich auch durch einen Wertschuss nicht zur Aufgabe zwingen lassen. Daraufhin schob ihn der 25-jährige Polizist nach amtlicher Darstellung in die Schulter. Der Getroffene starb eine Stunde später im Krankenhaus. Die Beamten waren am Abend über Notruf alarmiert worden: „Hier sticht ein Kerl auf eine Frau mit einem Messer ein, die ist schwanger.“ Die Frau wurde von der Besatzung eines Streifenwagens wenig später in Sicherheit gebracht.

# Waldbrände in Frankreich

dpa/AFP, Marseille. Die großflächigen Waldbrände in Südfrankreich breiten sich aus. Anhaltender Mistralwind fachte vor allem bei Coudoux nördlich von Aix-en-Provence und im Südosten der Rhône-Mündung die Flammen an. Bis gestern waren bereits mehr als 4700 Hektar Wald- und Heideland verbrannt. Auf einem Campingplatz bei Pierrefeu mußten 1100 Menschen evakuiert werden. Die Brände gehen vermutlich auf Brandstiftung zurück.

# Etikettenschwindel

AP, Berlin. Die Berliner Polizei überprüft derzeit den Verdacht, polnische Bohlenkonserven seien nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl per Etikett als ostfriesische Produkte deklariert worden. Der Fall kam ins Rollen, als der Berliner Zoll bei einer Warenprobe im Mai über das Etikett „Gutes aus Ostfriesland“ stolperte. In den Frachtpapieren war dagegen von polnischen Produkten die Rede. Die Etiketten sollen vor dem Weiterverkauf in den Westen von einer Berliner Firma aufgedeckt worden sein.

# Frontal zusammengestoßen

dpa, Tirschenreuth. Vier Männer im Alter von 18 bis 24 Jahren sind bei einem Frontalausammenstoß zweier Autos in der Nacht zum Dienstag ums Leben gekommen. Der Unfall ereignete sich im bayerischen Landkreis Tirschenreuth. Nach den Angaben der Polizei war einer der Wagen ins Schleudern geraten.

# Rauch-Vorschriften

dpa, Washington. Die amerikanische Armee hat neue Vorschriften für das Rauchen eingeführt. Seit Montag darf nur in besonderen Zonen geraucht werden. Stikt verboten ist der Griff zur Zigarette unter anderem in Konferenz- und Unterrichtsräumen, in Toiletten, Turnhallen und Fitness-Zentren. Die neuen Vorschriften gelten weltweit für alle US-Basen.

# Glück und Unglück

dpa, Aachen. Nur kurz währt die Freude eines 23-jährigen, der am Montagabend im Aachener Spielcasino 6000 Mark gewonnen hatte. Als er zu seinem in der Tiefgarage abgestellten Wagen ging, trat ihm ein Maskierter in Nagelstreifenanzug entgegen, hielt ihm ein Messer vor die Nase und verlangte das Geld. Ein zweiter Täter riß ihn von hinten zu Boden und leerte dem „Glückspilz“ die Taschen.

# Bestrickende Bilanz

dpa, Schweinfurt. Abiturientinnen eines Schweinfurter Gymnasiums legten jetzt eine „bestrickende Bilanz“ vor: Während der beiden letzten Schuljahre strickten und häkelten sie während der Unterrichtsstunden 93 Pullis, 17 Pullunder, elf Paar Handschuhe, zehn Jacken, vier Paar Socken und drei Schals.

# Kommissar wird Dekan

KNA, Rottenburg. Werner Knubben, vor seiner Weihe zum Diakon (1983) als Hauptkommissar bei der Kriminalpolizei tätig, ist vom Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Georg Moser, zum Polizeidiakon ernannt worden.

Advertisement for SIGNAL VERSICHERUNGEN. Text: „Das beste ist: eine gute Versicherung.“ Includes logo and contact information.





### 71 Jahre - und die Praxis ist täglich voll

Doktor med. E. ist 71 Jahre alt. Er ist im Ersten Weltkrieg geboren, den Zweiten erlebte er als Offizier an der Front. Heute arbeitet er als praktischer Arzt mit eigener Praxis in einem Wohnbezirk im Osten von Hamburg. Er ist über die Ruhestandsgrenze hinaus tätig, weil seine Rentenansprüche aus dem im Jahre 1970 eingetragenen Versorgungswerk der Ärztekammer nur 1357 Mark für sich und seine Frau und 303,80 Mark für die noch in der Ausbildung stehende Tochter betragen.

Mit mehr als 900 Patienten im Vierteljahr gehört Dr. E. durchaus in die Reihe der gutgehenden Praxen. Er ist dennoch kein Einzelfall in seiner Generation.

Und das ist sein Lebenslauf: 1934 Abitur, zwei Jahre Pädagogikstudium, 1937 Verpflichtung zum Reichsarbeitsdienst (RAD) und 1939 nahelose Übernahme in den Wehrdienst, sofortiger Einsatz im gerade ausgebrochenen Zweiten Weltkrieg. Mit 28 Jahren wird er verwundet und kommt zurück nach Deutschland.

Hier nahm er nun die Chance wahr, während der Genesung trotz schwieriger Umstände vier Semester Medizin zu studieren. Als der Krieg in die entscheidende Phase trat, wurde er an die Front zurückbeordert und geriet in russische Kriegsgefangenschaft. 1946 kam er zurück nach Norddeutschland - 31 Jahre alt und ohne Beruf. Er setzte sein Studium fort und schaffte 1949 das Examen.

Als „junger“ Arzt im Krankenhaus erhielt er entweder gar kein Geld oder Beträge zwischen monatlich 50 und 150 Mark. Viele Krankenträger hielten die Zuwendungen für Assistenten genau eine Mark unter der Grenze für Pflicht-Sozialabgaben, so daß diese Ärzte erst gar nicht in den Listen der Versicherungsanstalten auftauchen konnten.

1951 heiratete Dr. E.; seine Frau verdiente den Unterhalt für beide mit Gymnastikstunden, während er noch einmal ein halbes Jahr Pflichtzeit in einer gynäkologischen Abteilung ohne Bezahlung ableisten mußte. Sonst hätte er die Genehmigung zur Eröffnung der eigenen Praxis nicht erhalten. In dieser Zeit gab es Wohnungen nur gegen verlorene Bankkostenschüsse.

Frau E. beschaffte mit 472 Mark Eigengeld und 10 000 Mark Bankkredit eine Wohnung für die Arztpraxis, denn ohne vorhandene Praxisräume erteilte die Kassennärztliche Vereinigung (KV) keine Genehmigung für die Niederlassung.

Das Ehepaar E. wagte den Sprung in die Selbstständigkeit. Frau E. arbeitete abends als Lehrerin und schlüpfte tagsüber in die Rolle der Arzthelferin in der Praxis ihres Mannes. Man lebte in einem Zimmer der Praxiswohnung, in der bald 35 Ersatzkassen-Patienten in der Kartei waren. Dr. E. saß zu der Zeit auf gut 25 000 Mark Schulden, das gemeinsame Einkommen reichte nicht. Deshalb übernahm er noch eine Arzneimittelvertretung und machte nachts Notarzdienste. Endlich erhielt er 1961 auch die Zulassung zur AOK.

Nun hatte die Praxis endlich mehr Zulauf. Das Gebiet rund um das Praxishaus erhielt Zuzug durch Neubauten. Mit 48 Jahren dachte Dr. E. erstmalig intensiv über seine Altersversorgung nach. Das Umlageverfahren im Privatversicherungssystem versprach keinen Erfolg.

Erst das im Jahre 1970 entstandene Versorgungswerk für Ärzte, eine Institution der ärztlichen Selbstverwaltung, war interessant für Dr. E., sein Alter erforderte jedoch hohe Prämien für spätere niedrige Renten.

Heute steht Dr. E. mit seiner Familie trotz der harten Jahre gut da. Allerdings mußte er dreimal wegen schwerer Erkrankungen längere Zeit aussetzen. Das bedeutete jedesmal Praxisrückgang, Verdienstausfall und Bezahlung eines Vertreters. Inzwischen sind die Selbstkosten der Praxis von Dr. E. auf gut 13 000 Mark monatlich gestiegen. Frau E. arbeitet voll mit, dazu eine Laborantin und eine Arzthelferin. Die Tochter ist erwachsen, aber noch in der Ausbildung.

Der Gedanke „Kürzertreten“ oder „totaler Ruhestand“ steht noch aus. „Wir sind noch gesund und munter, und es macht auch Spaß“, bestätigt das Ehepaar, aber der Zeitpunkt ist absehbar, an dem der praktische Arzt Dr. E. seine Praxis an einen jüngeren Arzt verkaufen wird. Das wäre sein Vermögen. Dazu hätte er als Basiseinkommen die kleine Rente vom Versorgungswerk für Ärzte.

DIETER W. SCHMIDT

### EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DEN MITTELSTAND / Vorsorge statt Gefahrenabwehr erfordert maßgeschneiderte Tüfteleien

## Umweltschutz als Impulsgeber für technischen Fortschritt

Von MARTIN GRÜNER

Umweltschutz als neue mittelständische Aufgabe heißt zweierlei: - offensive Auseinandersetzung mit den neuen Anforderungen der Umweltpolitik und - zielstrebige Arbeit an der traditionell starken Position auf den Märkten für Umwelttechnik.

Die am Verursacherprinzip orientierte Umweltpolitik der Bundesregierung hat seit 1983 alle maßgebenden Vorschriften des Immissionsschutz-, des Wasser- und des Abfallrechts novelliert - oder novelliert sie gerade - und verbindliche, zugleich auch anspruchsvolle Umweltziele formuliert.

Einen tragbaren Ausgleich von umweltpolitischen Wünschen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten herbeizuführen, war für die Bundesregierung indessen nicht immer einfach. Denn Umweltschutz kostet Geld, das von denen, die die Auflagen erfüllen müssen, erst einmal verdient sein oder zu Lasten anderer Ausgaben abgezweigt sein will.

Wir haben der betroffenen Wirtschaft und letztlich auch dem Verbraucher bewußt einiges zugemutet. Bei einer wachsenden Wirtschaft ist das leichter durchzusetzen als bei allgemeinem Einkommensrückgang.

### Investitionen in Milliardenhöhe

Die Entlastung unserer Umwelt infolge dieser Politik wird deutlicher werden - sind doch die Anforderungen an alle großen Emittentengruppen drastisch verschärft worden. Zudem stehen Behörden wie Betreibern hindende, kurze Sanierungsfristen ins Haus.

Schon jetzt unüberschaubar sind aber auch die enormen Nachfrageimpulse in teilweise zweistelliger Milliardenhöhe, die von der Großfeuerungsanlagenverordnung, der neuen TA-Luft, der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes, der neuen Trinkwasserverordnung, den Initiativen im Abfallbereich, im Lärmschutz und vom schadstoffarmen Auto ausgehen. Sie beeinflussen den Umfang der Märkte für Umwelttechnik und -dienstleistungen ganz erheblich.

Wir setzen auf den Mittelstand, wenn wir bewußt das, was an Innovationskraft, was an Dynamik im marktwirtschaftlichen System steckt, in den Dienst des Umweltschutzes stellen. Denn die Märkte in ihrer ganzen Breite an Ausrüstungen, Anlagen, Verfahrenstechnologien, Betriebs-

stoffen sowie Know-how und Dienstleistungen bieten den besonders in ihren Spezialgebieten schlagkräftigen kleineren und mittleren Firmen sowie freien Berufen alle Chancen.

Umwelttechniken sind keine Massenprodukte; abgesehen von Komponenten geht es hier vielmehr um die Einpassung in den konkreten Betrieb mit seinem spezifischen Rohstoffeinsatz, seiner Prozesstechnologie und seinem Produktprogramm. Das bedeutet oft maßgeschneiderte, technisch komplexe Anlagen und Verfahrenstechnologien und somit auch die individuelle, einzelfallbezogene Beratung und Beurteilungshilfe.

Die Anbieterseite der Märkte kann und wird deshalb auch weiterhin so charakterisiert sein, wie es in allen vorliegenden Marktstrukturuntersuchungen herausgearbeitet wurde: Die Mehrheit sind kleine/mittlere Unternehmen; je kleiner das Unternehmen, desto höher und qualifizierter der Anteil der mit Umweltschutzvorhaben Beschäftigten und damit zusammenhängend zur Unternehmensgröße umgekehrt proportionaler Umweltschutzumsatzanteil am Gesamtabsatz.

Diese Anbieterstruktur wurde auch auf der letzten Umweltschutzmesse in Düsseldorf wieder sichtbar: So hatten allein 1/3 der Ausstellerfirmen keine 60 Mitarbeiter und 3/4 repräsentierten die Unternehmensgrößenklasse von weniger als 500 Beschäftigten.

Nicht nur der gewerbliche, sondern auch der freiberufliche Mittelstand spielt eine herausragende Rolle im Umweltschutz. Die Bundesregierung hat im Jahreswirtschaftsbericht 1986 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß angesichts des steigenden Wachstumsdrucks in die freien Berufe - beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes - vielen Berufen eine Chance zu wirtschaftlich selbstständiger Tätigkeit bieten.

So verlangt mehr Umweltschutz nicht weniger, sondern mehr technischen Fortschritt. Offenheit gegenüber der Technik ist für unsere Wirtschaft und Gesellschaft eine Lebensfrage. Hier ist der Beratende Ingenieur gefordert; ihm als Sachverständigen kommt eine entscheidende Rolle zu. Er bringt nicht nur ein hohes Maß an Kenntnis und Erfahrung auf allen Gebieten der Technik mit; er genießt auch als unabhängiger Fachmann das besondere Vertrauen des einzelnen und der Gesellschaft.

Auch das Bauen wird in Zukunft nicht nur neuen gestalterischen Anforderungen unterliegen, sondern gleichfalls erhöhten Ansprüchen in

ökologischer und sozialer Hinsicht genügen müssen. Unsere Städtebaustrukturen neben einer gesunden Wirtschaftsstruktur und hinreichenden Bildungs- und Kulturangeboten insbesondere auch eine intakte Umwelt. Wir müssen uns bemühen, die „Versiegelung“ der Erdoberfläche durch Straßen und Gebäude zu begrenzen, um negative Auswirkungen im ökologischen Bereich - beim Stadtklima oder der Wassergewinnung - zu vermeiden. Dies hält für Architekten und Stadtplaner neue Aufgabenfelder bereit. Ich verweise in diesem



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zusammenhang auf die Verbesserung der Instrumente des Städtebaurechts zugunsten des Umweltschutzes im Entwurf des Baugesetzbuchs, der sich gegenwärtig in der parlamentarischen Beratung befindet.

Schließlich bedeuten auch die Bemühungen der Bundesregierung, den Staat von Aufgaben zu entlasten und öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren, neue Herausforderungen für die freien Berufe. So enthält die gerade verabschiedete Novellierung der Trinkwasserverordnung, die für die bisher ausschließlich Ämtern vorbehaltenen Trinkwasseruntersuchungen nunmehr zusätzlich qualifizierte private Untersuchungsstellen zuläßt, ein Angebot etwa an sachverständige Chemiker.

Die Konzeption unserer Umweltpolitik heißt Übergang von der Gefahrenabwehr zur Vorsorge unter den Maximen von Ressourcenschonung und strengen Sanierungsfristen. Mittelständische Unternehmen können dabei als Adressaten anspruchsvoller Regelungen nicht ausgelassen werden: Sie werden im Rahmen der konsequenten Umweltpolitik auch selbst

zunehmend Umweltschutzinvestitionen vornehmen müssen. Ein nicht zu unterschätzender Teil der mehr als zehn Milliarden Mark, die beispielsweise die neue TA-Luft an Investitionskosten mit sich bringt, wird auf mittelständische Unternehmen zukommen. Das ist im Rahmen unserer auf Kontinuität und zielstrebige Durchsetzung des Verursacherprinzips angelegten Umweltpolitik auch so gewollt.

Von den in breitem Umfang auf den Weg gebrachten Maßnahmen der Bundesregierung geht ein erheblicher Vollzugsdruck auf die Anlagenbetreiber aus. Jetzt fallen plötzlich Lücken in der Kenntnis der betrieblichen Emissionssituation auf.

Da sie nach unseren Erfahrungen gerade bei kleineren Unternehmen in hohem Maße bestehen, müssen sie jetzt vor allem aus folgenden Gründen rasch geschlossen werden:

1. Setzt die Einleitung konkreter - und nicht selten erstmaliger - Emissionsminderungsmaßnahmen für Behörden wie für Betreiber klare Aussagen über die Ausgangssituation voraus; erst auf dieser Basis können
2. Alternativen im Genehmigungsverfahren (geänderte Fristen, Auflageninhalte) sowie in der konkreten technischen Lösung diskutiert werden und
3. liefert erst der Vergleich von „Ist“ und „Soll“ die rechnerische Basis der Investitionsentscheidung und damit der zukünftigen Aufwands- und Kostenstruktur.

Nach Umfragen und bei der Beratung der Kammerorganisationen und Verbände spielen immer wieder folgende Problemfelder im umweltpolitischen Anpassungsprozeß kleiner und mittlerer Unternehmen eine besondere Rolle:

- die - unter Zeitdruck stehende - Suche nach einer technischen Lösung bei dem Gefühl unbefriedigender Markttransparenz und unzureichender technischer Beurteilungskompetenz;
- wenig genaue Vorstellungen über Voraussetzungen und Umfang finanzieller Förderungsmaßnahmen im Umweltschutz.

Bei der ersten Frage nach der „richtigen“ Technik fällt schnell das Stichwort Beratungsbedarf. Bei unvollständigem Überblick über die am Markt angebotenen Umwelttechnologien soll wegen des Vollzugsdrucks eine schnelle Lösung gefunden werden, die auch noch die betrieblichen und finanziellen Gegebenheiten berücksichtigt.

Das setzt nicht nur qualifizierte Berater, sondern wegen ihrer oft bran-

chenbezogenen Spezialisierung vor allem die „Beratung bei der Beraterwahl“ voraus. Hier können besonders kleine und mittlere Firmen auf die stark ausgebauten Hilfen der Kammerorganisationen und Verbände zurückgreifen. Ihr Überblick über den Beratermarkt ist ein unverzichtbarer Faktor effizienter Umweltschutzpolitik.

Bei der Suche nach Finanzierungshilfen für stark steigende Umweltschutzinvestitionen stehen im Vordergrund der Überlegungen erhöhte Abschreibungen nach Paragraph 7d Einkommensteuergesetz. Sie geben den Unternehmen die Möglichkeit, ihre Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen, im Jahr der Anschaffung mit 60 Prozent (!) und in den folgenden vier Jahren mit jeweils zehn Prozent erhöht abzuschreiben.

### Finanzierungshilfen genauestens ausloten

Weitere Investitions- und Innovationshilfen sind zinsgünstige Kredite aus dem ERP-Darlehensprogramm, dem Umweltschutzprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, dem Ergänzungsprogramm der Ausgleichsbank, der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg und eine ganze Reihe von Kredit- und Zinszuschußprogrammen der Bundesländer.

Die Programme haben einen erfreulich hohen allgemeinen Bekanntheitsgrad - jedoch ist ihre Nutzung insbesondere durch kleinere Unternehmen deutlich niedriger.

Die Gründe könnten bei einem Gespräch mit den beteiligten Finanzierungsinstitutionen problemlos ausgemacht werden. Wir können aber den Unternehmen nicht die Mühe abnehmen, sich kostenlos erhälliche Informationsbroschüren über Konditionen, Richtlinien und Bedingungen zu besorgen, unter denen diese Finanzierungshilfen zu nutzen sind.

Unter den hier genannten Voraussetzungen habe ich keine Zweifel, daß die Stärkung des Mittelstandes als Garant der Wettbewerbsfähigkeit und Vitalität unserer Gesamtwirtschaft und des anspruchsvollen Programms der dauerhaften Verbesserung der natürlichen Lebensbedingungen keinen unauflässlichen Widerspruch darstellen.

Zwei Beispiele mögen genügen: - zunächst die Novelle der TA-Luft: Wir haben den kurzfristigen politischen Wetlauf nicht mitgemacht und sind entschieden der Einführung von

Fortsetzung Seite IV

Als freie Journalistin verdient sie mal mehr, mal weniger.

Von ihrem BfG-Individualkredit zahlt sie mal mehr, mal weniger zurück.

Der BfG-Individualkredit ist für Kunden, denen regelmäßige feste Rückzahlungsraten nicht so gut ins Konzept passen - zum Beispiel, weil sie als freiberuflich Tätige unterschiedliche Einkünfte haben.

Reden Sie mit uns. Wir sind Ihre Bank.

Sie vereinbaren mit uns lediglich Jahresraten. Wie Sie diese Jahresraten zurückzahlen - in mehreren kleinen Beträgen, in wenigen großen oder in einer einzigen Summe -, steht Ihnen dann völlig frei. BfG-Individualkredite gibt es ab 30.000 DM zu interessanten Konditionen.

# Big:



BfG-Ihre Bank









MITTELSTÄNDISCHE WIRTSCHAFT / Schwarzarbeit beginnt bei der öffentlichen Hand

Selbständige nahmen „Wende“ bei der Regierung an



Informationsgespräch am Messestand: Hier werden Erfahrungen über die Märkte von morgen ausgetauscht. FOTO: NOVUM

Von WILLI-PETER SICK Die mittelständische Wirtschaft beginnt zu ersticken unter den gegenüber anderen Wirtschaftszweigen unproportional steigenden Belastungen mit offenen und verdeckten Kosten.

Die unsichtbaren Kosten, also das, was der Staat an Diensten kostenlos fordert, lagen in den 50er Jahren bei 0,5 Prozent des Bruttoerzeugnisses und sind heute auf drei Prozent - rund 50 Milliarden Mark angestiegen.

Schwarzarbeit beginnt bei der öffentlichen Hand. Mehr als eine Million sogenannte Regiebetriebe sollen es inzwischen sein, davon circa 80 Prozent im kommunalen Bereich, die „gewerbliche Leistungen“ erbringen, für die weder Steuern, noch Löhne, noch soziale Abgaben kalkulatorisch berechnet und gezahlt werden.

Schwarzarbeit ist kein kriminelles Delikt, sondern ein Krankheitssymptom unserer gesamten Gesellschaft. Wer nur an den Erscheinungen herumlabort und über sie lamentiert, der wird die Ursache nie ergründen.

Will man das überhaupt? Wer ist „Man“? „Man“, das ist in erster Linie Politik, Staat, Bürokratie und Funktionsapparat. Da sitzen die wirklichen Verursacher steigender Lohnnebenkosten, durch die dann Private in die Schattenwirtschaft getrieben werden.

„Rat zu geben, das ist das dümmste Handwerk, das einer treiben kann. Rate sich jeder selbst und tue, was er nicht lassen kann.“

(Goethe)

und Verordnungen die Möglichkeiten des Bürgers zum freien Handeln ein, und er fordert von der Wirtschaft immer mehr Bitteldienste, die diese kostenlos zu erbringen hat.

Der Staat andererseits macht natürlich nichts umsonst. So kassiert er zum Beispiel bei den Kirchen drei Prozent der Kirchensteuer dafür, daß er diese für die Kirche eintritt.

Auch bei der jetzigen Bundesregierung, die ja die „Wende“ herbeiführen wollte, ist trotz hörbar guter Absichten noch nichts Entscheidendes zum Besseren erkennbar.

Untersuchungen sogar noch eine weitere Steigerung ersichtlich.

Daß eine solche Entwicklung in erster Linie die mittelständische Wirtschaft trifft, liegt auf der Hand. Den Mannesmannern und Krupianern, den Leuten von Siemens, Bosch und Mercedes kann die öffentliche Hand keine Konkurrenz machen.

Es ist aber der Bereich der mittelständischen Wirtschaft, der unsere Wirtschaftsverfassung in der Breite trägt. Mit den Spitzen der Großwirtschaft alleine ist das nicht zu machen.

Aufgabe für die mittelständische Wirtschaft ist es, über Markt und Wettbewerb Leistungen für den Verbraucher so kostengünstig wie möglich anzubieten.

Mittelständische Strukturen sind

Bedingung und zugleich Indikator für Freiheit in einer Gesellschaft. Diese Gefahr ist größer als allgemein gesehen wird, weil neben Fakten auch diffuse ideologische Quasereihen eine immer stärker werdende Rolle spielen.

„Der Handwerker, der's allzu gut will machen, verdirbt aus Ehrgeiz die Geschicklichkeit.“

(Shakespeare, König Johann)

mentionen sieht, kann glaubhaft Politik unter Berufung auf die soziale Marktwirtschaft machen.

Hier stoßen sozialistische und liberale Denkmodelle von der Gesellschaft und vom Menschen aufeinander, und da auch liegt die Entscheidung. Bei immer mehr Staat verliert der Bürger das Bewußtsein der Selbstverantwortung.

Darum unser Vorschlag für den Bereich der sozialen Sicherung: Abkehr vom Bismarck-System der auf den Individuallohn bezogenen Beiträge. Dafür Festsetzung einer Grund-

pflüchtigung gegen Krankheit und Alter durch den Staat. Darauf aufbauend nach erbrachter Leistung Ansprüche des einzelnen an das Global Einkommen. Auszahlung der Löhne und Gehälter brutto für netto, und jeder „mündige Bürger“ kauft sich mit seinem Einkommen selbst ein, was er an zusätzlicher Sicherheit und Leistung haben will.

Damit gäbe es dann auch Wettbewerb auf diesem Gebiet, und man könnte unter den vorhandenen Tarifen nach dem günstigsten Angebot suchen. Dies wäre gleichzeitig ein entscheidender Schritt zur Senkung der Lohnnebenkosten und damit eine wirklich spürbare Einschränkung der Schattenwirtschaft.

Noch einmal hinzuweisen ist darauf, daß auszehrende Steuern, steigende Abgaben und ausufernde Bürokratie nicht nur zur Gefährdung des Mittelstandes führten, sondern auch zu einer schlechenden Umwertung unserer freiheitlichen Gesellschaft.

Der Autor ist Präsident des Bundesverbandes der Selbständigen BDS.

STEUERPOLITIK / Leistungsträger nicht überfordern

Die steile Progression muß entschärft werden

Von HANSJÖRG HÄFELE

Gesunde mittelständische Unternehmen sind der Kern einer dynamischen marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Stärkung der mittelständischen Wirtschaft durch Gewährleistung und Schaffung angemessener Rahmenbedingungen ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Politik, vor allem der Steuerpolitik.

Mit dem in dieser Legislaturperiode verwirklichten steuerpolitischen Drei-Stufen-Programm hat die Bundesregierung bereits die grundlegenden Weichen in Richtung auf ein leistungsgerechteres und wachstumsförderndes Steuerrecht insbesondere auch für den Mittelstand gestellt.

Zu den wichtigsten Maßnahmen, die in den ersten beiden Stufen 1983 und 1984 verabschiedet wurden, gehörten Entlastungen bei der Gewerbesteuer, eine fühlbare Senkung der Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen, die Verdoppelung des Verlustrücktrages und die Einführung von Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe sowie für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen.

Außerdem wird die ab 1985 greifende Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude und für neue Heizungs- und Warmwasseranlagen die Investitionstätigkeit mittelständischer Unternehmen stärken und sich auch günstig auf die Bauwirtschaft auswirken.

Tarifsenkungen helfen der Wirtschaft

Mittelbar wirkt sich zudem günstig aus, daß Anreize zur Schwarzarbeit, die insbesondere den mittelständischen Betrieben im Handwerk und im Dienstleistungsbereich schaden, gemindert werden. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir den nächsten, noch größeren Schritt zur Verwirklichung eines leistungsgerechten und wachstumsfördernden Steuersystems tun. Im Mittelpunkt der steuerpolitischen Überlegungen sollte dabei die Lohn- und Einkommensteuer stehen.

Eine nachhaltige Verringerung der Grenzbelastung des Einkommens ist deshalb geboten. Dies läßt sich am

wirkungsvollsten mit der Einführung eines sanft ansteigenden, gradlinigen Progressionsverlaufs bei der Einkommensteuer erreichen, mit einem arbeits- und mittelstandsfreundlichen Tarif. Die Einkommensteuer sollte auch deshalb im Mittelpunkt weiterer steuerpolitischer Überlegungen stehen, weil sie zugleich die wichtigste Unternehmenssteuer ist.

Auch in anderen Industriestaaten setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, daß die beste steuerpolitische Linie zur Unterstützung der Wirtschaft in allgemeinen Tarifsenkungen besteht. Schon zur Erhaltung und Festigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird deshalb eine Senkung der Steuersätze auch bei uns erforderlich.

Die Gewerbesteuer bereitet Kopfschmerzen

Aus den gleichen Gründen sind auch die ertragsabhängigen Steuern weiter zurückzuführen. Wie dies im einzelnen geschehen kann, bedarf allerdings noch einer eingehenden Prüfung. Zu einer besonders problematischen Steuer hat sich zweifellos die Gewerbesteuer entwickelt. Obwohl ihre Mängel offensichtlich sind, konnte jedoch eine wirklich befriedigende Ersatzlösung bisher nicht gefunden werden.

Im Zusammenhang mit der steuerlichen Belastung der Unternehmensgewinne werden - insbesondere von Vertretern des Mittelstandes - immer wieder Forderungen nach Abschreibungsvergünstigungen, Investitionsprämien, Investitionsrücklagen oder ähnlichen Mitteln zur gezielten Investitionsförderung erhoben. Wären sie nur selten, könnten solche steuerpolitischen Maßnahmen vertretbar sein, das Überhandnehmen derartiger Sonderabstände kann aber zu steuerbedingten Kapitalfehlleitungen und Fehlinvestitionen führen und damit Instabilitäten im Wirtschaftsablauf hervorrufen, die weite Bereiche der Wirtschaft erfassen und deshalb immer neue Forderungen nach sich ziehen.

Eine in einem steuerpolitischen Gesamtplan eingebettete Mittelstandspolitik kann deshalb nicht darin bestehen, dem Mittelstand steuerliche Sondervorteile einzuräumen. Nicht die Geschicklichkeit des Unternehmers bei der Gestaltung seiner Steuerbemessungsgrundlage, sondern das Ergebnis erfolgreich getätigter Investitionen sollte stärker honoriert werden. Hierfür sollten unternehmerische Energien eingesetzt werden, nicht für aufwendige und kostenintensive steuerrechtliche Überlegungen.

Der Autor ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

Advertisement for 'Auffang-Paket' private health insurance by EISELMANN Produktions GmbH. Includes a photo of a man holding a sign, text describing the benefits, and contact information for Deutsche Krankenversicherung AG.

PRIVATISIERUNG VON STAATSEIGENTUM / Liste der Unternehmen fiel kleiner aus als vorgesehen

# „Wir haben unser Klassenziel nicht erreicht“

OTTO GRAF LAMBSDORFF

In der Regierungserklärung vom Frühjahr 1983 hat die Bundesregierung feierlich erklärt, daß sich der Staat aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit zurückziehen werde. Seitdem sind mehr als drei Jahre vergangen, und die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu. Prüft man die Regierung an diesem Versprechen und vergleicht, was seither tatsächlich geschehen ist, dann müssen wir einsteigen, daß wir das Klassenziel nicht erreicht haben. Auf Bundesebene ist es bislang im wesentlichen nur bei einer Teilprivatisierung des Veba-Konzerns geblieben.

Und auch die jetzt laufenden Veräußerungen bei VIAG und IVG sind allenfalls als magerer Teilerfolg zu werten. An den Brocken VW haben wir uns erst gar nicht gewagt. Bedauerlich war in jedem Fall, daß von der sowieso schon bescheidenen Liste die geplante Reduzierung des Bundesanteils an der Lufthansa heruntergenommen werden mußte.

## Bayerisches Veto verhinderte den Versuch

Der Vorsitzende der CSU hat hierbezüglich deutlich gemacht, daß sich seine Partei, und hier ist der direkte Vergleich zu den Auffassungen von SPD und Grünen durchaus erlaubt, als Staatspartei versteht und hier die Argumente der Staatswirtschaft überwiegen. Obwohl keine heftige und sonstige unabwiesbare Begründung für den Bundesbesitz an einer Fluggesellschaft sprechen und obwohl die Diskussion in anderen europäischen Ländern derzeit in Richtung Privatisierung läuft, kam das bayerische Veto zu dem bescheidenen Privatisierungsversuch des Finanzministers.

Es wird höchste Zeit, daß hier eine Änderung eintritt. Wir werden dies mit Nachdruck deutlich machen; nicht nur unter dem Gesichtspunkt der anstehenden Bundestagswahl, sondern vor allen Dingen aus grundsätzlichen Erwägungen. Privatisierung ist für die freiheitliche Ordnungspolitik nicht irgendeine Nebensache, sondern wichtiger Bestandteil.

Der Staat, gleichgültig auf welcher gesellschaftlichen Ebene, hat in der Marktwirtschaft nur solche Güter und Dienste anzubieten, nach denen Nachfrage besteht, die aber andererseits von privater Seite nicht produziert werden können. Genau das sagt Paragraph 65 der Bundeshaushaltsordnung aus. Der Staat soll sich an der Gründung eines Unternehmens oder an einem bestehenden Unternehmen nur beteiligen, wenn ein wichtiges Interesse vorliegt und sich der vom Staat angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen läßt. Die Interpretation dieser Vorschrift bedeutet umgekehrt, daß damit sämtliche Beteiligungen des Bundes jederzeit auf ihre unbedingte Notwendigkeit überprüft werden müssen. Privatisierung als gesetzlich vorgeschriebene Daueraufgabe.

Kurz nach Beginn der Legislaturperiode hat meine Fraktion einen Grundsatzbeschluss mit Signalwirkung gefaßt; keine Haushaltsmittel für Kapitalerhöhungen für bundesbeteiligte Unternehmen mehr zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Beschluss wollten wir durch eine automatische Verringerung des Kapitalanteils eine indirekte Privatisierung erreichen. Des Weiteren haben wir im Haushalt 1986 den Finanzminister durch eine drastische Erhöhung beim Haushaltsmittel „Gewinne aus Veräußerungen von Bundesvermögen“ zum Handeln gezwungen.

Zur Privatisierung gehören aber auch im besonderen Umfang Dienstleistungen und Beteiligungen im Bereich

reich der Sondervermögen von Bahn und Post. Es gibt keinen Anlaß, das Monopol der Bundespost auszuweiten. Hier geht es um allen Dingen um die Frage der Endgeräte, zum Beispiel Telefone, Telefaxgeräte, Bildschirme usw. Diese Endgeräte werden durch Fortschritte im Bereich der Computertechnik immer spezieller und ändern sich in immer kürzeren Abständen. Ein Monopolist, wie die Post, kann, auch wenn er mit privaten Herstellern zusammenarbeitet, diese Entwicklung nur verzögern.

Wir alle aber wissen, wie wichtig schnelle Reaktionen der Wirtschaft auf neue Entwicklungen in der Nachrichtentechnik und bei der Datenverarbeitung für die gesamte Volkswirtschaft und internationale Konkurrenzfähigkeit sind. Wettbewerb ist ein wichtiges Kriterium für die Entwicklung der Wirtschaft auf neue Technologien und bei der Datenverarbeitung für die gesamte Volkswirtschaft und internationale Konkurrenzfähigkeit sind.

Nun wird häufig von Kritikern unseres Privatisierungskonzeptes behauptet, der Bund würde Unternehmen nur verkaufen, um mit dem Erlös Löcher im Haushalt zu stopfen. Darum geht es nicht. Die Begründung für die Privatisierung ist ordnungspolitisch Natur; der Staat soll unternehmerische Aktivitäten nur dort selbst entwickeln, wo unabwiesbare übergeordnete Gesichtspunkte bestehen. Der Wettbewerb wird verzerrt, weil schlechtere Staatsunternehmen zum Finanzminister laufen und Privatunternehmer zum Konkursrichter gehen müssen. Deshalb wird die FDP-Bundestagsfraktion sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, daß Privatisierung mit dem nötigen Schwung auch über diese Legislaturperiode hinaus weiter vorangetrieben wird, damit das Gesamtkonzept zur Privatisierung, wie es die Bundesregierung genannt hat, auch seinen Namen verdient.

Bereich von öffentlichen Dienstleistungen, die in größerem Umfang von Privaten erbracht werden sollten. Die von uns beschlossene und umgesetzte Privatisierung der Naßbagerei ist hier ein Beispiel und ein Anfang. Aber unser Versuch, durch eine Änderung des Paragraphen 29 StVZO eine verstärkte Beteiligung freier Sachverständiger an der Kfz-Untersuchung zu erreichen und damit das TÜV-Monopol wenigstens etwas aufzulockern, scheint auch schon wieder durch die bayerische Blockade gefährdet zu sein. Und wer sich vor Augen hält, wie lange schon die Auflösung des Hauptprüfungsamtes der Deutschen Bundesbahn beschlossene Sache ist, wo nach unserer Ansicht freie Wirtschaftsprüfungsinstitute und der Bundesrechnungshof prüfen sollten, der sieht, daß ohne ständigen politischen Druck nichts so recht vorankommt.

## Die Zielsetzung der FDP-Bundestagsfraktion

Nun wird häufig von Kritikern unseres Privatisierungskonzeptes behauptet, der Bund würde Unternehmen nur verkaufen, um mit dem Erlös Löcher im Haushalt zu stopfen. Darum geht es nicht. Die Begründung für die Privatisierung ist ordnungspolitisch Natur; der Staat soll unternehmerische Aktivitäten nur dort selbst entwickeln, wo unabwiesbare übergeordnete Gesichtspunkte bestehen. Der Wettbewerb wird verzerrt, weil schlechtere Staatsunternehmen zum Finanzminister laufen und Privatunternehmer zum Konkursrichter gehen müssen. Deshalb wird die FDP-Bundestagsfraktion sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, daß Privatisierung mit dem nötigen Schwung auch über diese Legislaturperiode hinaus weiter vorangetrieben wird, damit das Gesamtkonzept zur Privatisierung, wie es die Bundesregierung genannt hat, auch seinen Namen verdient.

DAS PORTRÄT / Der Dortmunder Unternehmer Volker J. Geers

# Ein Ohr für feine Schwingungen

Vor einigen Monaten erschreckte eine Nachricht die Staatsgläubigen in unserer Republik: Die angesehene Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) legte ihr Konzept für „Mehr Marktwirtschaft bei Funk und Fernsehen“ vor. Kernpunkt: die Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Zweiten Deutschen Fernsehens ZDF. „Das ZDF sollte in eine private Aktiengesellschaft umgewandelt werden“, heißt es in dem ASU-Papier.

Vater dieses Gedankens ist der Dortmunder Unternehmer und Rechtsanwalt Dr. Volker J. Geers. Vor einigen Jahren verkindete die ASU ihr Reformprogramm „Mehr Marktwirtschaft im Gesundheitswesen“. Eine moderne Sicherung gegen die Krankheit muß so organisiert sein, daß sie die Autonomie des einzelnen schützt, indem sie ihm die Verantwortung für seine Gesundheit beibehält. Auch hier leitete Volker Geers den Ausschuß, der dieses Konzept erarbeitet hat. Wer ist der Mann, der auch in scheinbaren Tabu-Bereichen so unerschrocken und zielbewußt entsetzlichen und privatisieren will?

Ich treffe Volker Geers in Dortmund, seiner Heimatstadt, hier ist er aufgewachsen und groß geworden. Hier betreiben er und sein Bruder Wolfgang die „Geers-Fachinstitute für gutes Hören“, die die Eltern nach dem Kriege gegründet haben. Der Vater hat sich seit langem in den Ruhestand zurückgezogen, die nun bald siebzehnjährige Mutter Käthe Geers ist nach wie vor im Unternehmen aktiv. 45 „Geers-Fachinstitute für gutes Hören“ mit rund 300 Mitarbeitern erstrecken sich heute über die ganze Bundesrepublik, aber Dortmund ist bei allen anderen Erwägungen Sitz des Unternehmens geblieben.

Geers sieht die Strukturprobleme des Ruhrgebiets, aber er glaubt an die Zukunft der Region und ihrer Menschen. Wenn nur die Politik die Unternehmer, die doch Arbeit und Ver-

dienst bringen, nicht immer wieder abschrecken würde“, meint er.

Geers: „Wenn diese Städte sich auf den Kern ihrer Aufgaben beschränken würden und alles das wieder in Privathand zurückgäben, was sie an Kompetenzen an sich gezogen haben, dann wäre es um die städtischen Etats besser bestellt.“ Die Privatisierung



Die Diskriminierungen des selbständigen Mittelstandes müssen beseitigt werden, zu denen nach Ansicht des Kronberger Kreises die ordnungs-, steuer- und sozialpolitischen Benachteiligungen zählen.

Und die Bundespolitik? Mit ihr ist Volker Geers nur im großen und ganzen zufrieden. Er würdigt die vielen Erfolge in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber er bedauert auch, daß es eine wirkliche Politik für den Mittelstand in den vergangenen Jahren kaum gegeben hat. „An der hohen Steuer- und Abgabenbelastung gerade der Selbständigen in Handel, Handwerk und den freien Berufen sowie in den kleinen und mittleren Unternehmen hat sich doch nur wenig geändert. Von der angekündigten Entbürokratisierung ist doch bei kei-

nem Unternehmen bisher richtig etwas angekommen.“ Volker Geers hofft, daß in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages die vielgenannte Politik der „Wende“ entschieden fortgesetzt wird.

In Europa ist Hörgeräte Geers heute einer der größten Anbieter von Hörgeräten. Das Unternehmen stellt Hörgeräte her, verkauft und repariert sie, berät und trainiert seine Kunden. Volker Geers hält das Hörgeräteakustikerhandwerk, dessen Meister er selbst ist, für eine Zukunfts- und Wachstumsbranche. „Von Millionen Hörbehinderter ist in der Bundesrepublik erst eine Million Menschen mit einem Hörgerät versorgt“, sagt er und weist darauf hin, daß die psychologischen Hemmnisse gegen das Tragen eines Hörgerätes im Schwinden sind, seit es die modernen Im-Ohr-Geräte gibt. „Hier ist noch ein millionenfacher Bedarf zu befriedigen.“

Steht dem nicht die Kostendämpfung im Gesundheitswesen entgegen? Volker Geers erinnert daran, daß die Hörgeräteakustiker als einzige Anbieter im Gesundheitswesen in den Verträgen mit den Krankenkassen ihre Abgabepreise für zwei Jahre freiwillig um fünf Prozent zurückgenommen haben. „Das hat auch die besondere Anerkennung von Bundesgesundheitsminister Blum gefunden, der ja hier in Dortmund auch einer unserer Bundestagsabgeordneten ist.“

Doch trotz seines Engagements für das Unternehmen sieht Volker Geers seine entscheidende Aufgabe in seiner Anwaltstätigkeit. Besondere Freude bereitet es ihm, wenn er sein unternehmerisches Können mit seinem juristischen Fachverstand zum Wohle seiner Klienten kombinieren kann.

Volker Geers ist jetzt vierzig Jahre alt, die Rechtsanwaltspraxis floriert, das Unternehmen läuft, in der Familie ist alles im rechten Lot. Volker Geers ist Marathonläufer. In diesem Jahr wird er in New York zusammen mit seinen drei halberwachsenen Söhnen antreten. Auch in seinem beruflichen Leben deuten sich Dimensionen an, die über Dortmund hinausführen. DIETRICH ROLLMANN

# STARTEN & ERFOLGREICH SEIN



„Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik und damit auch die soziale Sicherheit jedes Bürgers sind in hohem Maße abhängig von der Vielfalt unternehmerischer Aktivitäten.“

Bundeswirtschaftsminister Dr. Martin Bangemann

- Sind Sie ein Chef-Typ?**
- Bevor Sie den Schritt in die Selbständigkeit wagen, sollten Sie sich prüfen:
- Bin ich bereit, mehr zu arbeiten als andere?
  - Verkraße ich Streß und Belastungen?
  - Kämpfe ich gegen Rückschläge an?
  - Habe ich den Mut, Entscheidungen zu treffen?
  - Riskiere ich etwas, um Erfolg zu haben, auch wenn ich nicht bis aufs letzte abgesichert bin?
  - Kann ich Kunden gut beraten, Mitarbeiter leiten?
  - Weiß ich alles über meine Branche?
  - Unterstützt mich meine Familie?
- Wenn Sie alle Fragen für sich mit „Ja“ beantworten können, sind Sie ein Typ, der es wagen könnte.

## Das müssen Sie über die Finanzen wissen

Die Neugründung eines Unternehmens kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Finanzplanung stimmt. Dabei muß bedacht werden, daß beispielsweise nicht nur Einrichtung und Warenbestand Geld kosten, sondern in der Anlaufzeit auch Löhne, Gehälter, Mieten, Telefon, Heizung, Strom, Krankenkasse und Versicherungen vorfinanzieren werden müssen. Man sollte nicht damit rechnen, gleich von Anfang an in die Firmenkasse greifen zu können.

Aus den Anlaufkosten und den Investitionen ergibt sich der Gesamtkapitalbedarf. Prüfen Sie, was Sie an Eigenmitteln zur Verfügung haben oder beschaffen können.

Dabei nicht nur an die Barmittel denken, sondern auch an bestehende Bau- und Prämien-sparverträge, an Lebensversicherungen sowie an Grundbesitz, der unter Umständen beliehen werden kann. Auch Darlehen von Freunden und Verwandten zählen hier mit. Das vorhandene Eigenkapital ist maßgebend für die Höhe der öffentlichen Fördermittel, die Bund und Länder im Rahmen ihrer Existenz-Förderungsprogramme auf Antrag als Hilfe beim Start in die Selbständigkeit gewähren können.

# Selbständigkeit ist für viele ein lohnendes Ziel

Jeder 3. Deutsche will sein eigener Chef sein

Umfragen haben gezeigt: Fast jeder dritte Deutsche hat einmal mit dem Gedanken gespielt, sich selbständig zu machen: unabhängig - sein eigener Chef zu sein, auf eigene Rechnung zu arbeiten. Wer erfolgreich sein will, muß diesen Schritt sorgfältig planen und über ausgezeichnete Fachkenntnisse verfügen.

Lassen Sie sich von Fachleuten beraten. Was genau wollen Sie machen, wie sieht die Konkurrenzsituation aus, wieviel Geld brauchen Sie zur Verwirklichung Ihres Planes? Suchen Sie einen geeigneten Standort und überprüfen Sie an Ort und Stelle, ob Ihre Planung stimmt. Ein Existenzgründungsberater wirkt auch bei der Aufstellung Ihres Finanzierungsplanes mit, sagt Ihnen, welche öffentlichen Finanzierungshilfen zur Verfügung

stehen und bereitet auch Ihren Weg zur Hausbank vor. Berater finden Sie bei den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den Fachverbänden, den Verbänden der freien Berufe und beim Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft. Sie können sich aber auch an einen selbständigen Berater wenden. Vater Staat zahlt Ihnen bis zu 60% des Beratungshonorars dazu, höchstens jedoch 2500

Mark. Und wenn Sie Ihre Kenntnisse auf dem einen oder anderen Gebiet auf frischen wollen, gibt es für ein geringes Entgelt spezielle Seminare für Existenzgründer bei vielen der oben genannten Institutionen.

Wer mit der Buchführung Schwierigkeiten hat, braucht auch nicht zu verzweifeln, denn viele Jungunternehmer halten sich den Kopf für den Aufbau ihres Geschäftes frei und geben die Zahlen „außer Haus“.



Die Liebe zu schönen Dingen gab Mario Habrichs die Idee, sich in Meerbusch mit einem Geschäft für Innendekorationen selbständig zu machen. In Kürze kann er bereits sein Einjähriges feiern. „Für meinen Erfolg war die richtige Standortwahl der Geschäftsräume mitentscheidend, denn mein Angebot richtet sich an Kunden, die nicht unbedingt auf den Pfennig schauen müssen.“

## Gratis-Tips für alle

vom Bundeswirtschaftsministerium, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach, 5300 Bonn. Einfach Coupon ausfüllen, auf Postkarte kleben und mit 60 Pf frankiert absenden.

- Starthilfe (Leitfaden für Existenzgründer)
- Der Weg in die Selbständigkeit (Fördermaßnahmen)
- Erfolgreich durch Beratung (Beratungshilfen)
- Das ERP-Programm (Finanzierungshilfen)
- Exportfibel
- Das Handwerk

Name: .....

Straße: .....

PLZ / Wohnort: .....

FREIE BERUFE / Einzelkämpfer mit Beratungspflichten

# Wovon heute die Dynamik abhängt

Von VOLRAD DENEKE

Die freien Berufe - Heilberufe, Rechts- und Wirtschaftsberufe, Ingenieurberufe und Architekten, selbständige pädagogische, psychologische und übersetzende Berufe, nicht zuletzt die freien publizistischen und künstlerischen Berufe - durchdringen mit ihren Dienstleistungen nicht nur das gesamte Wirtschaftsleben, sondern auch unser Privatleben.

Natürlich bewirkt erfolgreiche ärztliche Behandlung für jedermann nicht nur die Wiederherstellung des persönlichen und privaten Wohlbefindens, sondern auch die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Für den selbständigen Handwerker und Einzelhändler aber hat dies einen eigenen Stellenwert, weil an seiner eigenen persönlichen Arbeitskraft ja auch

selbständigen Betrieben tätigen Arbeitnehmer betreffen.

In den Bereichen des sogenannten „alten“ Mittelstandes, in Landwirtschaft, Handwerk, Kleingewerbe, Einzelhandel und freiberuflichen Tätigkeiten, sind traditionell in großer Zahl die familiären Lebensbereiche baulich mit den betrieblichen und beruflichen Lebensbereichen zu einer funktionalen Einheit, mindestens zu einem funktionalen Verbund verknüpft. So gilt es auch für Architekten und Ingenieure, in ihren Dienstleistungen für den gewerblichen Mittelstand und die freien Berufe besondere Aufgaben zu bewältigen, wie sie sich nur in diesem mittelständischen Strukturen stellen.

Die Liste der Beispiele ließe sich für nahezu alle Dienstleistungsangebote der freien Berufe bis hin in die besonderen Informations- und Fort-

nicht oder zur Bedeutungslosigkeit minimiert hat, und in denen die Berufe der Ärzte und Architekten verstaatlicht, die freie Advokatur und die Steuerberatung zu Erfüllungshelfern der Staatsmacht umfunktioniert worden sind. Der Verlust an wirtschaftlicher Initiative und privater Lebensqualität in geplant dirigierten Volkswirtschaften ist unmittelbare Folge der Verstaatlichung freier Berufstätigkeiten und mittelstandsständlicher Planwirtschaft.

Für die Bundesrepublik Deutschland liegt damit als Konsequenz auf der Hand, daß sich die sozialen und wirtschaftlichen Funktionen des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe einander in besonders effizienter Weise zum Wohle des wirtschaftlichen und sozialen Ganzen ergänzen und durchdringen. Wirtschaft, Sozial- und Steuerpolitik, gerade in Zeiten der christlich-liberalen Koalition, mußten dementsprechend sehr viel nachdrücklicher als bisher beachten, daß von der Erhaltung und Entfaltung dieses Wirtschaftsbereiches die Prosperität des gesamten Wirtschaftslebens abhängt.

Sozial- und steuerrechtliche Ungleichbehandlung der Selbständigen gegenüber den Arbeitnehmern fördert dagegen noch immer den zahlenmäßig bedenklichen Schrumpfungsprozeß im Gesamtbereich von Landwirtschaft und gewerblichem Mittelstand. Nachwuchsdruck und Kostendämpfungspolitik bewirken forcierte Minimierung der durchschnittlichen Realeinkommen in weiten Bereichen der freien Berufe.

Ermutigend ist, daß innerhalb des Mittelstandes selbst die Gemeinsamkeiten der wirtschaftlichen Interessenssituation mit den rund 350 000 Selbständigen in den freien Berufen immer klarer erkannt werden. Ermutigend ist auch, daß die hier vorgetragenen Grundgedanken in der Spitze des Bundeswirtschaftsministeriums erkannt sind, wenn auch die Umsetzung der analytischen Erkenntnisse in politisches Handeln nicht leichter geworden ist, weil - wie das Beispiel der steuerlichen Diskriminierung der Vorsorgeaufwendungen der Selbständigen zeigt - steuerliche Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft in diesen lange von der Politik vernachlässigten Bereichen nicht unerheblich haushaltsrelevante Ausmaße erreicht haben.



Volrad Deneke ist freiberuflicher Fachjournalist in Bonn. Er studierte Nationalökonomie und Sozialwissenschaften in Berlin. Mehrere Jahre war Deneke Hauptgeschäftsführer des Hartmannbundes und der Bundesärztekammer in Bonn.

seine ganze wirtschaftliche Existenz und die seiner Mitarbeiter hängt, während Arbeiter, Angestellte und Beamte in aller Regel in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Existenz durch das Krankheitsrisiko nur in außergewöhnlichen Schicksalsfällen existentiell gefährdet sind.

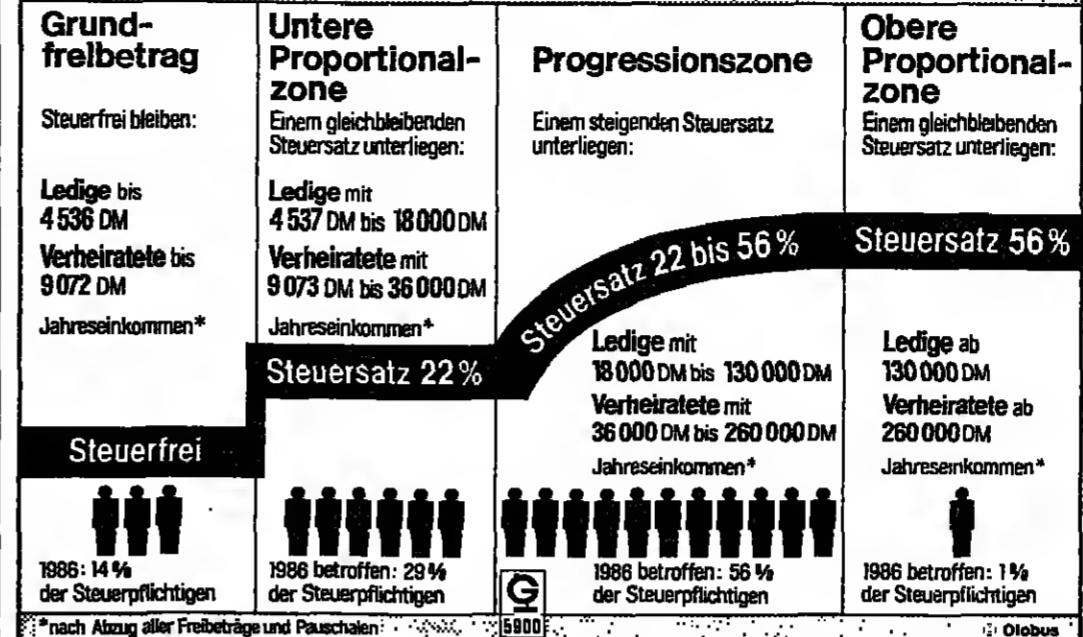
Vergleichbares gilt in der Rechtsberatung und in der Steuerberatung. Die rein privatrechtliche Auseinandersetzung, beispielsweise bei einer Scheidung, greift vielfach tief in das mit dem Privatvermögen identische Betriebsvermögen ein. Die menschlichen und privaten Probleme sind stets angereichert um betriebswirtschaftliche Dimensionen, die auch das Berufschicksal vieler in den mit-

bildungsaufgaben der Fachpublizistik vermehren. Überall wird deutlich, daß die besondere Flexibilität der freiberuflichen Dienstleistungen der Lebens- und Arbeitsweise, dem Lebensgefühl im Mittelstand, also einschließlich des sogenannten „neuen“ Mittelstandes der Beamten, Angestellten und qualifizierten Facharbeiter, optimal zu dienen vermag.

Welche Vielfalt des wirtschaftlichen Lebens durch dieses Zusammenspiel von freien Berufen und gewerblichem wie landwirtschaftlichem Mittelstand erblüht, kann man sehr deutlich erkennen, wenn man zum Vergleich das wirtschaftliche und soziale Leben in Ländern beachtet, in denen die Planwirtschaft den selbständigen Mittelstand ver-

## Viergeteilter Steuertarif

Aufbau des Einkommensteuertarifs ab 1986



Notwendige Korrektur: Der Tarif der Lohn- und Einkommensteuer in der Bundesrepublik Deutschland ist auf dem Prinzip aufgebaut, daß Besserverdienende eine größere Steuerlast tragen können als geringer Verdienende. Der Steuerprozentsatz steigt deshalb von gewissen Einkommengrenzen an, er ist progressiv (voraus-

DAS PORTRÄT / Bietet einen speziellen Service: Der Journalist und Gründer des „Raum 41“, Walter Smerling

## Aufbruchstimmung in der Bonner Kunstszenen

Daß die Besucherzahlen der Museen die der Fußballstadien längst überschritten haben, dringt allmählich ins öffentliche Bewußtsein; daß hinter diesen Rekordzahlen ebenso harter Einsatz der Kulturarbeiter steckt wie der ihrer lückenden Kollegen, wird dagegen vielfach ignoriert. Eine fertig eingereichte Ausstellung läßt auch kaum auf die Mühen einer nicht selten jahrelangen Vorbereitungsphase schließen. Das öffentlich zugängliche Endprodukt präsentiert sich übersichtlich und ästhetisch, die Spuren der Arbeit sind sorgsam beseitigt.

Immer noch werden millionenteure Museumsbauten errichtet, die diesem Mißverständnis Vorschub leisten, indem sie einer sterilen Ausstellungsästhetik nachhängen. Einem veränderten, erweiterten Kunstbegriff muß eine veränderte Kunstvermittlung entsprechen. Bloß, wer leistet sie?

Die Aktivitäten des Bonner „Raum 41“ und seines Gründers und Initiators Walter Smerling gehören in diesen Zusammenhang. Der gerade erst 27jährige Fernsehjournalist hat durch die Arbeit an seinen Filmen und insbesondere durch die Forderung nach „Bewegungsabläufen“ die Probleme der Vermittlung von Kunst nachhaltig kennengelernt.

In der Aufbruchstimmung der „1. Bonner Kunstwoche“ Ende September 1984 faßte Walter Smerling Mut und eröffnete in einem leerstehenden Ladenlokal in der Wolfstraße 41 den „Raum 41“. Auf zwei Etagen veranstaltet er dort seitdem gleichzeitige oder nacheinander vielfältige kulturelle Veranstaltungen, ganz offensichtlich mit einem besonderen Hang für die junge, lebendige Kunstszenen. Videofestivals, Dichterlesungen, experimentelles Theater, Performances, Fachtagungen von Kunstvermittlern, Podiumsdiskussionen scharen sich

um die Ausstellungen bildender Künstler. Das interdisziplinäre und Multimediale ist Programm.

„Kunst hat mit Kommunikation zu tun“, sagt der Journalist Walter Smerling, den typische Macberqualitäten kennzeichnen („Wenn es schwierig wird, wird es erst richtig interessant.“), und gründete die Zeitschrift „Neue Kunst“ in Bonn, die sich kritisch mit Kunst und Kultur auseinandersetzt.

Ohne eine Reihe freundschaftlicher Helfer, Kunstenthusiasten, wäre der Betrieb wohl nicht aufrechtzuerhalten. Kunst und Kunstvermittlung werden vom Publikum immer noch nicht hoch genug geschätzt. Kunst gilt entweder als Luxus und damit als verzichtbar, oder als Freizeitbedarf, den man aber hitte zum Nulltarif konsumieren möchte.

Daß Kunst nicht nur von Köpfchen kommt, sondern eng mit Knochenarbeit verbunden ist, läßt sich nur

schwer vermitteln. Ein Kunstraum ist im Kern ein Dienstleistungsunternehmen, das den Service Kunst bietet. Ein 14-Stunden-Tag ist keine Seltenheit. Die meiste Zeit geht mit Büroarbeit drauf, mit Telefonieren und Organisieren, für Gespräche und Verhandlungen.

Der Kunstvermittler muß heute so kreativ sein, wie der Künstler, um diesem folgen zu können. Kreativ sein heißt auch, Geld beschaffen für die nächsten Ausstellungen und Kataloge.

Die sich zunehmend abkapselnde Kunst kann nur erfahrbar werden, wenn sie in erkennbare Zusammenhänge gestellt wird. Der Kunstvermittler Walter Smerling ist ein Überzeugungsstärker. Der „Raum 41“ ist ein Ort, an dem von vielen Seiten Kreativität zusammenströmt. Nur läßt sich Kreativität nicht in Geldwerten messen. GÜNTER GOMBRICH

## Beweglichkeit. Erweitern Sie den Freiraum für Ihre betrieblichen Finanz-Dispositionen.



### Betriebsmittelkredite und Kontokorrentkredite für den kurzfristigen Finanzbedarf.

Es gibt Zeiten, in denen ist es einfach günstiger, Lieferantenkonti auszunutzen - z. B. auch unter Beanspruchung eines Betriebsmittel- oder Kontokorrentkredites.

Sprechen Sie jetzt mit Ihrem Firmenkundenbetreuer über die Erweiterung Ihres Kreditrahmens. Übrigens: Auch Investitionsdarlehen und öffentliche Förderungsprogramme sind jetzt besonders günstig.



# Das beste ist: eine gute Versicherung.

# SIGNAL VERSICHERUNGEN

Joseph-Scherer-Straße 3, 4600 Dortmund 1

KREDIT-GENOSSENSCHAFTEN / Bei der Hausbank heimisch fühlen

# Maßgeschneiderte Finanzierung

Von BERNHARD SCHRAMM

Heute sind nahezu zwei Drittel aller mittelständischen Unternehmer, rund 80 Prozent der Freiberufler und rund 75 Prozent der Land- und Forstwirte Mitglieder von Genossenschaftsbanken. Mehr als zwei Drittel aller selbständigen Mittelständler wickeln also Bankgeschäfte mit einer Volksbank oder Raiffeisenbank ab. Diese hohe Quote überrascht nicht, wenn man weiß, daß die genossenschaftlichen Banken ihre originäre Aufgabenstellung unverändert beibehalten haben: optimale Förderung und Betreuung der mittelständischen Mitglieder und Kunden sowie aktive Unterstützung in allen bankwirtschaftlichen Fragen.

Als Hausbanken der mittelständischen Unternehmen bieten Volksbanken und Raiffeisenbanken nicht

die kleinen und mittleren Betriebe des Mittelstandes selbst über ausreichende Kenntnisse und Erfahrung, um die für ihre Investitionsentscheidung wichtigen Einzelfragen allein zufriedenstellend beantworten zu können.

Mit Hilfe der Investitions- und Finanzberatung der genossenschaftlichen Banken werden sie jedoch in die Lage versetzt, den Finanzierungsbedarf in der Phase betrieblicher Veränderungen zu ermitteln und einen auf die speziellen Bedürfnisse des Unternehmens abgestimmten Finanzierungsplan zu erstellen. Dabei können u. a. der Kapitaldienst und die nachhaltige Kapitaldienstgrenze bei gleichzeitiger Überprüfung der Rentabilität des Investitionsvorhabens und Errechnung des umsatzbedingten Liquiditätszuflusses ermittelt werden.

werden. Diese branchenmäßig und regional sehr differenzierten Angebote machen es beinahe unmöglich, daß ein einzelnes mittelständisches Unternehmen die vorteilhafteste Förderleistung selbst auswählen kann. Deshalb sind die Genossenschaftsbanken beratend bei der Auswahl und Vermittlung von öffentlichen Förderleistungen behilflich.

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken bieten auch eigene mittelstandsbezogene Programme an, zum Beispiel ein Starthilfeprogramm für Junghandwerker. Kombiniert werden dabei ein Spar- und ein Kreditprogramm zu günstigen Konditionen in Verbindung mit fachlicher Beratung seitens der Bank.

Die Flexibilität der genossenschaftlichen Banken kommt aber nicht nur in solchen auf die speziellen Bedürfnisse der mittelständischen Unternehmen abgestimmten Aktionen zum Ausdruck. Sie erweist sich vielmehr im tagtäglichen Geschäft in Form schneller und unbürokratischer Entscheidungen. Die aus dieser engen Verbindung erwachsende spezielle Kenntnis der Unternehmen und der Märkte, auf denen diese agieren, erlaubt es ihnen, den Finanzierungsbedarf und die Ertragskraft ihrer Kundschaft einzuschätzen.

Serviceleistungen haben bei Volksbanken und Raiffeisenbanken einen besonders hohen Stellenwert. Dies kommt beispielsweise in umfassenden Beratungen zu allen Fragen des für mittelständische Unternehmen immer bedeutsameren Außenhandels zum Ausdruck. Gleiches gilt etwa für Leasing und Factoring, wo die genossenschaftliche Bankengruppe ebenso über eigene Spezialunternehmen verfügt wie zum Beispiel in der Versicherungswirtschaft. Besonders ausgehildete Firmenkundenberater stehen zur Verfügung, die die Risiken und ihre Versicherbarkeit überprüfen, Empfehlungen zur Optimierung des Versicherungsschutzes geben und vermittelnd tätig sind.

Diese wenigen Beispiele belegen: So vielfältig der Mittelstand, so vielfältig und umfassend sind die Finanzierungs- und Beratungsleistungen der auf ihn ausgerichteten genossenschaftlichen Banken. Sie dürfen sich deshalb mit Fug und Recht als die Finanziers und Berater der mittelständischen Wirtschaft bezeichnen.



Bernhard Schramm ist seit 1980 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR). Er hat außerdem wichtige Funktionen als Aufsichtsrat bei Banken inne und ist Präsident der Genossenschaftsbanken der EG.

nur maßgeschneiderte, individuelle Lösungen für Finanzierungsprobleme, sie beraten ihre Kunden und Mitglieder auch in betrieblichen und finanziellen Fragen. Sie wissen, was die mittelständische Unternehmerkundschaft von ihnen erwartet:

- Leistungsfähigkeit und Fachkompetenz,
- Kombination von Bankleistung und problembezogene Beratung,
- bestmögliche Konditionen,
- Flexibilität und Schnelligkeit bei allen Entscheidungen.

Investitionen sind in der Regel mit erheblichen Risiken und Belastungen verbunden. Eine Vielzahl von Parametern, vor allem im betriebswirtschaftlichen Bereich, müssen berücksichtigt werden. Nur selten verfügen

Jedes mittelständische Unternehmen sollte - was in Großbetrieben seit Jahren praktiziert wird - einen ständigen Überblick über seine aktuelle finanzielle und wirtschaftliche Situation haben. Dies kann über die Cash-flow-Rechnung erfolgen.

Die Genossenschaftsbanken haben im Interesse ihrer mittelständischen Kundschaft unter anderem die sogenannte Bilanzanalyse per Computer entwickelt. Sie gestattet eine Bilanzverteilung im Zeit- und Branchenvergleich und ist mit einer strukturierten Bilanzberatung verbunden.

Wichtig sind auch die Finanzierungshilfen von Bund und Ländern, die zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der mittelständischen Unternehmensstruktur bereitgestellt

FINANZIERUNG / Der langlaufende Kredit wird immer beliebter

# Jetzt das Zinsrisiko ausmanövrieren

Von WALTER KRÜGER

Investitionen sind der Motor für Wirtschaftswachstum und technischen Fortschritt in einer Volkswirtschaft. Dies macht die Entwicklung des Jahres 1985 deutlich, in dem die Unternehmen ihre Ausgaben für Maschinen und Ausrüstungen auf realer Basis um fast zehn Prozent erhöhten. Betrachtet man den wichtigsten Teilbereich dieser Unternehmen, das verarbeitende Gewerbe, so betrug die Wachstumsrate sogar 13 Prozent.

Auch für 1986 erwarten wir ein Anhalten dieser regen Investitionstätigkeit. Eine hohe Kapazitätsauslastung der Unternehmen, verbunden mit weiteren Auftragsengpässen, trägt zu der stabilen Investitionsneigung bei.

Entgegen naheliegenden Annahmen werden diese Investitionen aber keineswegs überwiegend von Großunternehmen bestritten. Die Statistik zeigt, daß das Gros der mittelständischen Unternehmen zum Investitionsprozeß wesentlich beiträgt. Zwar ist es einigermaßen spektakulär (und medienmäßig auch attraktiv), ein neues Automobilwerk, eine Anlage der Großchemie oder eine Walzstraße mit „großem Bahnhof“ einzulassen; dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sich das hohe gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen von vielen Milliarden Mark aus einer sehr großen Zahl von mittelständischen Projekten zusammensetzt. Es ist also Tag für Tag in vielen Unternehmen eine Vielzahl von Investitionsentscheidungen zu treffen.

Obwohl es eine Reihe von Einflüssen sind, die diese Investitionsentscheidungen beeinflussen - wie etwa die zukünftige Absatz- und Ertragsentwicklung oder die Absicht, Produktinnovationen vorzunehmen -, messen nach unserer Erfahrung die Unternehmen auch dem Zinsniveau eine große Bedeutung bei. Im Regelfall wird der Investor die erwartete Rendite für das langfristig eingesetzte Kapital mit den Kosten für dessen Bereitstellung vergleichen. Je mehr diese Rendite dabei die Finanzierungskosten übersteigt, um so wirtschaftlicher erscheint die Durchführung der Investition. Dies läuft darauf hinaus, daß nicht nur ein Ertragsrückgang, sondern auch ein Zinsanstieg die Rentabilität einer Investition gefährden kann.

Eine andere Frage ist, in welcher

Weise das Vorhaben finanziert wird. Theoretisch stehen dem Investor eigene Mittel, Beteiligungskapital oder Fremdmittel zur Verfügung. Wegen der bekannten Eigenkapitalknappheit der deutschen Unternehmen hat die Kreditaufnahme ein besonderes Gewicht. Hinsichtlich der Art und Fristigkeit können hierbei (in vereinfachter Form) folgende Varianten unterschieden werden: kurzfristige zinsvariable Kredite und langfristige Festzinsdarlehen.

Kennzeichen eines kurzfristigen und damit zinsvariablen Kredits ist es, daß die Konditionen praktisch je

Annahme des Investors nicht zu einem Rückgang des Zinsniveaus, sind unter Umständen erhebliche zusätzliche Kostenbelastungen die Folge. Geht diese Entwicklung zudem mit sinkenden Unternehmenserträgen einher, droht möglicherweise ein Abrutschen in die Verlustzone. Insbesondere zu Beginn der achtziger Jahre hat sich diese Strategie der Kurzfristkredite als Fehlschlag erwiesen.

Eine große Entlastung für die Unternehmen bieten dagegen langfristige Festzinskredite. Zins- und Tilgungsleistung sind bei dieser Kreditvariante fest und überschaubar. Die Investition wird mit langem und ruhi-

bei den Unternehmen ist die nach dem optimalen Finanzierungszeitpunkt. Natürlich möchte sich jeder Investor erst dann langfristig binden, wenn die Zinsen ihren Tiefpunkt erreicht haben. Unsere Erfahrung als Partner der mittelständischen Unternehmen gerade auch bei der Festzinsfinanzierung geht allerdings dahin, daß es kaum möglich erscheint, den Zeitpunkt für ein derartiges Zinsfest genau zu prognostizieren. Ein sehr anschauliches Beispiel liefert hierfür die jüngste Vergangenheit. So hat die Mehrzahl der Ökonomen im Frühjahr dieses Jahres unterstellt, daß sich die Zinsen Schritt für Schritt zurückbilden und in der zweiten Jahreshälfte ihren Tiefpunkt erreichen würden.

Die Wirklichkeit sah dagegen, vielleicht auch nur vorübergehend, ganz anders aus. Grenzüberschreitende Kapitalbewegungen, Spekulationen auf politische Änderungen und andere Motive haben nämlich den Zinshorizont an unserem Kapitalmarkt erheblich verdunkelt. Das Ergebnis ist, daß das Zinsniveau von April bis Mitte Juni um etwa einen Prozentpunkt angestiegen ist. Wer also damals auf sinkende Zinsen gesetzt hat, ist einwilligen von der Wirklichkeit eines Besseren belehrt worden.

Was bedeuten diese Zusammenhänge für einen Investor? Es ist wenig sinnvoll, eine Entscheidung nach kurzfristig wechselhaften Zinsersparungen auszurichten. Die wichtigere Frage ist vielmehr die, ob das Investitionsvorhaben nach Abschätzung der zukünftigen Absatz- und Ertragsausichten eine ausreichende Rendite erwarten läßt. Kann diese Frage mit einem „Ja“ beantwortet werden, dann sollte nicht mit einer risikobehafteten kurzfristigen Finanzierung auf mögliche Zinsersparnisse spekuliert, sondern für einen Festzinskredit optiert werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Zinsniveau als niedrig angesehen werden kann.

Unternehmen mit lohnenden Investitionsprojekten kann daher geraten werden, bei diesem Zinsniveau die Finanzierung festzuschreiben, um mit ruhigem Geld die weiteren Herausforderungen der nationalen und internationalen Wettbewerber bestehen zu können.

Der Autor ist Sprecher des Vorstands der Industriekreditbank AG - Deutsche Industriebank



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

denzeit seitens der Bank der jeweiligen Marktentwicklung beziehungsweise der Konkurrenzsituation angepaßt werden können. Der Kreditnehmer ist damit unter Umständen sehr stark von unerwarteten Marktverhältnissen abhängig, zudem ist seine zukünftige Zinsbelastung nur mit einer großen Fehlermarge kalkulierbar.

Ähnliche Probleme ergeben sich für den Investor bei der Aufnahme eines Eurokredits, bei dem der Zinssatz entsprechend der jeweiligen Entwicklung des Libor-Satzes alle drei oder sechs Monate angepaßt wird. Jede Zinsveränderung wird damit unmittelbar auf den Kreditnehmer überwälzt, was für ihn Chance, aber eben auch Risiko bedeuten kann. Kommt es beispielsweise im Gegensatz zur

gen Kapital finanziert. Weder besteht die Gefahr einer möglichen Kreditlückensituation noch die einer plötzlichen Einengung der Liquidität. Gerade dieser letzte Aspekt wird aber nicht selten unterschätzt, gilt es doch, bei jeder Investitionsmaßnahme vor allem auch für eine abgesicherte Liquidität des Unternehmens zu sorgen. So ist beispielsweise ins Kalkül zu ziehen, daß der Cash-flow wegen steigender Debitorenbestände oder erhöhter Vorratsbildung kurzfristig stärker als geplant beansprucht werden kann. In einer derartigen Situation Finanzierungsreserven zu haben, kann sich für ein Unternehmen als sehr nützlich erweisen.

Eine immer wiederkehrende Frage

## 1931 - 1986: 55 Jahre BADENIA

### Ein erfolgreiches Unternehmen erobert die Zukunft



#### Unser Kurs stimmt.

Es ist schon Tradition: Auch im Jahr 1985 hat die BADENIA-Bausparkasse AG, Karlsruhe, wieder Spitzenresultate erzielen können. Im Antragsgeschäft konnten 3 Milliarden DM Bausparsumme deutlich überschritten werden, die Bausparsumme des eingelösten Neugeschäftes konnte um 16%, die Stückzahl gar um 25% gesteigert werden. Diese Erfolge sind für uns Verpflichtung, auch im laufenden Jahr Spitzenleistungen im Dienste unserer Kunden zu erbringen.



Karlstraße 52-54 · 7500 Karlsruhe 1 · Telefon 07 21/81 98-0

## Partner DEG: Investitionen in Entwicklungsländern

Unsere Erfahrungen basieren auf der Mitfinanzierung von rund 350 Unternehmen und Entwicklungsbanken in über 75 Entwicklungsländern.

### Unser Leistungsangebot:

- Wir übernehmen Beteiligungen an neu zu gründenden Projektgesellschaften oder bestehenden Unternehmen in Entwicklungsländern.
- Wir gewähren beteiligungsähnliche Darlehen an joint ventures.
- Wir übernehmen Garantien und Bürgschaften.
- Wir gewähren Refinanzierungsdarlehen an deutsche Unternehmen im Rahmen des Programms der Bundesregierung zur Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern.
- Wir bieten mittleren deutschen Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu DM 50 Mio ein spezielles Finanzierungsprogramm mit Vorzugskonditionen. Projektindividuell kann dieses Programm auch für Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu DM 300 Mio angewendet werden.
- Wir stellen den Betrieben der Kleinindustrie und des Handwerks mit einem Umsatz bis zu rund DM 10 Mio im Jahr und bis zu rund 50 Beschäftigten für ein unternehmerisches Engagement in Entwicklungsländern ein zusätzliches Finanzierungsprogramm mit weiter gefaßten Vorzugskonditionen zur Verfügung.
- Wir vermitteln zusätzliche Finanzierungen durch internationale und nationale Entwicklungsbanken.
- Wir beraten deutsche Unternehmen über die Möglichkeiten von Investitionen in Entwicklungsländern.
- Wir führen deutsche Unternehmen mit Unternehmen aus Entwicklungsländern, die an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert sind, in konkreten Projekten zusammen.

**DEG - Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH**

Belvederestraße 40 · D-5000 Köln 41 (Müngersdorf) · Telefon: (0221) 4986-1



STEUERREFORM / Die Vorstellungen der FDP-Bundestagsfraktion

# So wenig Ausnahmen wie möglich

Von HANS H. GATTERMANN

Die politische Diskussion über eine größere Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode ist entbrannt. Als erste Partei hat die FDP ihre Vorschläge für eine einfache, faire, leistungs- und wachstumsfreundliche Besteuerung von Bürgern und Unternehmen, den „Marktwirtschaftlichen Steuerkurs 1987“, schon im Sommer 1985 der Öffentlichkeit vorgestellt und auf dem Bundesparteitag in Hannover Ende Mai 1988 als Parteiprogramm beschlossen.

Aus den beiden Volksparteien

te Grundfreibeträge, erhöhte Kinderfreibeträge und Beibehaltung des Ehegattensplittings.

- In Weiterführung dieses Gedankens müssen auch die Aufwendungen steuerfrei sein, die zur Vorsorge gegen Alter, Krankheit und Not aufgewendet werden müssen. Dabei darf es keine Ungleichbehandlung zwischen unselbständig und selbständig Tätigen mehr geben.

Wegen der derzeitigen Diskriminierung der Vorsorgeaufwendung der Selbständigen ist dies eine bedeutsame und wirksame Forderung für den selbständigen Mittelstand.

Familie bestreiten müssen, vielmehr aus diesen Gewinnen auch die Eigenkapitalausstattung der Betriebe verbessern und Investitionen finanzieren müssen.

Hier liegt der Schlüssel für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für mehr Beschäftigung, dies ist nicht die Spielweise für neidorientierte Verteilungskämpfe.

- Das Steuerrecht muß im Unternehmensbereich rechtsform-neutral gestaltet sein. Wir wollen nicht, daß alle unternehmerisch tätigen Menschen in die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft flüchten. Unsere gewachsene Unternehmensstruktur muß erhalten bleiben. Praktisch bedeutet dies, daß die notwendige Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer erfolgen muß.

Dann kann auch die heutige unterschiedliche steuerliche Belastung von ausgeschütteten und nicht ausgeschütteten Gewinnen bei der Körperschaftsteuer anfallen, wie die Kapitalertragsteuer abgeschafft werden kann.

- Neben der Einkommen- und Körperschaftsteuer sind deutsche Unternehmen mit zusätzlichen Steuern belastet, die im internationalen Wettbewerb für die deutsche Wirtschaft hinderlich und schädlich sind. Deshalb fordert die FDP die Abschaffung der betrieblichen Vermögenssteuer, der Börsenumsatzsteuer, der Gesellschaftsteuer und die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine gemeindefreundliche Alternativfinanzierung. Auch müssen die Regelungen über den sogenannten Verlustvortrag und Verlustrücktrag verbessert werden.

- Aus Finanzierungs-, insbesondere aber auch aus ordnungspolitischen Gründen ist ein Kernstück des FDP-Konzepts, daß tunlichst alle Einnahmen tatsächlich und rechtlich der Besteuerung unterworfen werden.

Im Klartext bedeutet dies, daß steuerliche Ausnahme- und Sonderregelungen, steuerfreie Bezüge und Freibeträge unterschiedlichster Art, aber auch Subventionen in Form direkter staatlicher Zuschüsse soweit wie möglich abgebaut bzw. eingeschränkt werden müssen. Die Maxime lautet: so wenig Ausnahmen wie nötig, so niedrige Tarife wie möglich.

- Last but not least ist eine Voraussetzung für die politische Umsetzung



Hans H. Gattermann ist Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundestages. Der Rechtsanwalt und Notar studierte in Marburg und Berlin und legte seine Staatsprüfungen ab. Er betreibt seine Praxis in Dortmund.

CDU/CSU und SPD hört man noch Widersprüchliches. Hier ist der Diskussionsprozeß offenbar noch nicht zu einem Ergebnis gekommen.

Das FDP-Konzept verfolgt die nachfolgenden Grundsätze:

- Eine entlastende Steuerreform darf nicht auf spezielle Gruppen zugeschnitten sein, nicht auf Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen (SPD), nicht auf spezielle Unternehmensformen (BDI), auch nicht auf kleine und mittlere Unternehmen und Unternehmer (ZDF), vielmehr müssen die Steuern für alle steuerpflichtigen Bürger und Unternehmen einfacher, gerechter und insbesondere niedriger sein.

- Steuerpflichtigen dürfen nur solche Bürger treffen, die mehr Einkünfte erzielen, als sie für die Bestreitung ihrer und ihrer Familie Existenz benötigen. Eine Kernforderung des Konzepts lautet deshalb: „Steuerfreiheit des Existenzminimums“. Praktisch bedeutet dies: wesentlich erhöh-

- Die Kernforderung des FDP-Konzepts lautet: Alle progressiv besteuerten Steuerbürger müssen nachhaltig entlastet werden. Praktisch bedeutet dies: Einführung eines maßig und gleichmäßig ansteigenden Progressionstarifs, der bei einem Höchststeuersatz unter 50 Prozent endet (linearprogressiver Tarif).

Diese Forderung wird politisch polemisch mit dem Vorwurf bekämpft, das sei Steuerpolitik für Reiche. Dabei wird übersehen, daß die Absenkung des Spitzensteuersatzes eine logische Konsequenz des linearprogressiven Tarifs ist.

Es wird insbesondere übersehen, daß dies kein Steuertarif für angestellte Chefsätze oder Bankmanager ist, sondern ein Steuertarif für alle Bürger, also auch für Handwerker, Freiberufler, offene Handelsgesellschaften, kurz für die Mehrzahl aller deutschen Unternehmen, die aus Gewinnen nicht nur den Lebensunterhalt für den Unternehmer und seine

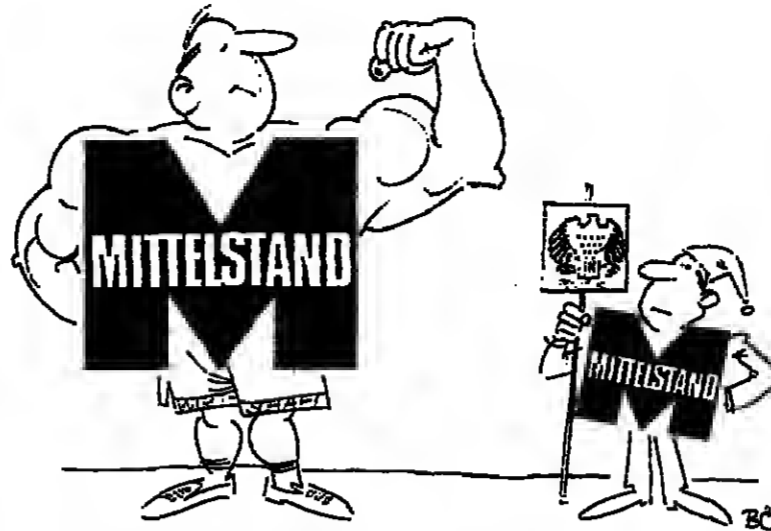
verbesserungen sind faktisch Investitionslenkung, Abschreibungen müssen sich am betriebswirtschaftlichen Werteverzehr orientieren, an sonst gar nichts.

Das Dilemma der Diskussion über eine mittelstandsfreundliche Steuerreform liegt in der Skepsis der betroffenen Unternehmen und Unternehmer gegenüber der politischen Kraft zur Umsetzung einer wirklichen Steuerreform auf der Grundlage des Konzepts der FDP. Die Forderungen sind von der Spruchweisheit geprägt: „Der Spatz in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dach.“

Im Kern geht es darum, daß dem unternehmerisch tätigen Steuerbürger mehr des von ihm erwirtschafteten Erfolges zur wirtschaftlichen Disposition verbleibt. Das ist Voraussetzung für die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Das ist Voraussetzung für den notwendigen Eigenfinanzierungsanteil an Investitionen. Das ist Voraussetzung für die flexible Anpassung an sich wandelnde Märkte und Verbrauchergewohnheiten.

Das ist Voraussetzung für Aufnahme und Umsetzung des technologischen Fortschritts zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn das unbestritten ist, dann kann man nicht die Augen vor der Wahrheit verschließen, daß kein noch so wohlmeinender Gesetzgeber für alle Wechselfälle des wirtschaftlichen Lebens die erforderlichen finanziellen Handlungsspielräume durch gezielte Steuerentlastung schaffen kann, von dem administrativen und bürokratischen Aufwand ganz abgesehen. Es gibt nur eine Antwort: Allgemeine Steuerentlastung und eigenverantwortliche Unternehmensentscheidung.

Teilprivilegien des nicht entnommenen Gewinns provozieren umfangreiche staatliche Kontrollen und in letzter Konsequenz gesellschaftliche Mitbestimmung über solche Gewinne. Differenzierte Abschreibungs-



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

des FDP-Konzepts und seine seriöse Finanzierung eine konsequente Fortsetzung der derzeitigen Konsolidierungspolitik. Praktisch heißt dies: Noch über viele Jahre hin müssen die Zuwächse öffentlicher Ausgaben unterhalb der Zuwächse öffentlicher Einnahmen gehalten werden, weil nur so der erforderliche Handlungsspielraum zur Finanzierung der Steuerreform gewonnen werden kann.

- In Zahlen bedeutet dies alles, daß basierend auf den Haushaltszahlen des Jahres 1985, der Umfang der Steuerentlastungen zirka 45 Milliarden Mark ausmacht, daß zirka 25 Milliarden Mark durch Umschichtung zu finanzieren sind und daß mindestens 20 Milliarden Mark echte Steuerentlastung sind.

Die FDP behauptet: Dies ist das beste denkbare Konzept einer „Steuerreform für den Mittelstand“. Alle geforderten mittelstandsspezifischen Entlastungsmaßnahmen sind marktwirtschaftlich verfehlt, sie sind allzu kurzfristig an momentanen Entlastungswirkungen orientiert. Steuerstufende Investitionsrücklagen schaffen durch ihre zeitliche und höhenmäßige Limitierung erheblichen bürokratischen Aufwand bei den Unternehmen und den Verwaltungen, sie produzieren Investitionszwänge zur Unzeit, führen zu Fehlinvestitionen oder, im Falle der Nachversteuerung, zu kumuliertem Liquiditätsentzug durch Steuern bis hin zur Existenzgefährdung.

Teilprivilegien des nicht entnommenen Gewinns provozieren umfangreiche staatliche Kontrollen und in letzter Konsequenz gesellschaftliche Mitbestimmung über solche Gewinne. Differenzierte Abschreibungs-

verbesserungen sind faktisch Investitionslenkung, Abschreibungen müssen sich am betriebswirtschaftlichen Werteverzehr orientieren, an sonst gar nichts.

Das Dilemma der Diskussion über eine mittelstandsfreundliche Steuerreform liegt in der Skepsis der betroffenen Unternehmen und Unternehmer gegenüber der politischen Kraft zur Umsetzung einer wirklichen Steuerreform auf der Grundlage des Konzepts der FDP. Die Forderungen sind von der Spruchweisheit geprägt: „Der Spatz in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dach.“

Im Kern geht es darum, daß dem unternehmerisch tätigen Steuerbürger mehr des von ihm erwirtschafteten Erfolges zur wirtschaftlichen Disposition verbleibt. Das ist Voraussetzung für die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Das ist Voraussetzung für den notwendigen Eigenfinanzierungsanteil an Investitionen. Das ist Voraussetzung für die flexible Anpassung an sich wandelnde Märkte und Verbrauchergewohnheiten.

Das ist Voraussetzung für Aufnahme und Umsetzung des technologischen Fortschritts zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn das unbestritten ist, dann kann man nicht die Augen vor der Wahrheit verschließen, daß kein noch so wohlmeinender Gesetzgeber für alle Wechselfälle des wirtschaftlichen Lebens die erforderlichen finanziellen Handlungsspielräume durch gezielte Steuerentlastung schaffen kann, von dem administrativen und bürokratischen Aufwand ganz abgesehen. Es gibt nur eine Antwort: Allgemeine Steuerentlastung und eigenverantwortliche Unternehmensentscheidung.

verbesserungen sind faktisch Investitionslenkung, Abschreibungen müssen sich am betriebswirtschaftlichen Werteverzehr orientieren, an sonst gar nichts.

Das Dilemma der Diskussion über eine mittelstandsfreundliche Steuerreform liegt in der Skepsis der betroffenen Unternehmen und Unternehmer gegenüber der politischen Kraft zur Umsetzung einer wirklichen Steuerreform auf der Grundlage des Konzepts der FDP. Die Forderungen sind von der Spruchweisheit geprägt: „Der Spatz in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dach.“

Im Kern geht es darum, daß dem unternehmerisch tätigen Steuerbürger mehr des von ihm erwirtschafteten Erfolges zur wirtschaftlichen Disposition verbleibt. Das ist Voraussetzung für die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Das ist Voraussetzung für den notwendigen Eigenfinanzierungsanteil an Investitionen. Das ist Voraussetzung für die flexible Anpassung an sich wandelnde Märkte und Verbrauchergewohnheiten.

Das ist Voraussetzung für Aufnahme und Umsetzung des technologischen Fortschritts zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn das unbestritten ist, dann kann man nicht die Augen vor der Wahrheit verschließen, daß kein noch so wohlmeinender Gesetzgeber für alle Wechselfälle des wirtschaftlichen Lebens die erforderlichen finanziellen Handlungsspielräume durch gezielte Steuerentlastung schaffen kann, von dem administrativen und bürokratischen Aufwand ganz abgesehen. Es gibt nur eine Antwort: Allgemeine Steuerentlastung und eigenverantwortliche Unternehmensentscheidung.

verbesserungen sind faktisch Investitionslenkung, Abschreibungen müssen sich am betriebswirtschaftlichen Werteverzehr orientieren, an sonst gar nichts.

Das Dilemma der Diskussion über eine mittelstandsfreundliche Steuerreform liegt in der Skepsis der betroffenen Unternehmen und Unternehmer gegenüber der politischen Kraft zur Umsetzung einer wirklichen Steuerreform auf der Grundlage des Konzepts der FDP. Die Forderungen sind von der Spruchweisheit geprägt: „Der Spatz in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dach.“

Im Kern geht es darum, daß dem unternehmerisch tätigen Steuerbürger mehr des von ihm erwirtschafteten Erfolges zur wirtschaftlichen Disposition verbleibt. Das ist Voraussetzung für die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Das ist Voraussetzung für den notwendigen Eigenfinanzierungsanteil an Investitionen. Das ist Voraussetzung für die flexible Anpassung an sich wandelnde Märkte und Verbrauchergewohnheiten.

Das ist Voraussetzung für Aufnahme und Umsetzung des technologischen Fortschritts zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn das unbestritten ist, dann kann man nicht die Augen vor der Wahrheit verschließen, daß kein noch so wohlmeinender Gesetzgeber für alle Wechselfälle des wirtschaftlichen Lebens die erforderlichen finanziellen Handlungsspielräume durch gezielte Steuerentlastung schaffen kann, von dem administrativen und bürokratischen Aufwand ganz abgesehen. Es gibt nur eine Antwort: Allgemeine Steuerentlastung und eigenverantwortliche Unternehmensentscheidung.

verbesserungen sind faktisch Investitionslenkung, Abschreibungen müssen sich am betriebswirtschaftlichen Werteverzehr orientieren, an sonst gar nichts.

Das Dilemma der Diskussion über eine mittelstandsfreundliche Steuerreform liegt in der Skepsis der betroffenen Unternehmen und Unternehmer gegenüber der politischen Kraft zur Umsetzung einer wirklichen Steuerreform auf der Grundlage des Konzepts der FDP. Die Forderungen sind von der Spruchweisheit geprägt: „Der Spatz in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dach.“

Im Kern geht es darum, daß dem unternehmerisch tätigen Steuerbürger mehr des von ihm erwirtschafteten Erfolges zur wirtschaftlichen Disposition verbleibt. Das ist Voraussetzung für die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Das ist Voraussetzung für den notwendigen Eigenfinanzierungsanteil an Investitionen. Das ist Voraussetzung für die flexible Anpassung an sich wandelnde Märkte und Verbrauchergewohnheiten.

Das ist Voraussetzung für Aufnahme und Umsetzung des technologischen Fortschritts zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn das unbestritten ist, dann kann man nicht die Augen vor der Wahrheit verschließen, daß kein noch so wohlmeinender Gesetzgeber für alle Wechselfälle des wirtschaftlichen Lebens die erforderlichen finanziellen Handlungsspielräume durch gezielte Steuerentlastung schaffen kann, von dem administrativen und bürokratischen Aufwand ganz abgesehen. Es gibt nur eine Antwort: Allgemeine Steuerentlastung und eigenverantwortliche Unternehmensentscheidung.

# Was Unternehmer im Ausland wissen müssen

Von HORST SCHRÖDER

An der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zur zweitgrößten Handelsnation der Welt haben auch mittelständische Unternehmen einen wesentlichen Anteil. Ihre Auslandsorientierung konzentriert sich jedoch vor allem auf den Export. Auslandsinvestitionen - und besonders solche in den Entwicklungsländern - spielen bisher noch eine nachgeordnete Rolle.

Auslandsinvestitionen werden zu einer wichtigen Unternehmensstrategie, um Marktpositionen zu sichern, die durch den bloßen Export langfristig nicht mehr zu halten wären. Bisher ist der Kreis der deutschen Auslandsinvestoren noch klein.

Nur rund ein Prozent von ihnen haben knapp 70 Prozent aller Auslandsinvestitionen getätigt. Das bedeutet, daß Auslandsinvestitionen noch immer eine Domäne von Großunternehmen zu sein scheinen.

Von den insgesamt etwa 3500 Unternehmen, die im Ausland investiert haben, sind nur etwa 800 bis 1000 in Entwicklungsländern engagiert. Für die Zurückhaltung mittlerer und kleiner Unternehmen spielen historische Gründe und aktuelle Strukturprobleme eine Rolle: Sie können nicht auf ein Netz von Wirtschafts- und Kommunikationsbeziehungen aus kolonialer Vergangenheit zurückgreifen.

Zunächst bestanden genügend Wachstumsmöglichkeiten im Wiederaufbau des zerstörten Deutschlands und anschließend im erweiterten Markt der Europäischen Gemeinschaften und im traditionellen Export in der wachsenden Weltwirtschaft der 60er und der frühen 70er Jahre. Wichtiger aber noch dürften Schwierigkeiten sein, die sich aus der Betriebsstruktur mittelständischer Unternehmen ergeben:

- Eine zu enge Eigenkapitaldecke und der generell erhöhte Bedarf an Risikokapital bei Auslandsproduktionen können die Finanzplanung zu knapp ausfallen lassen und die Bereitstellung einer angemessenen Finanzierungsreserve verhindern.
- Mittlere Betriebe verfügen oft nicht über eine ausreichende Personalleiste, um ohne Schaden für das Mutterhaus fähige Manager und anderes Fachpersonal für den neuen Betrieb abzustellen.
- Mittlere Unternehmen haben in

der Regel keine Stabsabteilungen, die die notwendigen Vorabinformationen über Standortbedingungen und Investitionschancen in Entwicklungsländern beschaffen und für Planung und Organisation der Auslandsinvestition aufbereiten.

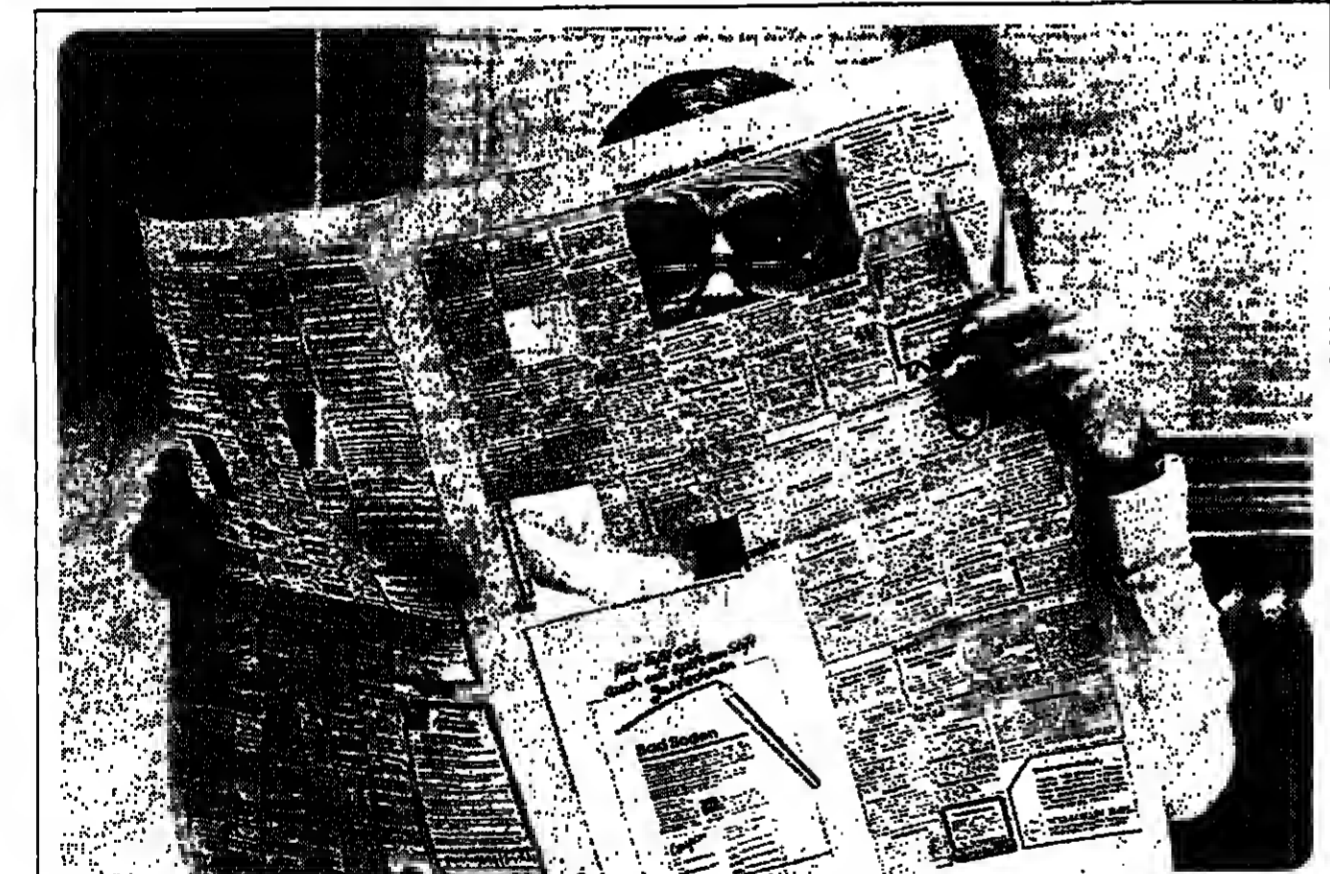
- Gemeinschaftsprojekte (Joint-venture) sind aufgrund der Investitionsgesetzgebung vieler Länder, aber auch aufgrund ihrer besseren Integration in das Gastland die geeignetste Investitionsform. Die richtigen Kontakte im Gastland anzuknüpfen und ausreichend über einheimische Unternehmenskultur und Marktverhältnisse informiert zu sein, um den richtigen Fachpartner zu finden, ist für den auslandsunerfahrenen, Unternehmer häufig schwierig.

Die DEG-Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH, Köln, ist das Finanzierungs- und Beratungsinstitut der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung privater Direktinvestitionen deutscher Unternehmer in Entwicklungsländern. Die Fördermaßnahmen der DEG setzen genau dort an, wo mittelständische Unternehmen besondere Schwierigkeiten bei der Verwirklichung von Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern haben.

Die DEG stellt Risikokapital in der Form von Beteiligungen, beteiligungsgleichen Darlehen, Garantien und Bürgschaften zur Verfügung zur besseren Finanzsicherung der Auslandsstöcher. Für Investitionsprojekte mit kleinen und mittleren deutschen Unternehmen und mit handwerklichen und kleinindustriellen Betrieben sind besondere Finanzierungsprogramme (Mittelstandsprogramm, HK-Programm) aufgelegt, nach denen Vorzugskonditionen eingeräumt werden können.

Seit ihrer Gründung 1962 hat die DEG 342 Projektgesellschaften in 77 Entwicklungsländern mit insgesamt 1,5 Milliarden Mark mitfinanziert und beraten. Von 39 Finanzierungszusagen in Höhe von 139 Millionen Mark im vergangenen Jahr entfielen knapp 60 Prozent und dem Wert nach rund ein Drittel der Finanzierungszusagen auf mittlere deutsche Unternehmen bis zu einem Jahresumsatz von maximal 300 Millionen Mark.

Der Autor ist Direktor der Deutschen Gesellschaft für Entwicklungspolitik (DEG) in Köln.



Zum Kaufen das gesamte Geld von Wüstenrot. Da blicken Sie durch.

Wenn Sie Ihr Wunschhaus gefunden haben, können Sie schnell einziehen. Selbst wenn Sie nichts geerbt, nicht im Lotto gewonnen oder keine Reichtümer geerbt haben.

Wie Sie auch heute Ihre Möglichkeiten sehen - wir finanzieren nicht nach »Schema F«, sondern nach dem neuen Schema Wüstenrot. Natürlich mit dem Bauspardarlehen, aber auch mit der I. Hypothek.

Wüstenrot heißt mehr als Bausparen: die gesamte Finanzierung aus einer Hand. Schnell und unkompliziert.

Rufen Sie noch heute den Wüstenrot-Berater an, den Spezialisten für das Bausparen und die gesamte Finanzierung. Er weiß Bescheid.

**wüstenrot**  
Zum Glück berät Sie Wüstenrot.

### Schadenverhütung gehört zur Unternehmensphilosophie

Mit Band 9 aus der Reihe 'Klarheit über Versicherungen' wollen wir über Fehlentwicklungen informieren und dadurch einen Beitrag zur Kostendämpfung leisten. Auf Anforderung senden wir Ihnen gern ein Exemplar zu. Gratis. Wir würden uns freuen, wenn das von Peter Hohl verfaßte Büchlein Ihr Interesse fände.

Karlsruher Vorsorgefachleute. Alles klar.

150 Jahre  
**Karlsruher**  
Versicherungen

Karlsruher Versicherungen  
Serviceabteilung  
Friedrich-Schöll-Platz · 7500 Karlsruhe 1  
Telefon 0721/39 22 35

FRANCHISING / Ein System, in dem jeder das volle Risiko trägt

# Ankoppeln an eine erprobte Verkaufsidee

KARL-HEINZ HEUSER

**D**ie Idee des mit Franchising bezeichneten neuen Vertriebsystems, das in einem wahrhaften Boom aus den USA herüber jetzt auch in der Bundesrepublik Fuß faßt, kommt nicht, wie man vielleicht annehmen möchte, aus Amerika, sondern aus Frankreich. Die Privilegien, die weltliche oder kirchliche Würdenträger im Mittelalter privaten Geschäftsleuten einräumten, wie etwa das Recht der Kaufleute gegen „Franchise“ oder, ins Deutsche oder Amerikanische übersetzt „Lizenz“-Verkaufsausstellungen, zu veranstalten, wurden so genannt.

In England wurde damit das Privileg, im Namen des Königs Steuern einzutreiben, bezeichnet. In den USA wurde mit Franchising zunächst in den Anfängen die Konzessionierung zur Erschließung von Land umschrieben.

Die heutige betriebswirtschaftliche Definition des Deutschen Franchiseverbandes ist da schon exakter: „Franchising ist ein vertikales kooperatives organisiertes Absatzsystem rechtlich selbständiger Unternehmen auf der Basis eines vertraglichen Dauer- und schuldverhältnisses. Das System tritt einheitlich am Markt auf und wird geprägt durch arbeitsteilige Leistungen der Systempartner sowie durch ein Weisungs- und Kontrollsystem zur Sicherung eines systemkonformen Verhaltens.“

Das Franchising als die „wirtschaftliche Verwertung von Wissenswerten“, wie der Europäische Gerichtshof in einem Urteil vom 28. Januar 1986 dieses System bezeichnete, findet auch in Deutschland immer mehr unternehmerische Anhänger.

Und auch das Spektrum der angebotenen Dienstleistungen und Produkte ist nahezu grenzenlos: Vom 1-2-3-Autoservice über den Eismann Tiefkühlheimservice, vom Computer-Distributeur Computerland, von den Sight & Sound-Sprachkursen, der Zeitplaner-Vermittlung Manpower, dem Modehaus Bleyle-Erbeo, den Obi-Bau- und Heimwerkermärkten bis hin zur Partnervermittlung. „Veriß mein nicht“ und natürlich der Systemgastronomie, angeführt von McDonald's, bedienen sich bekannte Marken und Namen des Franchising-Systems, ohne daß dies in der Öffentlichkeit besonders bekannt ist.

Um beim Beispiel McDonald's zu

bleiben: Von den mehr als 230 McDonald's-Restaurants in der Bundesrepublik gehören 131 privaten Unternehmern, die die Lizenz erworben haben, ihren Gastronomiebetrieb nach dem McDonald's-System zu führen. Daß die Franchise-Nehmer selbständige Unternehmer sind, haben sowohl der Europäische Gerichtshof als auch das Bundeskartellamt bestätigt.

Das Franchising ist damit eine Alternative und Auseinandersetzung mit einem, noch traditionell geprägten, Ideal vom Selbständig-Sein.

Vor allem für den Mittelstand, und damit für eine Vielzahl von kleinen und mittleren selbständigen Unternehmern, ist das Franchising als Kooperation zwischen Systemzentrale

Nehmern an. Zusätzlich zu der Lieferung der vielfältigsten Produkte oder Dienstleistungsidee werden die Franchise-Nehmer durch ein umfangreiches Servicepaket unterstützt.

Von der Werbung über die Betriebsorganisation bis hin zur Steuerberatung erfolgt eine Betreuung des einzelnen Franchise-Nehmers vor Ort durch die Systemzentrale.

Dies hat für den Unternehmer im System vielfältige Vorteile. Der wichtigste: Der Franchise-Unternehmer ist von vielfältigen bürokratischen Aufgaben des Tagesgeschäftes entlastet und kann sich voll auf seine eigentlichen unternehmerischen Aufgaben, nämlich auf den Einsatz des absatzpolitischen Instrumentariums, wie Werbung, Öffentlichkeitsarbeit,

einmal als erfolgreich getestete Geschäftsidee schneller als auf jedem anderen Vertriebsweg regional oder bundeseinheitlich vermarkten. Durch eine einheitliche Werbung, die einheitliche Ladengestaltung und die einheitliche Warenpräsentation wird ein starker Identifikationsgrad sowie ein eindrucksvolles Gruppenimage erzeugt.

In ökonomisch sinnvoller Weise wird so die unternehmerische Initiative Selbständiger mit dem professionellen Marketing eines Großunternehmens verknüpft.

Der regelmäßige Erfahrungsaustausch mit selbständigen Kollegen, die Beratung durch den Franchise-Geber, eine regelmäßige Schulung, aber auch die notwendige permanente Weiterentwicklung des Systems, machen das Franchising zu einer ernstzunehmenden Alternative zum völlig bezugsunkontrollierten Start in die Selbständigkeit.

Dem selbständigen Unternehmer- und Lizenznehmer muß auch durch eine geeignete Struktur der Systemzentrale Rechnung getragen werden. So kann sich der Franchise-Geber nicht auf die Produktion von interessanten Ideen beschränken, sondern muß auch die Umsetzung einer permanenten Optimierung unterstützen. Wichtig ist vor allem die Einräumung demokratischer Mitbestimmungsrechte der selbständigen Unternehmer durch Franchise-Geber.

Beim Gastronomiemarkt-Führer McDonald's beschließt das sogenannte „Hamburger-Parlament“ über die Umsetzung neuer Marketing-Strategien, über Art und Inhalt der Werbung, über Neuentwicklung von Produkten etc. Nur in einem demokratisch ausgeprägten System kann der einzelne Franchise-Nehmer auch seine Aufgaben mit dem notwendigen Nachdruck wahrnehmen.

Angeregt durch den verstärkten Drang von immer mehr Franchise-Gebern aus den USA und den europäischen Nachbarländern auf den deutschen Markt, sind auch bundesrepublikanische Unternehmen animiert worden, Distributionsstellen künftig mit Hilfe von Franchise-Nehmern zu schließen. Adidas, Boss oder Grundig überlegen die Konzeptionierung und Umsetzung eigener Franchise-Systeme.

Auch die Vorzüge für den Franchise-Geber liegen auf der Hand: Er kann mit Hilfe dieses Systems seine

Verkaufsförderung etc. und auf die Führung seiner Angestellten konzentrieren.

Der Franchise-Nehmer nutzt dabei das sogenannte Franchise-Paket, welches in der Regel aus einem Beschaffungs- und Organisationskonzept, der Gewährung von Schutzrechten, aber auch der Ausbildung des Franchise-Nehmers und der laufenden Beratung und Unterstützung durch die Systemzentrale besteht.

Als Unternehmer ist der Franchise-Nehmer dabei in eigenem Namen für eigene Rechnung tätig, er liefert Arbeit, Kapital und das Informationspotential zur Weiterentwicklung des Systems.

Auch die Vorzüge für den Franchise-Geber liegen auf der Hand: Er kann mit Hilfe dieses Systems seine

# In einer Volkspartei muß auch für Selbständige Platz sein Was ist der SPD der Mittelstand wert?

Von WOLFGANG ROTH

**D**ie SPD ist eine Volkspartei. Deshalb hat sie Platz für Selbständige in Handel, Handwerk, in den freien Berufen und in den kleinen und mittleren Unternehmen und vertritt ihre Interessen mit. Dies ist ungeachtet der Tatsache richtig, daß die SPD aus der Arbeiterbewegung entstanden ist. Wahrscheinlich wissen auch viele Sozialdemokraten nicht, daß August Bebel ein selbständiger Drechslermeister und Friedrich Ebert ein selbständiger Sattler war.

Viele Gemeinderäte, viele Stadtverordnete der SPD sind Handwerker oder Freiberufler. Die SPD hat sowohl programmatisch als auch in ihrer praktischen Politik die Bedeutung der Selbständigen für Gesellschaft und Wirtschaft seit langem erkannt.

Als ein Beispiel erwähne ich den 1979 auf dem Berliner Parteitag einstimmig angenommenen Leittrag zur Selbständigpolitik, in dem betont wird, daß die Existenz und die Förderung von Selbständigen nach unserer Auffassung ein wesentliches Element zur Sicherung und zum Ausbau einer freiheitlichen Gesellschaft darstellt.

Diese Auffassung hat ihren konkreten Niederschlag in der Politik sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen gefunden. Wir sollten nicht vergessen, daß erstmals in der Bundesrepublik unter Willy Brandt ein in sich geschlossenes selbständigpolitisch Konzept entwickelt worden ist.

Ich meine die „Grundsätze einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen“, mit denen zugleich ein Aktionsprogramm mit konkreten Maßnahmen zur Leistungssteigerung vorgelegt wurde.

Auf der Grundlage dieses Aktionsprogramms sind wichtige Initiativen zur Stärkung der Existenz und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Selbständiger durchgesetzt worden.

Ich erinnere zum Beispiel an die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige, an die zweite und vierte Kartellgesetznovelle, durch die Marktchancen kleiner Selbständiger insgesamt verbessert wurden. Oder an die mehrfachen steuerpolitischen Entlastungen, insbesondere

bei der Gewerbesteuer, die dazu geführt haben, daß zwei Drittel aller Betriebe von der Gewerbesteuer und über 80 Prozent von der Gewerbesteuer befreit wurden. Die Lohnsummensteuer wurde ganz abgeschafft. Die konkreten Ergebnisse der Selbständigpolitik sozialdemokratisch geführter Regierungen halten den Vergleich mit konservativen Regierungen allemal aus.

Selbständige und kleine und mittlere Unternehmen sind wirtschaftlich nicht generell schwächer als Großunternehmen. Ihre Flexibilität, ihre besondere Fähigkeit, sich rasch und unbürokratisch an Veränderungen am Markt und technische Neuerungen anzupassen, ist bekannt.

Die Selbständigen brauchen also keinen Naturschutzpark oder besondere Schutzrechte. Worauf es ankommt, ist Nachteile abzubauen, die diese Unternehmen gegenüber Großunternehmen haben.

Dies bedeutet zum Beispiel in der Wettbewerbspolitik die Begrenzung der Kartellrechts von Großunternehmen; die bisherigen Instrumente des Kartellrechts reichen nicht aus, um Fehlentwicklungen wirksam zu bekämpfen. Wir fordern deshalb eine weitere Verschärfung der Fusionskontrolle und Entflechtungsregelungen.

Gezielte Maßnahmen sind auch für den Vertriebswettbewerb im Einzelhandel erforderlich; dies gilt ganz besonders im Hinblick auf die „Sonderkonditionen“, die große Handelsunternehmen aufgrund ihrer Macht von ihren Lieferanten „erpressen“.

Nachteilsausgleich bedeutet Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen bei der Kapitalbeschaffung und Verbesserung der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten, zum Beispiel durch Bildung einer steuerfreien Investitionsrücklage.

Statt - wie die Bundesregierung dies tut - durch Vermögenssteuersenkungen die Kassenlage prosperierender Großunternehmen zu verbessern, ist die Einführung einer steuerfreien Investitionsrücklage ein echter Nachteilsausgleich.

Denn kleine Betriebe haben in der Regel größere Schwierigkeiten als Großunternehmen und Konzerne, die notwendigen Eigenmittel zur Fi-

nanzierung ihrer Investitionen anzuschaffen. Hier hilft die steuerfreie Investitionsrücklage, die den kleinen und mittleren Selbständigen die Möglichkeit einräumt, Gewinne für Investitionsvorhaben anzusparen.

Unsere Volkswirtschaft wird auschlaggebend von kleinen und mittleren selbständigen und Unternehmen geprägt: 99,8 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen (ohne Landwirtschaft) sind nach jüngsten statistischen Untersuchungen kleine (bis 49 Beschäftigte, Umsatz bis eine Million Mark pro Jahr) und mittlere Betriebe (50 bis 499 Beschäftigte, Umsatz eine bis 100 Millionen Mark pro Jahr).

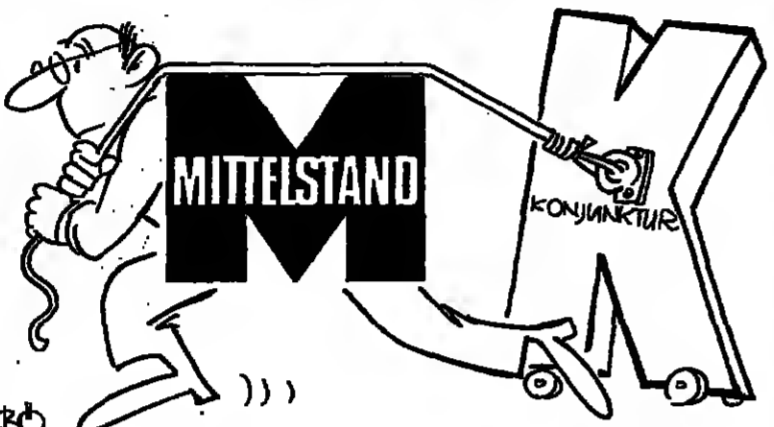
Rund 86 Prozent aller abhängig Beschäftigten sind in diesen Unternehmen tätig. Ohne die Mitarbeit dieser Selbständigen werden wir die zentralen Herausforderungen, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft, nicht bewältigen.

Um diese drängenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Aufgaben verwirklichen zu können, sind öffentliche und vor allem private Investitionsanstrengungen erforderlich. Diesen Prozeß wollen wir unterstützen. Zwei Beispiele:

Um die Investitionskraft der kleinen und mittleren Unternehmen gezielt zu stärken, wollen wir, wie bereits erwähnt, die Einführung der steuerfreien Investitionsrücklage und, ein anderes Beispiel: Wir fordern die Einrichtung eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“, um in einer Gemeinschaftsanstrengung schrittweise die alte Last auf der Umwelt und gleichzeitig die Massenarbeitslosigkeit abzubauen.

Mit diesem, auf zehn Jahre angelegten, solide finanzierten Umweltschutz-Investitionsprogramm verbessern wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und schaffen zusätzlich jährlich bis zu 400 000 neue Arbeitsplätze, Arbeit und Umwelt sind keine Gegensätze; im Gegenteil. Die Verbesserung des Umweltschutzes ist beschäftigungsfördernd und schafft neue Betätigungsfelder, gerade für die kleinen Unternehmen.

Der Autor ist wirtschaftspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundeslogfraktion.



ZICHNUNG: KLAUS BÖHLE

und selbständigen Partnern eine sinnvolle Alternative, Wettbewerbsvorteile gegenüber Großbetrieben auszugleichen.

Gerade für junge Unternehmer, die vor dem Schritt in die Selbständigkeit stehen, bietet das Franchising gute Möglichkeiten der Realisierung des Traums vom freien Unternehmertum. Der Erfolg des Systems ist auf eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen dem sogenannten Franchise-Geber und seinen Lizenznehmern zurückzuführen.

Der eine bietet ein markengerechtes Produkt oder eine entsprechende Dienstleistung an, konzipiert dazu das notwendige Marketing, testet dies an verschiedenen Standorten und bietet dieses System seinen Geschäftspartnern, spricht: Franchise-

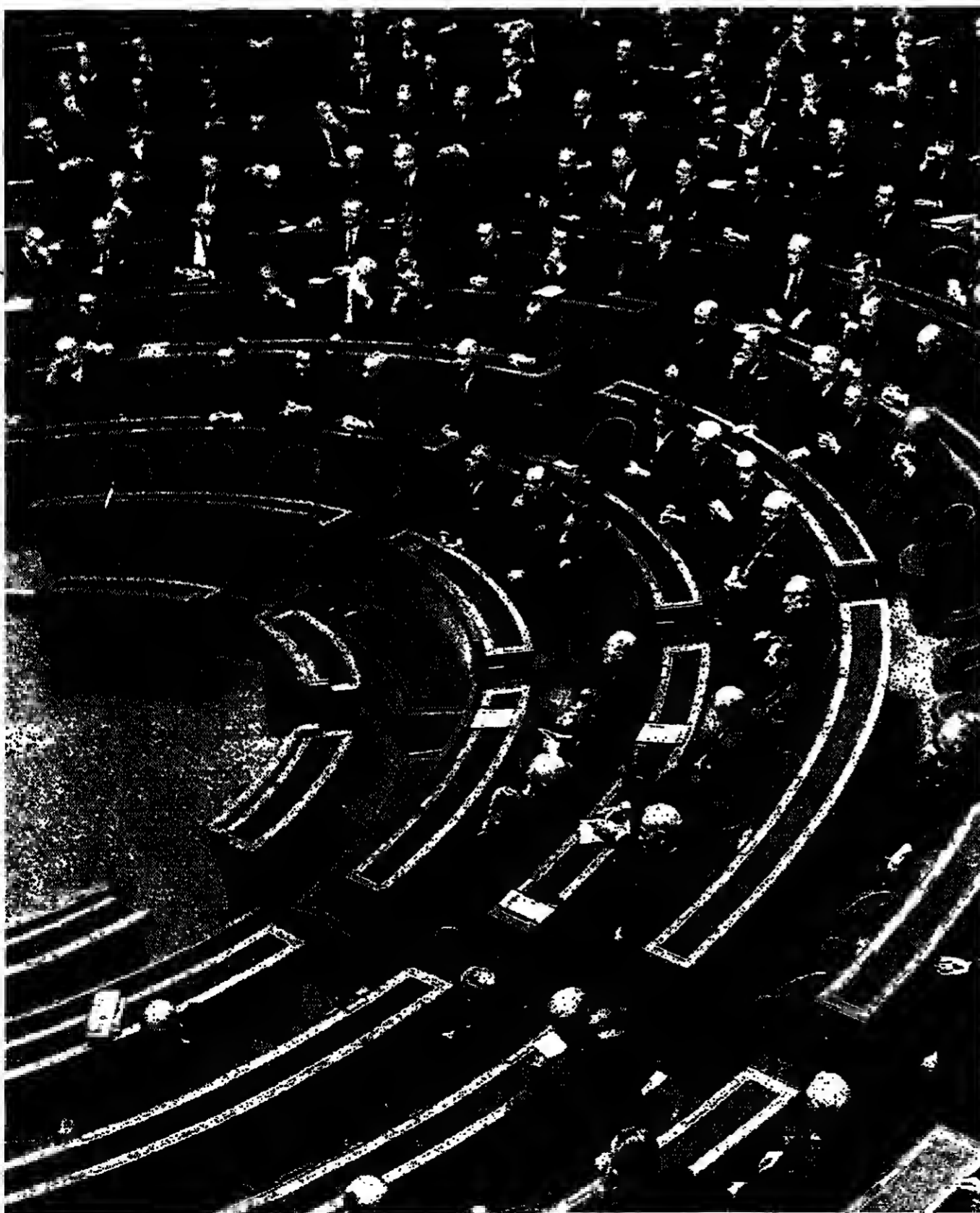
Verkaufsförderung etc. und auf die Führung seiner Angestellten konzentrieren.

Der Franchise-Nehmer nutzt dabei das sogenannte Franchise-Paket, welches in der Regel aus einem Beschaffungs- und Organisationskonzept, der Gewährung von Schutzrechten, aber auch der Ausbildung des Franchise-Nehmers und der laufenden Beratung und Unterstützung durch die Systemzentrale besteht.

Als Unternehmer ist der Franchise-Nehmer dabei in eigenem Namen für eigene Rechnung tätig, er liefert Arbeit, Kapital und das Informationspotential zur Weiterentwicklung des Systems.

Auch die Vorzüge für den Franchise-Geber liegen auf der Hand: Er kann mit Hilfe dieses Systems seine

Der Autor ist selbständiger PR-Berater in Bonn.



## Ein Blick ins Hamburger-Parlament

Haben die Vertreter einer gewissen Spezies eloquenter Meinungs-Äußerungen nicht, wenn sie behaupten, McDonald's sei ein aus USA importiertes Kolonial?

Bestenfalls ist McDonald's Restaurant an der Ecke wirklich regionale Wissensgenuss aus dem »New Yorker«-Jargon des großen Teiches, um erfolgreich zu sein? Oder ist nicht so McDonald's Deutschland ein von System-unabhängiger Lizenznehmer?

Mehrmals jährlich konstituieren sie sich zusammen mit deutscher McDonald's-Regionalvertreter, zu einem »Hamburger-Parlament« im wahren Sinne des Wortes. Hier werden gemeinsam wichtige Entscheidungen getroffen, Anträge formuliert, Empfehlungen ausgesprochen, und es wird über Werbung, Verkauf oder Produktpolitik - ohne die Mitwirkung der

Lizenznehmer geht bei McDonald's gar nicht. Warum ist das so? Wird unser Erfolg in Deutschland auch der vielfache Erfolg unabhängiger Unternehmer-Personalitäten sein?

Mitarbeiter gehören über das Hälfte der deutschen McDonald's-Restaurants deutscher Lizenznehmer. Jeder von ihnen führt seinen Betrieb eigenverantwortlich und trägt alle Risiken der Selbständigkeit.



# Kann Vater Staat unbegrenzt für seine Kinder aufkommen?



Mit jedem Kind, das bei uns geboren wird, übernimmt der Staat Sorgpflichten. Zu diesen gehört für die meisten auch die gesetzliche Altersversorgung. Der Generationenvertrag, auf dem das heutige Rentensystem beruht, wirft jedoch in Zukunft ein Problem auf: Wenn die Geburtenziffer weiter sinken, werden immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentner versorgen müssen. Um so wichtiger, daß sich schon die heutige Generation mit dem Gedanken der eigenverantwortlichen Vorsorge vertraut macht. Die Lebensversicherung ist dafür ideal geeignet. Denn neben dem sofortigen Risikoschutz bietet sie eine langfristige Vermögensbildung, die durch die hohe Überschußbeteiligung ein stattliches Vorsorgekapital fürs Alter ergibt. Fazit: Rente ist gut. Zusätzlich eine Lebensversicherung ist besser.

**Lebensversicherung**  
Leben braucht Sicherheit.









PFLEGEVERSICHERUNG / Bei Krankheit sind Selbständige besonders gefährdet

# Vorsorge gegen plötzliche Armut

Von KLAUS BOHN

Pflegebedürftigkeit ist in zunehmendem Maße zu einem allgemeinen Lebensrisiko geworden, dessen finanzielle Folgen der einzelne immer seltener selbst tragen kann. Da weder die gesetzliche noch die private Krankenversicherung im Rahmen der Kostenversicherungen für die Aufwendungen bei Pflegebedürftigkeit aufkommt, die entstehenden Aufwendungen aber meist das eigene Einkommen übersteigen, müssen Vermögenswerte zur Finanzierung herangezogen werden.

Dies kann gerade bei Selbständigen besonders problematisch sein und die durch die Pflegebedürftigkeit des Betriebsinhabers ohnehin stark beeinträchtigten Betriebe in ihrer Existenz gefährden. Reichen eigene Vermögenswerte nicht aus, folgt der Weg zur Sozialhilfe, die - wenn gleich als Rechtsanspruch im Bundessozialhilfegesetz verankert - von den meisten doch als deprimierender sozialer Abstieg gewertet wird.

Die Sozialhilfe ihrerseits greift nur nachrangig ein, d. h. sie holt sich gegebenenfalls von nahen Angehörigen ihr Geld soweit irgend möglich zurück. Trotz dieser Durchgriffsmöglichkeiten muß die Sozialhilfe immer häufiger einspringen.

Die Aufwendungen der Sozialhilfe für Pflegebedürftige haben sich in den Jahren von 1970 bis heute von 1,1 Milliarden auf weit über sieben Milliarden mehr als versiebenfacht.

## Die Kommunen sind finanziell überfordert

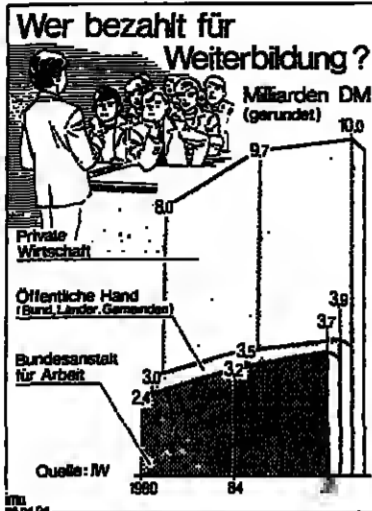
Die Kommunen als Träger der Sozialhilfe sind finanziell überfordert. Kein Wunder, daß die Diskussion über neue Möglichkeiten der Finanzierung der Pflegebedürftigkeit in den letzten Jahren ständig neuen Auftrieb erhalten hat.

Mittlerweile liegen von den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern Gesetzesinitiativen im Bundesrat vor. Auch die Bundesregierung selbst möchte in dieser Legislaturperiode aktiv werden, ein Gesetzentwurf ist von der Koalition angekündigt.

Die Diskussion neuer Lösungsansätze für die Finanzierung der Pflegebedürftigkeit ist prinzipiell durchaus

positiv zu werten. Zu warnen ist jedoch vor Regelungen, wie sie mit der Einführung einer allgemeinen Pflegepflichtversicherung vom Bundesland Hessen gefordert werden.

Derartige Lösungen ignorieren sträflich das Subsidiaritätsprinzip: Sie sind deshalb ordnungspolitisch falsch und wegen der daraus resultierenden Sogwirkung auf die Leistungsanspruchnahme auch bereits kurzfristig nicht finanzierbar.



Für Weiterbildung wurde noch nie soviel Geld ausgegeben wie 1985. Seit 1970 haben sich diese Ausgaben vervierfacht. Quelle: GLOSUS

Seit Mitte 1985 gibt es zu den diskutierten gesetzlich geregelten Lösungsansätzen eine privatversicherungsrechtliche Alternative. Seit diesem Zeitpunkt hietet die private Krankenversicherung (PKV) eine neue Versicherungsform, die Pflegekrankenversicherung.

Damit besteht erstmals in unserem Lande auf breiter Basis die Möglichkeit, sich gegen die wirtschaftlichen Folgen der Pflegebedürftigkeit eigenverantwortlich abzusichern.

Die private Krankenversicherung setzt auf den mündigen Bürger, dem klargeworden ist, daß der Sozialstaat in den letzten Jahrzehnten die Grenzen des Finanzierbaren mehrfach überschritten hat und mit der Einführung einer neuen Pflegeversicherung, die jährlich zweistellige Milliardenbeträge kosten wird, weiter überfordert würde.

Die private Krankenversicherung wird eine Vielzahl unterschiedlicher Tarifmodelle (im wesentlichen handelt es sich dabei um eine Pflegekostenversicherung einerseits und um eine Pflegetagegeldversicherung andererseits) zur Absicherung des Pflegerisikos anbieten.

Alle Tarifmodelle folgen dem Grundsatz, die sozialpolitisch richtige und auch von den Betroffenen weit überwiegend gewünschte Pflege in den eigenen vier Wänden zu fördern.

## Hoher Stellenwert in der Gesellschaft

Die private Krankenversicherung beweist mit ihrer Vorrangrolle bei Lösungsangeboten zur Pflegefinanzierung ihr hohes sozialpolitisches Engagement und ihr Verantwortungsbewußtsein. Es bleibt zu hoffen, daß viele Bundesbürger diese Angebote der privaten Krankenversicherung annehmen.

Sie sorgen damit nicht nur für das jeden von uns bedrohende Risiko der Pflegebedürftigkeit vor, sondern demonstrieren damit auch, daß der Gedanke der Eigenvorsorge, der Eigenverantwortlichkeit, noch immer einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft hat.

Das deutlich zu machen und damit ordnungspolitisch und finanzpolitisch falsche Entwicklungen zu verhindern, ist eine lohnende Aufgabe, die gerade auch aus grundsätzlichen Überlegungen heraus von den Selbständigen unterstützt werden sollte.

Es bleibt zu wünschen, daß der Gesetzgeber, der Eigenvorsorge und Eigeninitiative stärken möchte, diejenigen Bundesbürger aktiv stützt, die dem folgen. Aus diesem Grunde müssen die Beiträge für eine private Pflegekrankenversicherung steuerlich besonders berücksichtigungsfähig werden.

Daß dies heute auch nicht der Fall ist, kann man leider nur als bedauerliche Inkonsistenz der Bundesregierung bezeichnen. Die Stimmen aus dem Lager der FDP lassen die private Krankenversicherung aber in dieser Frage optimistischer in die Zukunft schauen.

Der Autor ist Direktor der Hallesche Nationale Krankenversicherung, Stuttgart.

WELT-Gespräch mit dem Mittelstandspolitiker und Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hinrichs

# Bessere Wachstumsraten im Einzelhandel

Das Gespräch mit dem Präsidenten der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hinrichs führte Dietrich Rollmann.

WELT: Herr Hinrichs, der deutsche Einzelhandel Mitte 1986 - wie ist die Lage? Hat der Aufschwung endlich auch im Handel gegriffen? Und wie sehen Sie die Zukunft?

Hinrichs: Die Hauptgemeinschaft hat zum Jahreswechsel erklärt, daß der Übergang unserer Konjunktur von der Exportorientierung auf die Binnenachfrage nicht störungsfrei verlaufen wird und daß die Verbraucher wieder mehr sparen werden. Das ist eingetroffen, so daß wir 1986 die besten Wachstumsraten der letzten Jahre erleben, aber real mit etwa plus 2,5 Prozent etwas unter der Steigerung des Sozialprodukts und des privaten Verbrauchs bleiben.

WELT: In den letzten Jahrzehnten hat es eine starke Konzentration im Einzelhandel gegeben. Kleine haben aufgegeben, Große sind vorgeückt. Wie sieht eigentlich heute die Struktur des Einzelhandels in der Bundesrepublik aus?

Hinrichs: Die zunehmende Konzentration beunruhigt uns sehr. Heute tätigen ein Prozent der Unternehmen 50 Prozent des Gesamtumsatzes des Einzelhandels, vor 25 Jahren waren es erst 37 Prozent. Im Lebensmittel-einzelhandel ist der Konzentrationsprozeß am stärksten ausgeprägt. Hier verdoppelte sich der Marktanteil von ein Prozent der Unternehmen in dieser Zeit von 30 auf 60 Prozent.

WELT: Welche weiteren Entwicklungen zeichnen sich ab?

Hinrichs: So lange immer mehr Produkte selbstbedienungsfähig werden und der Einzelhandel beim Einkauf diskriminiert wird, dürfte der Konzentrationsprozeß weitergehen. Mit großer Sorge betrachte ich vor allem zwei Entwicklungen: das Vordringen der Fachmarktketten in fast allen Einzelhandelsparten und die gegenseitigen Beteiligungen und Verflechtungen unterhalb der Schwelle der Fusionskontrolle. Die wirtschaftliche Entscheidungsmacht dürfte mittlerweile in weniger Händen konzentriert sein, als dies die Unternehmenskonzentration aussagt.

WELT: Beim selbständigen Mittelstand wird immer wieder die geringe Eigenkapitalquote beklagt, die

ja die Firmen anfällig macht gegen wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wie sieht es hier beim Einzelhandel aus? Und was ist zu tun?

Hinrichs: Die drastische Verschlechterung der Ertragslage hat stark auf die Eigenkapitalquote im Einzelhandel durchgeschlagen. Sie ist von zirka 30 Prozent der Bilanzsumme Mitte der 60er Jahre auf gegenwärtig gut zehn Prozent gesunken. Es gilt die Ertragskraft der Unternehmen zu stärken. Dies kann im Zuge der geplanten Steuerreform sowie durch einen Stopp und später auch den relativen Abbau der Personalnebenkosten geschehen.

WELT: Wer will heute überhaupt noch Kapital in den Einzelhandel stecken, wo sich doch schon bei der Anlage in deutschen Wertpapieren so viel höhere und dazu noch risikolose Renditen erzielen lassen als bei Investitionen im Handel? Wie hoch ist überhaupt die Rendite im deutschen Einzelhandel? Welche Konsequenzen müssen sich daraus für die Steuerpolitik ergeben?

Hinrichs: Die Ertragsituation im Einzelhandel hat sich weiter verschlechtert. Von je 100 Mark Umsatz verbleiben dem Facheinzelhändler nach Abzug aller Aufwendungen etwas mehr als drei Mark. Davon muß er noch die Einkommensteuer und die Aufwendungen für die eigene Lebensführung bezahlen.

Die Mehrzahl der selbständigen Einzelhändler erwirtschaftet kaum die Zinsen für das eingesetzte Eigenkapital. Bei vielen größeren Unternehmen wird aber ein Jahresüberschuß von mehr als zwei Prozent des Umsatzes erzielt, so daß sie durch den Aufkauf bestehender Unternehmen weiter expandieren können.

Zur Aufrechterhaltung einer verbraucherorientierten Versorgung und der als Lebensqualität empfundenen Vielfalt brauchen wir aber einen mittelständisch strukturierten Einzelhandel. Die vorgesehene Steuerreform und das Wettbewerbsrecht können und müssen hier für bessere Rahmenbedingungen und einen Nachteilsausgleich sorgen.

WELT: Sie sind Abgeordneter der Union im Bundestag und gleichzeitig Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Ergeben sich aus diesen verschiedenen Funktionen nicht bis-

weilen Konflikte? Und wie lösen Sie diese Konflikte? Was halten Sie überhaupt von der Mittelstandspolitik der Bonner Koalition?

Hinrichs: Die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik von der Bundesregierung wird von mir voll getragen. Der Einzelhandel ist einer der freiesten Bereiche der Wirtschaft ohne Ständesordnung, Marktzuwachsbeschränkungen und Preisvorschriften. Er erhält die absolut geringsten Subventionen pro Arbeitsplatz und hat seinen Strukturwandel ohne staatliche Hilfen durchgestanden.

Viele selbständige Existenzen gingen verloren, ohne daß sie eine der oft üblichen „Abfederungen“ erhielten. Dadurch entstand eines der modernsten und leistungsfähigsten Vertriebssysteme der Welt. Da wir also vom Staat keine Hilfe verlangen, gibt es auch nur wenig Konfliktstoff auf der politischen Ebene. Nach Feststellungen des Kieler Instituts besteht aber nur noch in weniger als der Hälfte unserer Wirtschaft Wettbewerb, wodurch er in dem freien Teil besonders hart geworden ist, zu Verwilderungen führte und die Konzentration förderte.

Die Anpassung an den Strukturwandel ist Sache der Unternehmer. Die Schaffung und Durchsetzung der notwendigen Rahmenbedingungen für einen Leistungswettbewerb mit einer realen Chance für die Tüchtigen ist aber in einer sozialen Marktwirtschaft Sache des Staates. Daher setze ich mich mit meinen Kollegen energisch für eine Verbesserung und Aktualisierung des Wettbewerbsrechts ein, um auch eine möglichst praxistaugliche Gestaltung zu erreichen.

Hierbei gab es einige Mißverständnisse und Unklarheiten über die Aufgaben des Staates, der heute wie in den 70er Jahren immer noch zu oft an Interventionen festhält, statt den marktwirtschaftlichen Teil der Wirtschaft zu verbreitern und mit einem effektiven Gesetz zu ordnen. Das gilt auch für manche Liberalen. Die beste Mittelstandspolitik ist die Förderung der Wirtschaftskräfte, der Geldwertstabilität und der entsprechenden Rahmenbedingungen. Die Bonner Koalition hat auf diesem Gebiet gute Noten verdient.

Es fehlt aber noch an der Verbesserung der Eigenkapitalquote und an der Entlastung von allzuvielen, teu-

ren bürokratischen Hilfsdiensten für den Staat, unter denen der Mittelstand mehr als die Großen mit ihren Spezialabteilungen leidet. Hier ist die Deregulierung wichtiger und effektiver als die Kappung von Wettbewerbsvorschriften, auf die der Mittelstand im freien Teil der Wirtschaft angewiesen ist, wenn die Prinzipien des Leistungswettbewerbs aufrechterhalten bleiben sollen.

WELT: Wie stehen Sie zu der Änderung des Ladenschlußgesetzes? Hinrichs: Nach den Erfahrungen des Auslandes, die auch prominente Anhänger einer Änderung des Ladenschlußgesetzes bei uns anerkennen, bringt die Abendöffnung keine Mehrumsätze und keine erhöhte Beschäftigung. Dies ist nur durch den von mir schon erwähnten Abbau der Beschränkungen des Preiswettbewerbs in anderen Bereichen zu erzielen.

Bei einer Aufhebung des Ladenschlußgesetzes würden einige Klein- und Mittelbetriebe in Marktnischen profitieren können, während sich nach den bisherigen Erfahrungen Marktanteile auf der grünen Wiese verlagern, die deshalb auch bei uns die Abendöffnung dringend fordern. In Frankreich, wo es kein Ladenschlußgesetz gibt, ist nach einer kürzlichen Befragung dennoch fast die Hälfte der Verbraucher mit den dortigen Ladenzeiten nicht zufrieden.

Es wird jetzt aber häufiger die Öffnung an einem Abend in der Woche diskutiert. Für Bedienungsgeschäfte in der Stadt ergeben sich höhere Kosten wegen der Lohnzuschläge für Abend- und Nachtarbeit. Ferner kann bei uns im Gegensatz zum Ausland der Betriebsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz über die Arbeitszeit mitbestimmen. Ein solcher Dienstleistungsabend könnte aber nicht nur vom Einzelhandel allein getragen werden. Auch andere private und öffentliche Dienstleistungen müßten die Attraktivität der Innenstädte verstärken, damit es zu der gewünschten Belebung kommt.

Die bisherigen Versuche sind alle gescheitert, und auch die Klettpassage 0,15 Prozent des Einzelhandelsumsatzes der Stadt Stuttgart. Die Hauptgemeinschaft hat daher auf der letzten Delegiertenversammlung an dem bewährten Ladenschlußkompromiß festgehalten.

# Die neue Pflegekostenversicherung. Denn mit einem Schlag können sich Lebenslagen drastisch verändern.

Eine Laune des Schicksals beendet Karrieren.

Auch wer täglich Risiken abwägt, ist gegen ein Risiko nicht gefeit: Die Pflegebedürftigkeit. Im Büro, in der Freizeit - die Laune des Schicksals ist unberechenbar! Deshalb: Der neue Pflegekostentarif der Hallesche-Nationale - damit nicht auch noch finanzielle Sorgen hinzukommen.



Leistungsschwerpunkt: Aufwendungen bei häuslicher Pflege.

Denn: Ein ohnehin schweres Schicksal läßt sich in gewohnter Umgebung besser ertragen. Für jeden von uns. Erst Pflegepersonal und pflegespezifische Hilfsmittel machen die Betreuung in den eigenen 4 Wänden möglich.

Natürlich umfaßt der neue Pflegekostentarif der Hallesche-Nationale auch prozentuale Erstattungen für teilstationäre und stationäre Pflege. Leistungsumfang, Beitragshöhe - mit dem Coupon holen Sie sich alle Informationen über die neue Pflegekostenversicherung.

Informieren Sie sich für alle Fälle.

Hallesche-Nationale Krankenversicherung ag  
Reinsburgstraße 10  
7000 Stuttgart 1

Private

Ja, ich möchte Ihr Info-Paket zum neuen Pflegekostentarif.

Name

Str./Nr.

PLZ/Ort

Hallesche-Nationale Experten für Krankenversicherungen

Der pa...  
ufinan...  
Hypothek...  
ENTRA...  
e priva...  
anken...  
sische...  
den...  
telsta...  
Sie.

Von HUBERTUS FOESTER

MITTELSTANDSVEREINIGUNGEN / Wer macht in der Bundeshauptstadt Lobby für den Mittelstand?

# Die politische Speerspitze der Selbständigen in Bonn

Für Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ist der Mittelstand „Motor der Marktwirtschaft“. Diesen Motor in Gang zu setzen und auf Touren zu bringen, war und ist erklärtes Ziel der Bonner Regierung, die angeht, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, bei denen sich „Leistung wieder lohnt“. Angesichts dieser Zielsetzung haben Mittelstandspolitik und damit auch die dafür verantwortlichen Politiker einen besonderen Stellenwert erhalten. Mittelstand ist „in“ und bietet allemal die Chance der – leider allzuoft nur verbalen – Profilierung.

Innerhalb der Unionsparteien ist es die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU unter ihrem Vorsitzenden Prof. Dr. Gerhard Zeitel, die sich „als politische Speerspitze“ des Mittelstandes in Bonn versteht. Auch im Parlament können die Unionsmittelständler auf eine starke Truppe bauen. Der Diskussionskreis Mittelstand (DKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zählt rund 130 Mitglieder und besitzt damit in der Fraktion eine

deutliche Mehrheit. Allerdings hat DKM-Vorsitzender Hansbeinz Hauser – zugleich Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden Dr. Dregger – manchmal Mühe, die Geschlossenheit und Stärke dieser Gruppe unter Beweis zu stellen.

Auch der Koalitionspartner FDP – nach eigener Einschätzung „eine Partei des Mittelstandes“ – hat wiederum durchaus andere Vorstellungen, wie Mittelstandspolitik aussehen sollte als die Union. Anfangen von der Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes bis hin zur Novelle des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb gibt es Differenzen zwischen den Partnern, werden Kompromisse notwendig, die nicht immer das Maximum dessen enthalten, was sich die betroffenen Unternehmer vom Gesetzgeber erhoffen.

Wenn es in Bonn auch kaum einen

Verband gibt – ob groß oder klein –, der sich nicht zur besseren Erreichung seiner Ziele das „Wohl und Wehe“ des Mittelstandes auch auf seine Fahne geschrieben hat, bleibt die Zahl der Mittelstandsverbände dennoch überschaubar.

Da ist zunächst einmal der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), dessen Stimme in Bonn Gewicht hat. Handwerkspräsident Paul Schnidder und sein Generalsekretär Dr. Klüber besitzen starke Einflußmöglichkeiten, die zum Wohl des Handwerks genutzt werden.

Von Köln aus nimmt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) die Interessenvertretung für ihre Mitglieder wahr. Ihr Präsident Wolfgang Hinrichs hat seinen Sitz jedoch direkt im Regierungsviertel. Als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann er „vor Ort“ für

den in einer Strukturkrise stecken Einzelhandel kämpfen.

Auch der Bundesverband der Selbständigen (BDS) – bereits vor knapp 100 Jahren als Interessenvertretung für den Mittelstand gegründet – hat mit Präsident Willi-Peter Sick einen ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten an die Spitze gewählt, der jedoch nun – frei von Fraktionszwängen – mit größerer parteipolitischer Unabhängigkeit für die Selbständigen im Einsatz sein kann.

Auch die Freien Berufe spielen im Konzert der Mittelstandsverbände mit dem Bundesverband der Freien Berufe (BFB) einen wichtigen Part.

Seine Wünsche und Forderungen versucht jeder Verband – das Wohl seiner Klientel im Auge – durchzusetzen. Die Vielfalt des Mittelstandes, die sich auch in der Verbandslandschaft zeigt, trägt jedoch nicht dazu

bei, daß der wirtschaftliche und politische Faktor Mittelstand in der Politik die Beachtung findet, die ihm zukommt. Alle Versuche, innerhalb der mittelständischen Interessenvertretung mehr Gemeinsamkeit zwischen den Verbänden zu erreichen, sind bisher gescheitert.

BDS-Präsident Sick möchte die Mittelstandsverbände soweit zu konzentrierten Handeln anregen, daß zu wichtigen Problemfeldern ein geschlossenes Auftreten gegenüber der Politik möglich wird. Sick sieht die Gefahr, daß „sonst die mittelständische Arbeit nicht nur zwischen die Mühlsteine der Parteien, sondern auch noch zwischen die Mühlsteine der Verbände gerät“.

Diese Situation der mangelnden gemeinsamen Vertretung haben die Politiker erkannt. Sie wissen, daß es innerhalb des Mittelstandes keine

einheitliche Meinung gibt. Sie haben den Eindruck, daß der Mittelstand nicht ernstgenommen zu werden braucht, da er sich in seinen Forderungen selbst auseinanderviellert.

Ob die derzeitige Bundesregierung nun Erfolge in ihrer Mittelstandspolitik aufzuweisen hat oder nicht, wird bei der Wahlentscheidung 1987 nur eine untergeordnete Rolle spielen. Nach einer jüngsten Erhebung des Bonner Mittelstandsforschers Prof. Dr. Horst Albach sind mittelständische Unternehmer zwar zu 50 Prozent mit der Bundesregierung unzufrieden. Diese Unzufriedenheit führt jedoch nicht zum Wechsel der parteipolitischen Präferenzen.

Die mittelständischen Unternehmer votieren nach wie vor mehrheitlich für ein Fortbestehen der derzeitigen Regierungskoalition aus CDU und FDP. Man ist unzufrieden mit

der Regierung und will sie trotzdem weiterhin im Amt sehen. Dieser offensichtliche Widerspruch zwischen „Denken und Handeln“ bleibt natürlich auch der Regierung nicht verborgen. Warum sollte sie sich gefordert sehen, über das bisher Veranlaßte hinaus mehr für den Mittelstand zu tun?

Die relativ eindeutigen parteipolitischen Präferenzen sind natürlich auch für die Opposition wenig Anlaß, sich intensiv mit dem Mittelstand auseinanderzusetzen, bzw. Mittelstandspolitik zu betreiben. Zwar gibt es innerhalb der SPD die „Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen“, die es jedoch außerordentlich schwer hat, ihr Gewicht im Rahmen der Politik der Gesamtpartei in die Waagschale zu werfen.

Und „Farthmann-Thesen“ machen es Sozialdemokraten wie Hans Apel und Wolfgang Roth auch nicht gerade leichter, mittelständische Wählerschichten davon zu überzeugen, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD die bessere Alternative sei.



Die Freiheitlichkeit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hängt wesentlich davon ab, in welchem Umfang freie Berufe Existenzmöglichkeiten haben.

Eine Gesellschaft, die sich nur noch als Verbund von Unternehmern, Arbeitnehmern und Staat versteht, ist in Gefahr, den für die Freiheit des einzelnen erforderlichen Pluralismus zu verlieren. Deswegen tritt der Hartmannbund als repräsentativer freier Verband aller Ärzte für den Erhalt der freien Berufe ein, deren größte Gruppe die Ärzte darstellen. Seine Zielsetzungen sind folglich auch gesellschafts-

und ordnungspolitischer Art, um so zur Sicherung unserer freiheitlichen Gesellschaft beizutragen.

Der freie Beruf der Ärzte hat seit vielen Jahrzehnten bewiesen, daß er seine Angelegenheiten selbst regeln kann und keinerlei Gängelung durch den Staat bedarf. Freiberuflichkeit setzt einen staatsfreien Raum voraus, weshalb sich der Hartmannbund entschieden gegen Zulassungssperren, Honorarpauschalierungen, die Verlängerung der ärztlichen Aus- und Weiterbildung und alle zusätzlichen Reglementierungen der ärztlichen Berufsausübung wendet.

**Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands e.V.**  
Godesberger Allee 54, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/8104-0

## Der passende Schlüssel zur Baufinanzierung.

Centralboden hilft Ihnen, mit Darlehen zu günstigen Festzinssätzen, Ihr Bauvorhaben zu verwirklichen.

Ein guter Rat: Verlangen Sie unsere Info-Broschüre.



Deutsche Centralbodenkredit AG  
Hauptverwaltung  
Kaiser-Wilhelm-Ring 27 - 29  
5000 Köln 1, Tel. (02 21) 572 11

Centralboden

Verbreiten in allen großen Städten unseres Landes und in West-Berlin.

**Ihre Hypothekbank - damit's am Geld nicht scheitert.**

**CENTRAL.**  
Die private Krankenversicherung für den Mittelstand.  
Für Sie.

CENTRAL KRANKENVERSICHERUNG AG  
Hansaring 40-50  
5000 Köln 1  
Tel.: (02 21) 1636-0

## Privatpatient

**112,40** für m.d. DM

- Freie Wahl der Klinik
- Freie Wahl des Arztes
- Behandlung durch den Chefarzt
- Zur Wahl Ein- oder Zweibettzimmer
- Eigene Sanitärzelle
- Freie Besuchszeiten
- Telefon am Bett
- Krankenversichert weltweit im Urlaub

**Hohe Beitrags-Rückvergütung**  
**33,3%** für 1985

Wenn unsere Krankenversicherten keine Leistung in Anspruch nehmen, erhalten sie bares Geld zurück. Zuletzt waren es 33,3% in allen Tarifen.

Viele unserer Versicherten sind praktisch jeden dritten Monat kostenlos privatversichert!

**MÜNCHENER VEREIN**  
VERSICHERUNGSGRUPPE  
Percentoförster 19  
8 München 2  
Telefon 089 5152-233  
Fax \* 51530

Wir zahlen immer, ob Sie gesund sind - ob sie krank sind

## Warum wir das sagen.

Unser Gehör ist unser kostbarstes Gut. Die Brücke zu unseren Mitmenschen. Das Tor zur Seele.

Doch Hören scheint unmodern zu sein: „Hauptsache man sieht“, antworten 87 Prozent auf eine Umfrage des Emnid-Institutes.

Unser Slogan „Ich höre gut“ soll ein neues Hörbewußtsein wecken. Wir appellieren an alle, die gut hören. Die noch gut hören und die wieder gut hören.



Helfen Sie mit, das Ohr wieder zum wichtigsten Sinnesorgan zu machen.

„Ich höre gut“ haben wir auf einen Aufkleber drucken lassen. Den gibt es bei Geers. Fordern Sie ihn an oder holen Sie ihn ab – in einem der Geers-Fachinstitute.

## GEERS

Hörgeräte Geers  
Westenhellweg 68  
4600 Dortmund 1  
Telefon (02 31) 14 70 66

... und bei Geers in Aachen, Bad Driburg, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamburg, Iserlohn, Köln, Krefeld, Lüdenscheid, Marl, Moers, Mülheim, München, Münster, Neu-Isenburg, Neuss, Nürnberg, Oberhausen, Paderborn, Ratingen, Recklinghausen, Soest, Stuttgart, Velbert, Wuppertal.

EIN FILM ZUM LACHEN UND ZUM TRÄUMEN UND SICH VERZAUBERN LASSEN.

## Ronja Räubertochter

nach der gleichnamigen Erzählung von ASTRID LINDGREN

1985 Silberner Bär - Berlin

REGIE: TAGE DANIELSSON  
MIT HANNA ZETTERBERG · DAN HAFSTRÖM  
BÖRJE AHLSTEDT · LENA NYMAN · ALLAN EDWALL  
PER OSCARSSON · TOMMY KÖRBERG

Freigegeben ab 6 Jahren (Jugendfilm 6) Prädikat: Besonders wertvoll

Risiken kalkulierbar machen!

# Wir finden immer eine Lösung

Technischer Fortschritt, zunehmende Komplexität sowie hoher Kapitaleinsatz erfordern mehr denn je ein verschärftes Bewußtsein für Risiken und deren mögliche Konsequenzen. Im Rahmen der Risiko-Begrenzung, die besonders Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft zum Schutze des Betriebes betreiben, erfüllen Versicherungen eine wesentliche Aufgabe.

Zur Lösung Ihrer Probleme brauchen Sie einen leistungsfähigen und erfahrenen Versicherungspartner, auf den Sie sich verlassen können.

**ALBINGIA Versicherungsgruppe**  
Ballindamm 39, 2000 Hamburg 1  
Telefon (040) 30 22-0

## ALBINGIA

da können Sie ganz sicher sein

### Sind Sie Handwerker?

Möchten Sie sich doch selbständig! Mit einem krisenfesten Dienstleistungsbetrieb und der Unterstützung einer starken Gruppe

Fordern Sie unsere Infomappe an.

GSE Gesellschaft für Sicherheitsarrangements mbH,  
Hildesheimer Straße 24, Postfach 268  
3200 Hildesheim, Telefon 0 51 21 / 6 40 69

### Organisationen auf einen Blick

Bundesverband der Freien Berufe BFB, Godesberger Allee 54, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/37 66 35

Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e. V. HDE, Sachsenring 89, 5000 Köln 1, Tel. 0221/33 98-0

Zentralverband des Deutschen Handwerks ZDH, Johannerstr. 1, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/545-1

Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand e. V. AWM, Adenauerallee 11 b, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/21 90 77-79

Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V. ASU, Mainzerstr. 238, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/34 30 44-7

Bundesverband der Selbständigen e. V. BDS - Deutscher Gewerbeverband, Coburger Str. 1 a, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/23 20 36-28

Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e. V., Kaiser-Friedrich-Str. 13, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/26 00 40

Europaverband der Selbständigen Cedi, Bundesverband Deutschland e. V. BDV, Bundesgeschäftsstelle, Stiftsgasse 17 a, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/20 03 + 65 26 00

Von HANS DACHS

**A**uch die freien Berufe haben in den vergangenen Jahren erheblich mehr Jugendliche ausgebildet, als sie selber benötigt hätten. Nach Angaben des zuständigen Verbandes lag die Zahl fast doppelt so hoch wie der tatsächliche Bedarf.

Damit hat auch dieser Bereich einen gesellschaftspolitischen Beitrag geleistet, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann: Durch solche Initiativen konnte verhindert werden, daß Schulabgänger in die Arbeitslosigkeit fielen. Sie wurden vielmehr ausgebildet. Und das, was sie bei Rechtsanwälten, Steuerberatern, Architekten, Ingenieuren oder Ärzten lernen konnten, das können sie auch in anderen Bereichen wie in der Industrie oder im Handel nutzen.

Überhaupt wird die Weiterbildung in den nächsten Jahren zu einem immer wichtigeren Thema, wenn von 1987 an die Zahl der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, sinken wird.

Allerdings hat der Bundesverband der freien Berufe bereits kapazitative Grenzen geortet - trotz größter Anstrengungen. Bereits 1985 stagnierte die Zahl der neu abgeschlossenen Aushildungsverträge (sie ging exakt um 435 oder 0,7 Prozent zurück). Als Gründe führt der Verband die Be-

SCHULABGÄNGER / Zahl der Lehrverträge stagniert seit einem Jahr

### Selbständige bilden emsig aus

triebsgrößen sowie sozialpolitische und volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen an.

Jedoch muß dieses vor der Entwicklung der letzten Jahre gesehen werden, in denen die Zahl der Auszubildenden im Bereich der freien Berufe relativ am stärksten gestiegen ist. Im Jahre 1980 wurden nur 1,61 Prozent aller Lehrlinge im Bereich der freien Berufe ausgebildet. Dabei werden jene Lehrlinge nicht mitgezählt, die eigentlich zu den freien Berufen gehören, nach dem Berufsbildungsgesetz jedoch bei anderen Kammern registriert werden. Dies gilt besonders für technische Zeichner und Bürogehilfen. 1984 lag die Quote der Lehrlinge in den freien Berufen bereits bei 7,35 Prozent. Damit rückten die freien Berufe an die dritte Stelle, nachdem sie 1980 noch das Schlußlicht unter den großen Sektoren bildeten, in denen ausgebildet wird.

Damals fanden noch 58,7 Prozent aller Lehrlinge im Bereich von Industrie und Handel ihren Platz. Dieser Anteil lag 1984 nur noch bei 46,7 Pro-

zent. Leicht gestiegen ist auch die Bedeutung des Handwerks für die Auszubildenden, und zwar von 35,3 auf 38,5 Prozent aller Lehrlinge. In der Landwirtschaft verharnte der Anteil knapp unter drei Prozent. Dagegen hat er sich im öffentlichen Dienst von 1,5 auf 3,85 mehr als verdoppelt.

Auch die absoluten Zahlen, die hinter diesen Anteilen stehen, können sich sehen lassen. Im Jahre 1980 bildeten die „verkammerten“ freien Berufe 20 410 der insgesamt 1,266 Millionen Lehrlinge aus. Die Zahl stieg kontinuierlich auf 132 392 im Jahr 1984, bei einer Gesamtzahl von 1,8 Millionen Auszubildenden.

Außer auf die Gesundheitsberufe wie Arzt, Zahnarzt, Tierarzt und Apothekenhelfer entfielen 1984 nur vier Prozent aller Lehrlinge. Dies war mehr als die Hälfte aller Auszubildenden im Bereich der freien Berufe. Von großer Bedeutung waren auch die Gehilfen bei Rechtsanwälten der unterschiedlichen Ausprägung - vom Notar bis zum Patentanwalt - und die Fachgehilfen in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen.

Auch die Veränderungen, die sich im gesamten Ausbildungsbereich abspielen, machen vor den freien Berufen keinen Halt. Der Trend, daß immer mehr Jugendliche eine qualifizierte Ausbildung wünschen, macht sich hier ebenso bemerkbar wie der Umstand, daß viele Jugendliche mit einer Hochschulreife eine berufliche Ausbildung anstreben. Mit 16,1 Prozent Abiturienten an den Auszubildenden lagen die freien Berufe auch 1984 an der Spitze aller Bereiche.

Gerade für Mädchen mit gehobener Schulbildung besteht im Bereich der freien Berufe eine gute Chance, eine qualifizierte Berufsausbildung zu erhalten. Dieses ist nach Angaben des zuständigen Verbandes eine Besonderheit der freien Berufe. Gerade der Andrang junger Frauen in die Gesundheitsberufe ist nach wie vor erheblich.

Es wird von den Verantwortlichen immer wieder darauf hingewiesen, daß Jugendliche nicht schon deshalb ohne Ausbildung bleiben dürfen, weil ihre spätere Weiterbeschäftigung nicht gesichert ist. Zum einen wird

damit den Jugendlichen eine Chance genommen, später einen Arbeitsplatz in anderen Sektoren zu finden. Zum anderen hat es immer Bereiche gegeben, wie zum Beispiel das Handwerk, die ständig über ihren eigenen Bedarf hinaus junge Leute geschult haben, die dann ihren Platz in der Industrie gefunden haben.

Auch die Bereitschaft der freien Berufe, sich in diesem Bereich stark zu engagieren, hat dazu beigetragen, daß in der Bundesrepublik das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht so gravierend ist wie in anderen Ländern. Staatliche Eingriffe haben sich als weniger wirkungsvoll erwiesen. In den nächsten Jahren werden sich die Akzente verschieben. Wenn die geburtschwächeren Jahrgänge einen Ausbildungsplatz suchen werden, was bereits in den nächsten Jahren anlaufen wird, dann wird sicher der Blick auf den eigenen Bedarf bei der Ausbildung wieder schärfer werden. Dann wird auch das Problem der Weiter- und Fortbildung erheblich an Gewicht gewinnen. Die Diskussion darüber ist bereits im Gange. Und die Wirtschaft bereitet sich auch darauf vor. Aber dies schmälert nicht den Beitrag gerade auch der freien Berufe, die Lage zu meistern, als es darum ging, die große Zahl der Ausbildungswilligen unterzubringen.

### Günstige Bedingungen

**D**ie allgemeinen Entwicklungsbedingungen sind für den Mittelstand in der überschaubaren Zukunft so günstig wie lange nicht mehr, und zwar aus mehreren Gründen. Die Entwicklung der modernen Technologie läßt in wichtigen Bereichen eine Tendenz zur Miniaturisierung der Geräte und Anlagen erkennen. Dazu sei beispielhaft auf die Computer- und Kommunikationstechnologie verwiesen. Damit wird die Anwendung von technischen Hochleistungssystemen in kleineren Einheiten möglich.

Die private Nachfrageentwicklung weist in die gleiche Richtung. Sie richtet sich mit steigendem Wohlstand nicht nur vermehrt auf den dezentralen Dienstleistungssektor, sondern ist auch in bezug auf die Verbrauchs- und Gebrauchsgüterproduktion durch einen Zug zur Individualisierung bestimmt, der vermehrt Chancen für mittlere und kleine Unternehmen eröffnet. Die Produktion in größeren Unternehmenseinheiten ist überdies häufig mit externen Folgekosten ökologischer oder sozialer Art verbunden.

GERHARD ZEITEL

An kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft  
Die KfW - Ihr Finanzierungspartner  
auch bei Auslandsinvestitionen

### Kreditanstalt für Wiederaufbau

Palmengartenstraße 5-9  
Postfach 11 11 41  
6000 Frankfurt am Main 11  
Telefon: (069) 74 31-0  
Telefax: 4 11 352  
Telegraphenadresse:  
Kreditanstalt Frankfurt/Main

Sehr geehrter Unternehmer!

Wollen Sie in einem Entwicklungsland investieren?  
Wir fördern

Wir bieten im Auftrag der Bundesregierung die Niederlassung insbesondere kleiner und mittlerer deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern.

Langfristige Kredite zu Festzinsen für die gesamten Laufzeit des Darlehens.

Im Niederlassungsprogramm vergeben wir Kredite an kleine und mittlere Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, die in Entwicklungsländern investieren wollen. Finanziert werden die Errichtung und Erweiterung von Unternehmen und der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen. Es werden außerdem Studien für vorbereitende Untersuchungen über die Voraussetzungen eines konkreten Investitionsvorhabens gefördert. Die Vorhaben müssen geeignet sein, die Wirtschaftsentwicklung des Anlagelandes zu fördern. Der Zinssatz für diese Kredite beträgt 3,5 % p.a. oder 2,5 % p.a. (Je nach der Einstufung des Entwicklungslandes).

Wenn Sie Näheres über das Niederlassungsprogramm wissen wollen, setzen Sie sich bitte mit einem Kreditinstitut Ihrer Wahl in Verbindung, das Ihnen weitergehende Auskünfte erteilen und bei der Antragstellung behilflich sein wird.

Wollen Sie eine für das Entwicklungsland neue Technologie in ein Gemeinschaftsunternehmen einbringen, wenden Sie sich bitte direkt an uns, damit wir prüfen können, ob eine Mitfinanzierung aus unserem speziellen Technologieprogramm in Betracht kommt.

Selbstverständlich finanzieren wir nach wie vor Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen im Rahmen unseres Mittelstandsprogramms.

Mit freundlichen Grüßen  
KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU

Wir fördern die deutsche Wirtschaft

Die Erfüllung der Aufgaben im modernen Vermessungswesen erfordert höchste Qualifikation.

Daher ist der  
**Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur**  
in allen Grundstücks- und Vermessungsfragen  
**Ihr Berater und Partner**



Bund der Öffentlich bestellten  
Vermessungsingenieure e. V.

Geschäftsstelle:  
Götenring 1, 5000 Köln 17  
Ruf: (02 21) 81 84 83

IB  
ID  
IV  
II

**Deutsche Ausgleichsbank**  
Anstalt des öffentlichen Rechts

Als zentrales Kreditinstitut des Bundes zur Förderung von mittelständischen Existenzgründungen und von Umweltschutzinvestitionen helfen wir durch

### zinsgünstige langfristige Kredite und Bürgschaften

- zur Existenzgründung
  - Eigenkapitalhilfe
  - ERP-Existenzgründungskredite
  - Ergänzungsdarlehen I der Deutschen Ausgleichsbank
  - Bürgschaften für freie Berufe
  - spezielle Hilfen für technologieorientierte Neugründungen
- für Standortsicherungen -verlegungen bestehender Unternehmen
- für Umweltschutzinvestitionen
  - ERP-Abfallwirtschaftskredite
  - Ergänzungsdarlehen III für integrierten Umweltschutz
- für soziale Aufgaben
  - Einrichtungs- und Existenzgründungskredite für Aussiedler und Zuwanderer

Auskünfte bei allen Kreditinstituten oder bei der Deutschen Ausgleichsbank, Wielandstr. 4, 5300 Bonn 2, Tel. (02 28) 83 14 00 / 40

## Bücher für die Wirtschaft und das Management

Diese Bücher sind über den Buchhandel oder über Vertrieb DIE WELT/WELT am SONNTAG, Postfach 100864, 4300 Essen 1 zu beziehen. Bitte kreuzen Sie das Gewünschte an:

<input type="checkbox"/> Rupert Lay <b>Dialektik für Manager</b> Methoden des erfolgreichen Angriffs und der Abwehr 12. Auflage, 262 Seiten, Leinen, DM 32,-	<input type="checkbox"/> Fritjof Haft <b>Strukturdenken</b> Der Schlüssel zu erfolgreichem Reden und Verhandeln 224 Seiten, Leinen, DM 32,-	<input type="checkbox"/> Jack Kemp/Roland Leuschel <b>Die amerikanische Idee</b> Wachstum - unsere Zukunft 254 Seiten, Leinen, DM 32,-	<input type="checkbox"/> Anton Zischka <b>Der Dollar</b> Glanz und Elend einer Währung 366 Seiten, Leinen, DM 34,-	<input type="checkbox"/> Rupert Lay <b>Die Macht der Wörter</b> Sprachsystematik für Manager 234 Seiten, Leinen, DM 32,-	<input type="checkbox"/> Herbert Heinrichs <b>Die Neidgenossen</b> Rot-grüne Kumpanei droht 310 Seiten, Leinen, DM 32,-
<input type="checkbox"/> Harald Scheerer <b>Erfolgreich führen durch überzeugen</b> Die neue Generation der Führungspraxis 242 Seiten, Leinen, DM 32,-	<input type="checkbox"/> Ronald Ady/Götz Hohenstein <b>Die 100 Gesetze erfolgreicher Unternehmensführung</b> 248 Seiten, Leinen, DM 34,-	<input type="checkbox"/> Rupert Lay <b>Die Macht der Wörter</b> Sprachsystematik für Manager 234 Seiten, Leinen, DM 32,-	<input type="checkbox"/> Walter Wittmann <b>Der Steuerstaat</b> Die Ausbeutung der Fleißigen 254 Seiten, Leinen, DM 32,-	<input type="checkbox"/> Carl-Wolfgang Sames <b>Anaconda</b> Berichte aus der Rohstoffwelt 364 Seiten, Leinen, DM 38,-	<input type="checkbox"/> Paul C. Martin <b>Cash - Strategie gegen den Crash</b> 356 Seiten, Leinen, DM 36,-
<input type="checkbox"/> Erwin Kühle <b>Menschenkenntnis für Manager</b> Der Schlüssel zum anderen 280 Seiten, Leinen, DM 32,-	<input type="checkbox"/> Alfred Mohler <b>Die 100 Gesetze überzeugender Rhetorik</b> 304 Seiten, Leinen, DM 34,-	<input type="checkbox"/> Harald Braem <b>Die Macht der Farben</b> 228 Seiten, Leinen, DM 29,80	<input type="checkbox"/> Paul C. Martin <b>Cash - Strategie gegen den Crash</b> 356 Seiten, Leinen, DM 36,-	<input type="checkbox"/> Paul C. Martin <b>Cash - Strategie gegen den Crash</b> 356 Seiten, Leinen, DM 36,-	<input type="checkbox"/> Paul C. Martin <b>Cash - Strategie gegen den Crash</b> 356 Seiten, Leinen, DM 36,-

**Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig**

Abseher:  
Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Datum \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_

## Wenn man in seiner eigenen Rentenkasse wohnt

Von **ACHIM ZINK**  
**D**aß die Leistung und Innovationsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft, der Selbständigen und Freiberufler einer der tragenden Säulen der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik ist, wird heute von keiner Seite mehr bestritten. Immerhin erwirtschaftet dieser Sektor rund 50 Prozent des Sozialproduktes.

Demgegenüber erscheint die soziale Absicherung der Lebenszyklen der in diesem Bereich selbständig Tätigen sehr viel weniger gewährleistet als zum Beispiel die der Arbeitnehmer. Immer noch sind freiberuflich Tätige nur zum Teil in das System der gesetzlichen sozialen Sicherung einbezogen. Während für die Arbeitnehmer durch die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung ein breitgefächertes soziales Netz geschaffen wurde, ist der Selbständige sehr viel stärker auf seine Eigeninitiative angewiesen.

Dabei muß er unabhängig davon, ob er der gesetzlichen Rentenversicherung freiwillig beiträgt oder eine andere Form der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge anstrebt, die erforderlichen Mittel im wesentlichen aus dem versteuerten Einkommen ansammeln, während für den Arbeitnehmer die Hälfte der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung durch den Arbeitgeber übernommen werden.

Der Selbständige wird mehr noch als jeder pflichtversicherte Arbeitnehmer seinen Lebensstandard in aller Regel nur durch zusätzliche eigenverantwortliche Vorsorgemaßnahmen sichern können. Diese müssen gerade beim Selbständigen einen besonders hohen Stellenwert einnehmen, da die berufliche Existenz in hohem Maße von seiner Schaffenskraft abhängt. Es ist deshalb verständlich, daß bis heute eine Gleichstellung der Selbständigen mit den Arbeitnehmern bei der Besteuerung der Vorsorgeaufwendungen nicht geschaffen worden ist.

Kein Selbständiger kann es sich leisten, ohne ausreichende Alters- und Hinterbliebenenvorsorge zu sein. Er muß daher im Laufe seines Erwerbslebens Vermögenswerte aufbauen, von denen oder aus deren Erträgen er nach Beendigung der beruflichen Tätigkeit leben kann. Grundsätzlich stehen zur Altersvorsorge eine Reihe von Anlagemöglichkeiten zur Verfügung. Dabei gilt seit langem als besonders bevorzugte Vermögensanlage für den Mittelstand ein sorgfältig ausgewählter Immobilienbesitz an guten Standorten.

Da Grund und Boden steuerlich nicht nach dem nur schwer zu schätzenden Verkehrswert, sondern nach dem wesentlich geringeren Einheitswert bewertet werden, ist Immobilienbesitz auch aus vermögenssteuerlicher und erbschaftsteuerlicher Sicht besonders interessant.

Der Erwerb von Eigentum an Grund und Boden kann für den Mittelstand der Eigennutzung oder darüber hinaus der Geldanlage dienen. Das eigengenutzte Wohnungseigentum dient auf der Basis der heute erreichten Immobilienpreise zweifellos der Werterhaltung des angelegten Kapitals. Der Gesichtspunkt, im Alter mietfrei zu wohnen, hat zudem in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen und kann als wichtiger Teil einer sinnvollen Altersvorsorge angesehen werden.

Dem hat die Bundesregierung durch die Neuordnung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohnungseigentums Rechnung getragen. Nach der bis zum Jahresende 1986 geltenden Rechtslage mußte nach Tilgung der Darlehen der Nutzungswert der eigenen Wohnung unter den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung versteuert werden. Für das

Wohnen in den eigenen vier Wänden bestand bisher grundsätzlich eine Steuerpflicht.

Ab 1987 wird niemand für die Selbstnutzung des eigenen Wohnraumes mehr besteuert werden. Selbstgenutztes Wohneigentum gilt steuerlich fortan als ein Konsumgut. Deswegen ungeachtet können nach Paragraph 10e EStG im Jahr der Fertigstellung und in den folgenden sieben Jahren jeweils fünf Prozent der Herstellungskosten und Anschaffungskosten bis zu 300 000 Mark steuerlich geltend gemacht werden. Im Gegensatz zum bisher geltenden Recht darf dabei die Hälfte der Aufwendungen für den Grund und Boden berücksichtigt werden. Mit dieser Neuordnung verknüpft die Bundesregierung das Ziel, die Eigentumsquote im Wohnbestand von gegenwärtig rund 40 Prozent auf 50 Prozent zu steigern.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wohnen in den eigenen vier Wänden bestand bisher grundsätzlich eine Steuerpflicht.

Ab 1987 wird niemand für die Selbstnutzung des eigenen Wohnraumes mehr besteuert werden. Selbstgenutztes Wohneigentum gilt steuerlich fortan als ein Konsumgut. Deswegen ungeachtet können nach Paragraph 10e EStG im Jahr der Fertigstellung und in den folgenden sieben Jahren jeweils fünf Prozent der Herstellungskosten und Anschaffungskosten bis zu 300 000 Mark steuerlich geltend gemacht werden. Im Gegensatz zum bisher geltenden Recht darf dabei die Hälfte der Aufwendungen für den Grund und Boden berücksichtigt werden. Mit dieser Neuordnung verknüpft die Bundesregierung das Ziel, die Eigentumsquote im Wohnbestand von gegenwärtig rund 40 Prozent auf 50 Prozent zu steigern.

Aber auch als Kapitalanlage ist Grund und Boden nach wie vor für den Mittelstand interessant, denn eine sachwertgesicherte Vermögensbil-

dung sollte stets auch Immobilienbesitz umfassen. Allerdings hat nicht erst der Fall Neue Heimat deutlich gezeigt, daß der rechtliche Status der gemeinnützigen Wohnungsbauprojekte längst einer gründlichen Überprüfung und einer umfassenden Neuregelung bedarf. Es besteht nämlich leider immer noch eine geradezu diskriminierende Differenzierung zu Lasten mittelständischer Investitionen im Wohnungsbaubereich, die es so rasch wie möglich abzubauen gilt.

Hinsichtlich der Wahl der individuellen Vorsorge wird nun gegen den Erwerb von Wohnungseigentum gelegentlich eingewendet, der Wohnungsmarkt sei gesättigt. Hier wird ein Tatbestand dramatisiert, der in den angegebenen Dimensionen von beispielsweise einer Million leerstehender Wohnungen nicht existiert. Ein funktionierender Wohnungsmarkt wird immer bedeuten müssen, daß es Wohn-

nungen gibt, die leerstehen; gerade 250 000 Wohnungen sind gegenwärtig ungenutzt - und dies sind vornehmlich Wohnungen in Wohnsilos oder nicht modernisierten Gebäuden, die älter als 60 Jahre sind.

Auch die abnehmende Bevölkerung in Deutschland ist kein Argument für eine Übersättigung des Wohnungsmarktes. Es läßt sich vielmehr statistisch nachweisen, daß trotz leicht abnehmender Gesamtbevölkerung die Zahl der Haushaltungen in den kommenden zehn Jahren noch steigen wird.

Die vielfach beschworene allgemeine Immobilienkrise gibt es nicht. Der Wohnungsmarkt ist wesentlich differenzierter geworden. Aber gerade deshalb ist eine sorgfältig ausgewählte Immobilie auch heute noch eine hervorragende Kapitalanlage zur Sicherung des Lebensabends gerade für Angehörige des Mittelstandes.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Bausparkasse Bodemia und Professor an der Universität Karlsruhe.



Die Bundesregierung informiert:

Fühlen Sie sich durch Presse, Funk und Fernsehen ausreichend über die Maßnahmen und Entscheidungen informiert, die die Bundesregierung auf allen Gebieten der Politik trifft?

Informiert genug, um diese Politik sachkundig beurteilen, billigen oder verwerfen zu können?

**JA?** Dann brauchen Sie nicht weiterzulesen.

**NEIN?** Dann kann Ihnen unser Angebot ein Stück weiterhelfen.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die Bundesministerien beliefern interessierte Bundesbürger jährlich mit rd. zehn Millionen Taschenbüchern, Broschüren und anderen Schriften über die Politik der Bundesregierung. Mit dem Coupon können Sie das bestellen, was Sie interessiert. Wir wollen, daß Sie diese Politik sachkundig beurteilen können. Wie dann Ihr Urteil ausfällt, ist ganz allein Ihre Entscheidung.



# DEMOKRATIE BRAUCHT INFORMIERTE BÜRGER

- Der Mittelstand — Motor der Marktwirtschaft/Grundsätze und Entscheidungen der Bundesregierung
- Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft/Mehr Markt, mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze
- Steuerentlastung 1986/88
- Wegweiser für Verbraucher
- Einblick. Durchblick. Ausblick./Wie Forschung und Technik unser Leben verändern
- Fragen und Antworten zur Kernenergie./Nach dem Reaktorunfall in der Sowjetunion
- Politik für die Familie
- Politik für Frauen
- Politik für junge Leute
- Wie geht's./Informationen für junge Leute in Arbeit und Beruf
- Denn eines ist sicher: Die Rente
- Maßarbeit./Das Beschäftigungsförderungsgesetz
- Munerschutz
- Freiheit, Mitmenschlichkeit, Verantwortung./Regierungserklärung mit Erläuterungen
- Die Freiheit, Kern der Deutschen Frage./Die Lage der Nation 40 Jahre nach Kriegsende
- Demokratie. Unser Auftrag./Zur Geschichte unseres Staates
- Das Mietrecht./Für Mieter und Vermieter
- Damit wir in Frieden leben können./Bündnis, Verteidigung, Rüstungskontrolle
- Politik — Informationen aus Bonn (8 x jährlich) — Probenummer —

An das  
 Presse und Informationsamt  
 der Bundesregierung  
 Postfach  
 5300 Bonn 1

Schicken Sie mir kostenlos die angekreuzten Publikationen.

Name .....

Straße .....

PLZ .....

Wohnort .....

Die WELT will ihre Leser nicht nur umfassend und zuverlässig über das aktuelle Weltgeschehen informieren — sie will auch ganz allgemein ihr Wissen erweitern und ihnen den Blick öffnen für die vielfältigen Erscheinungen unserer Wirtschaft und Gesellschaft. **Dazu dienen u. a. die WELT-Reports zu jeweils einem abgeschlossenen Thema.** Auch als Werbeträger haben diese WELT-Reports einen hohen Stellenwert. Würden Sie gern nähere Einzelheiten? Wir stehen Ihnen jederzeit mit Informationen zur Verfügung:

**DIE WELT**  
 UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anzeigenabteilung, Postfach 305830, 2000 Hamburg 36  
 Tel. (0 40) 3 47-41 11, -43 83, -1  
 Telex 2 17 001 777 asd

Altersvorsorge, Versicherungen, Bausparen und Investment.

# Durchblicken. Freier bewegen.

Die Zukunft sicherer machen durch Absicherung nach Maß.

Mit der Iduna. Die hat die richtige Lebensversicherung für Sie. Maßgerecht und dynamisch. Zugeschnitten auf Ihren ganz persönlichen Rahmen. Zum finanziellen Sofortschutz Ihrer Familie. Und als Alterssicherung. Bei Berufsunfähigkeit ab 50% völlige Beitragsfreiheit, dazu dynamische Rente bis zur Auszahlung der Versicherungssumme mit Überschußbeteiligung.

Mit der Iduna. Die hat die richtige Baufinanzierung für Sie. Zinsgünstig und tragbar. Durch die i. Hypothek aus der Lebensversicherung. Und durch das Bauspardarlehen zum Festzins von nur 4,5% (effektiv: 5,37% p. a.). Oder wir bringen Sie mit Bankvorausdarlehen und Zwischenfinanzierung ins Eigenheim.

Mit der Iduna. Die hat die richtigen Investment-Spar- und Anlagemöglichkeiten für Sie. Zum Beispiel HANSAINVEST, den erfolgreichen, internationalen Rentenfonds der Iduna-Tochtergesellschaft HANSAINVEST. Seine bisherige Wertentwicklung signalisiert: Mit ihm lassen sich auch künftig hervorragende Anlageerfolge erzielen.

Mit der Iduna. Die hat die richtigen Gesprächspartner für Sie. Über 20 000 kompetente Iduna-Berater. Überall im Bundesgebiet. „Ihren“ finden Sie im Telefon-

buch unter Iduna. Einfach mal nachfragen, einfach mal anrufen! Schließlich geht's um Ihre Zukunft...

Iduna-Hauptverwaltung  
 Postfach 30 27 61  
 2000 Hamburg 36

# IDUNA

Immer der richtige Rahmen

BAUSPARKASSEN / Neue Regelungen im Einkommensteuergesetz begünstigen den Hauseigentümer

# Den Zeitpunkt der Zuteilung steuern

Zwischen 80 und 85 Prozent der Deutschen wollen - das zeigen Befragungen immer wieder - in den „eigenen vier Wänden“ wohnen. Die Hälfte hat es erst geschafft. Die Gründe für den hohen Rang des Eigenheims in der Gunst der Bürger sind vielfältig.

Im Gegensatz zu abstrakten Vermögenswerten in Form von verbrieften Titeln und Edelmetallen ist das eigene Haus mit dem eigenen Garten eine Eigentumsform, welche die persönliche Lebensqualität ganz unmittelbar fördert.

Was die Finanzierung anlangt, so deutet die Beliebtheit des Bausparens gerade auch bei Selbständigen darauf hin, daß diese Personengruppe die Vorzüge des relativ frühen Entschuldens für die eigene Sicherheit erkannt hat.

Dieser Vorzug läßt sich künftig noch steigern. Denn ab 1. Januar 1987 gilt bei der Einkommensteuer eine

Regelung, die als „Konsumgütlösung“ bekanntgeworden ist. Wer sie nutzt, braucht ab Jahresbeginn für die Nutzung der eigenen vier Wände keine Einkommensteuer mehr zu bezahlen.

Die Einzelheiten des neuen Paragraphen 10 c des Einkommensteuergesetzes (der den legendären Paragraphen 7 b ablöst) klärt man am besten mit seinem Steuerberater. Denn wer vor Ende 1986 ein Haus gebaut, eine Wohnung gekauft hat und darin wohnt, kann die bisherige Regelung für weitere zwölf Jahre beibehalten - oder auf Wunsch in das neue System umsteigen. Die Vor- und Nachteile sind stets individuell abzuwägen.

Für alle Selbständigen aber gilt: Das Bausparen als Spar- und Finanzierungsinstrument ist für zukünftige Bauherren wie für Hausbesitzer interessant. Schließlich lassen sich Modernisierungsvorhaben, An- und Um-

bauten ebenfalls mit Bausparverträgen günstig finanzieren.

Das Bausparen ist gerade jetzt für Selbständige besonders interessant geworden, da neuartige Optionsstarife die Individualität der Vertragsabläufe wesentlich begünstigen. So hat der Bausparer beim neuen „Wüstenrot-Rendite-Programm“ zusätzlich den Zuteilungszeitpunkt in gewissen Grenzen steuern kann. Wählt er - etwa für eine dringende Modernisierung - eine rasche Zuteilung, hat dies einen höheren Tilgungsbeitrag und damit eine schnelle Entschuldung zur Folge. Wählt er eine längere Sparzeit, kann er mit niedrigem Tilgungsbeitrag längerfristig tilgen.

Diese Besonderheiten, insbesondere die vielfältigen Variationsmöglichkeiten, machen das neue Bausparsystem zu einem idealen Spar- und Finanzierungsinstrument nicht zuletzt für alle Selbständigen, die unter Renditegesichtspunkten sparen, vorsorgen und finanzieren wollen.

Prozent und einem Darlehenszinssatz von 5,5 Prozent wählen. Die Wahl der Zinsebenen ist auch rückwirkend jederzeit möglich.

Völlig neuartig ist, daß der Bausparer beim „Wüstenrot-Rendite-Programm“ zusätzlich den Zuteilungszeitpunkt in gewissen Grenzen steuern kann. Wählt er - etwa für eine dringende Modernisierung - eine rasche Zuteilung, hat dies einen höheren Tilgungsbeitrag und damit eine schnelle Entschuldung zur Folge. Wählt er eine längere Sparzeit, kann er mit niedrigem Tilgungsbeitrag längerfristig tilgen.

Diese Besonderheiten, insbesondere die vielfältigen Variationsmöglichkeiten, machen das neue Bausparsystem zu einem idealen Spar- und Finanzierungsinstrument nicht zuletzt für alle Selbständigen, die unter Renditegesichtspunkten sparen, vorsorgen und finanzieren wollen.

GERNOT von HAHN

HANDWERK / Flexibler Service und Vielseitigkeit entscheiden über den guten Ruf

# Was zählt, ist die eigene Leistung

Von R. H. KINDERMANN

Ist der Kunde bei Dieter Ripken und seinen Mitarbeitern König? Der staatlich geprüfte Augenoptikermeister aus Osnabrück muß unwillkürlich schmunzeln, denn er weiß, in welchem Zusammenhang die Frage gestellt wird. Natürlich wird hier jeder Kunde aufmerksam bedient - nicht nur jener Rentner aus der „DDR“, dem Dieter Ripken damals in einer schwierigen Situation geholfen hat und der dafür sorgte, daß sein Betrieb in der bundesweiten Aktion „König Kunde“ des Südwestfunks als zweiter Preisträger ermittelt wurde.

Der ältere Herr hatte auf der Fahrt zu Verwandten in die Bundesrepublik im Zug seine Brille vergessen, auf die er dringend angewiesen ist. Sein Schwiegervater rief bei Ripken an und fragte um Rat. Der Handwerksmeister reagierte spontan, bat den Besucher in sein Geschäft, ermittelte die Stärke der Brillengläser und verhalf dem Kunden schnell zu einer neuen Sehhilfe, die er ihm auch noch kostenlos überließ.

Auch wenn normalerweise im Handwerksbetrieb Qualität ihren Preis hat, der Fall zeigt, daß in Deutschlands vielseitigstem Wirtschaftsbereich, dem Handwerk, flexibler Service und die Berücksichtigung individueller Kundenwünsche großgeschrieben werden. Dieter Ripken: „Ein Kunde, der lächelnd danke sagt, ist besser als eine teure Anzeige.“

Auch für Ernst Lautenbach, Metzgermeister aus Bad Kreuznach, ist die Mundpropaganda zufriedener Kunden der wichtigste Werbeträger. Der Obermeister der Fleischerinnung hält nichts davon, an der Klagemauer zu stehen. Seiner Meinung nach muß der Handwerksunternehmer rechtzeitig die Lücken und Nischen am Markt erkennen, sie mit seinen speziellen Möglichkeiten und Fähigkeiten ausfüllen, ja notfalls den Standort wechseln, um sich gegen die zunehmende Konkurrenz von Supermärkten und Warenhausketten behaupten zu können.

Insgesamt ist die Zahl der Fleischerfachgeschäfte in den letzten 20 Jahren von knapp 36 000 auf rund 27 200 zurückgegangen. Aber die verbleibenden Geschäfte können durchaus mit Phantasie und zusätzlichen Initiativen weiter bestehen.

Einen Weg zeigt Metzgermeister Lautenbach: Morgens bringt sein Kollege von der backenden Zunft mehrere Säckchen Brötchen, die dann meist nach telefonischer Bestellung - aufgeschnitten und individuell nach Geschmack belegt werden. Die Lieferungen gehen an beschabte Büros oder Kleinbetriebe.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sind weniger Merkmale von Großunternehmen, sie sind vielmehr das Markenzeichen von Handwerk und Mittelstand. Handwerksbetriebe wie Ripken oder Lautenbach belegen dies deutlich.

Interessant ist hier die Feststellung, daß in kommunistischen Ländern, wo der selbständige Mittelstand weitgehend fehlt, Freiheit und Wohlstand gegenüber den westlichen Industrieländern erheblich zurückgeblieben sind. Neuerdings wird allerdings auch hier der Wert eines selbständigen Mittelstandes erkannt. So beginnt man in Polen, in Ungarn oder

in der Volksrepublik China damit, kleine Handwerksbetriebe verstärkt zu fördern.

Übrigens: In der Bundesrepublik weiß das Handwerk, daß es für seinen politischen Flankenschutz selbst verantwortlich ist und Pflichten übernehmen muß. Von den zirka 15 700 Kommunalvertretern in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens können 8,1 Prozent dem Handwerk zugerechnet werden. Eine Zahl, die sich sehen lassen kann und die in Bayern oder Baden-Württemberg eher noch höher liegen dürfte.

Auch Metzgermeister Ernst Lautenbach gehört seit 1978 für die CDU dem Landtag von Rheinland-Pfalz an. Das politische Engagement muß um so höher gewertet werden, wenn man berücksichtigt, daß Selbständige normalerweise eine 70-Stunden-Woche absolvieren. Das Pensum kann nur geschafft werden, wenn die Ehefrau kräftig mithilt und auch die Kinder

Trotz der Einführung neuer Technologien steht im Handwerk der Mensch, nicht die Maschine im Mittelpunkt. Was zählt, ist die eigene Leistung, die gerade das Handwerk für so viele junge Menschen attraktiv macht. Nicht umsonst strömen in jüngster Zeit immer mehr Abiturienten in Handwerksberufe, viele von ihnen mit dem Ziel, eines Tages den Schritt in die Selbständigkeit zu tun. Auch die Bundesregierung in Bonn sieht dies gern und hilft Existenzgründern mit speziellen Programmen.

Rund 700 000 Lehrlinge befinden sich gegenwärtig in einer handwerklichen Vollzeitausbildung. Somit ist das Handwerk die größte Lehrwerkstätte der Bundesrepublik und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum sozialen und inneren Frieden.

Die Qualität der handwerklichen Ausbildung gründet auf dem bewähr-



# BFB

## Der Bundesverband der Freien Berufe

- ist der Dachverband der Spitzenvereinigungen der Freien Berufe und vertritt deren gemeinsame Interessen
- tritt für das Existenzrecht der Freien Berufe in unserer Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Gesellschaft ein
- setzt sich für die Freiheit der Berufsausübung der Freien Berufe ein
- kämpft für die Gleichbehandlung der Selbständigen mit den Arbeitnehmern, insbesondere im Steuerrecht
- wendet sich gegen die Nebentätigkeit öffentlich Bediensteter in den Arbeitsfeldern der Freien Berufe
- bemüht sich um die Anpassung der Honorar- und Gebührenordnungen der Freien Berufe an die wirtschaftliche Entwicklung
- vertritt die Rückführung und Verlagerung öffentlicher Dienstleistungen auf die Freien Berufe

### Helfen Sie uns bei unserer Arbeit! Wir stärken Ihre Position als Freiberufler.

Die Bestellung des Abonnements wird erst wirksam, wenn der Besteller sie nicht gegenüber der Firma Verlag „der freie beruf“ Verlagsgesellschaft mbH, Godesberger Allee 54, 5300 Bonn 2, binnen einer Frist von einer Woche schriftlich widerruft. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Coupon

An den BFB, Godesberger Allee 54, 5300 Bonn 2

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich trete hiermit dem BFB als förderndes Mitglied zum Jahresbeitrag von DM 300,— bei.

Ich abonniere hiermit die Zeitschrift „der freie beruf“ zum Jahresabonnementspreis von DM 40,—

Ich bestelle hiermit das Jahrbuch „Der Freie Beruf 85/86“ zum Einzelpreis von DM 15,—.

Straße \_\_\_\_\_

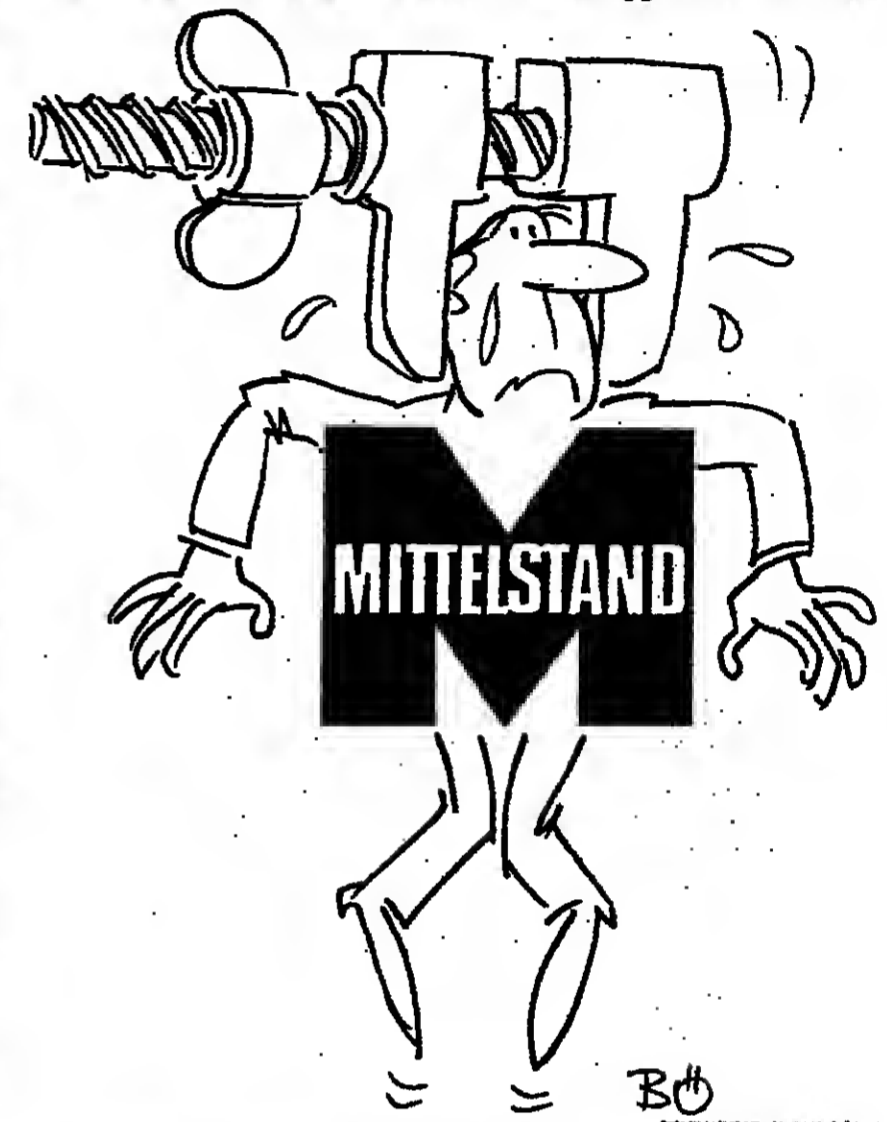
PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß diese Bastattung des Abonnements der Zeitschrift „der freie beruf“ nur wirksam wird, wenn ich sie der Firma Verlag „der freie beruf“ Verlagsgesellschaft mbH, Godesberger Allee 54, 5300 Bonn 2, gegenüber nicht binnen einer Woche schriftlich widerrufe. Ich weiß, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs ausreicht.

Unterschrift \_\_\_\_\_



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

bei der Berufswahl in die Fußstapfen der Eltern steigen.

Der Wirtschaftsfaktor Handwerk mit seinen 126 Berufen - vom Augenoptiker bis zum Zinngießer - dokumentiert eine enorme Bandbreite unterschiedlicher fachlicher Angebote und Dienstleistungen, die in der deutschen Wirtschaft ihresgleichen sucht. Stellt man die Zahl der Unternehmen (zirka 500 000) und der Beschäftigten gegenüber, dann entfallen auf einen Handwerksbetrieb im Durchschnitt acht Arbeitsplätze.

Diese überschaubare Größe signalisiert etwas von dem, was Handwerkspräsident Paul Schnitzer gern als „personales Wirtschaften“ umschreibt. In einer Zeit, in der persönliche Bindungen und Verbindungen eher ab- als zunehmen, ist dies zweifellos ein Faktor, dessen Wert kaum zu überschätzen ist.

Insgesamt sind es rund vier Millionen, die nach gründlicher Ausbildung in einem Handwerksbetrieb und Prüfung durch die Handwerkskammern in der Bundesrepublik rund zehn Prozent dessen erwirtschaften, was in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als „Bruttosozialprodukt“ bezeichnet wird.

ten „dualen System“ der beruflichen Bildung, einer Verbindung von Praxis und Theorie in Betrieb und Schule, die in modernen überbetrieblichen Ausbildungsstätten des Handwerks ergänzt wird. Dieser soliden Ausbildung ist es sicherlich zuzurechnen, daß das Handwerk die letzten Jahre der wirtschaftlichen Rezession relativ robust überstanden hat.

Gerade dieses weltweit anerkannte Ausbildungssystem garantiert meisterliche Vielfalt und Fachwissen, darauf basiert die Qualität handwerklicher Erzeugnisse. Politiker, die hieran etwas ändern wollten, würden sich schnell die Finger verbrennen. Die mächtige Handwerksorganisation hat in dieser Frage einem Bildungsminister - er hieß von Dohnanyi - schon einmal die Krallen gezeigt.

Der Autor ist Chefredakteur des Deutschen Handwerksblatts, Herausgeber der Kfz, Korrespondent für Handwerkszeitschriften und Mitglied der Fachkommission „Redaktion“ im Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ).

MITTELSTAND  
Verantwortlich: H.-H. Holzner,  
Klaus Boden, Dietrich Rollmann,  
Bonn  
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg



# Die Zukunft planen. Mit dem guten Gefühl der Sicherheit.

Mit der Volksfürsorge können Sie Ihre Zukunft finanziell umfassend absichern. Die Volksfürsorge hat Lebensversicherungen, Sachversicherungen, Rechtsschutzversicherungen, Reise-Krankenversicherung und Bausparen. Fragen Sie einen unserer 35.000 Mitarbeiter.

